

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Spaniens Rolle im Rahmen der KSZE/OSZE“

Verfasserin

Mag. Marta Salvat

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300 295

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. DDr. Ingrid Schütz-Müller

0. Vorwort	S. 4
<hr/>	
I. Einleitung	S. 6
<hr/>	
1.1. Zielsetzung/Forschungsfragen/Aufbau der Arbeit/Hypothesen	S.6
1.2. Methoden und Quellen	S.8
II. Theoretische Hintergrund	S.9
<hr/>	
2.1. Einleitung	S.9
2.2. Neorealismus vs. Neoliberaler Institutionalismus: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	S.10
2.3. Theoretischer Forschungsansatz zur Untersuchung der Teilnahme Spaniens an der KSZE/OSZE	S.12
III. Die Sonderrolle Spaniens in Europa	S.14
<hr/>	
3.1. Spanien vor der Franco Diktatur	S.14
3.2. Die Diktatur Franco und ihre Außenpolitik	S.16
a) Erste Phase (1939-1949)	S.17
b) Zweite Phase (1949-1970)	S.21
c) Dritte Phase (1970-1975)	S.24
IV. Die Entstehung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)	S.26
<hr/>	
4.1. Vorgeschichte der Konferenz	S.26
4.2. Ziel der Konferenz	S.30
4.3. Die Interessen der Teilnehmerstaaten	S.31
4.4. Die Rolle Spaniens bei der Entstehung der Konferenz	S.32
4.5. Teilnahme Spaniens an der Vorbereitung der Helsinki Schlussakte	S.34
V. Der Übergang Spaniens zur Demokratie (1975-82)	S.41
<hr/>	
5.1. Die Entwicklung der Innenpolitik	S.41
5.2. Die Richtlinien der spanischen Außenpolitik	S.43
5.3. Die Einfluss der Helsinki Schlussakte auf die neue Demokratie Spaniens in Bezug auf die spanische Verfassung	S.45
<hr/>	

VI. Die Teilnahme Spaniens am KSZE/OSZE Prozess (1977-2007) S.47

6.1. Die spanische Position gegenüber den europäischen Problemen, seine nationale Agenda und seine Tätigkeit in der KSZE/OSZE. Erste Phase vom Ende der 70er bis zum Ende der 80er Jahre

6.1.1. Das Belgrader Folgetreffen (1977) S.47

6.1.2. Das Madrider Folgetreffen (1980-83) S.50

6.1.3. Das Wiener Folgetreffen (1986-89) S.55

6.2. Die spanische Position gegenüber den europäischen Problemen, seine nationale Agenda und seine Tätigkeit in der KSZE/OSZE. Zweite Phase in der 90er Jahren

6.2.1. Das Mittelmeer S.61

6.2.2. Territoriale Integrität versus Selbststimmung der Völker S.68

6.2.3. KSZE/OSZE Institutionalismus und neue Aufgabenfelder S.71

a) Erkundigungs-, Berichterstatter- und Langzeitmissionen S.73

b) Demokratie und Rechtstaatlichkeit S.74

c) Die europäische Sicherheitscharta S.76

6.3. Spanische Position und Teilnahme an der OSZE. Dritte Phase im XXI Jahrhundert. Der spanische OSZE Vorsitz im Jahr 2007 S.80

VII. Schlussfolgerungen S.90

7.1. Ausblicke zur Rolle Spanien in der KSZE/OSZE. Verifizierung/
Falsifizierung der Arbeitshypothesen S.90

Bibliographie S.98

„In theoretischer Perspektive wird Außenpolitik verstanden als ein Interaktionsprozess, in dem ein Staat grundlegende Ziele und Werte in Konkurrenz zu denen anderer Staaten zu realisieren versucht“

Helga Haftendorn
Deutsche Außenpolitik zw.
Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung,
2001

„Die größten Nationen sind nicht von innen gemacht, sondern nach außen; nur eine geschickte Außenpolitik, eine Politik bedeutender Unternehmungen, ermöglicht eine fruchtbare Innenpolitik, die letzten Endes immer von geringerem Tiefgang ist“

José Ortega y Gasset
Aufbau und Zerfall Spaniens, 1921

0. Vorwort

Eine Aufzählung der historischen Ereignisse allein reicht nicht für das Verständnis der Geschichte. Für das Verständnis der Zusammenhänge und der Ursachen müssen Ereignisse aufgearbeitet und erklärt werden. Durch die Analyse und diachronische Darstellung der Fakten ist es möglich, zu ergründen, aus welcher Motivation heraus, in welcher Zeit und mit welchem Ziel etwas vorgefallen ist. Es gibt keine eindimensionale Beziehung zwischen dem Ereignis und seinen Folgen. Unzählige Variablen beeinflussen das Geschehen und lenken es in eine bestimmte Richtung. Ereignisse sind nicht unidirektional, sondern selbstreflexiv.

Geschichtliche Ereignisse verhalten sich wie ein Puzzle: verschiedene Teile mit bestimmten Formen müssen zueinander passen. In der Politik ist es deshalb wichtig, den Kontext, in dem Geschichte passiert, zu analysieren. Menschen wollen mit Handlungen und Taten, die großteils vorbereitet und überlegt sind, etwas erreichen.

Dieser Umstand ist von der Mikroebene bis zur Makroebene gültig. Hinter allen menschlichen Beziehungen stehen Interessen. Internationale Beziehungen und Kooperationen zwischen verschiedenen Staaten sind ebenfalls gesteuert von Interessen. Staaten sind Akteure der Beziehungen auf internationaler Ebene. Jeder Staat will seine Ziele durchsetzen, auch dann, wenn es um idealistische und freundschaftliche Beziehungen geht. Staaten versuchen, Gemeinsamkeiten zu finden und versuchen Differenzen durch Kompromisse zu überbrücken. In Spanien gibt es ein Sprichwort: „Niemand macht etwas umsonst, hinter allem stehen Interessen.“

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (seit 1995 „Organisation“) ist als politisches Forum entstanden, um die West-Ost Interessen festzuschreiben und gemeinsam durchzusetzen. Der Westen wollte die Anerkennung von Menschenrechten und Rüstungskontrolle durch den Osten. Der Osten hingegen wollte eine Anerkennung des Status quo der Machtsphären. Als der kalte Krieg zu Ende war, sollte die Konferenz/Organisation andere Aufgabenfelder übernehmen, um

weiterhin eine Rolle in der internationalen Arena spielen zu können. Die OSZE dient heute - als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen - als Instrument zur Konfliktverhütung, zum Konfliktmanagement und zur Konfliktnachsorge und hat als Folge ein umfassendes und kooperatives Sicherheitskonzept entwickelt.

Die Charakteristika der Organisation sind die Gleichberechtigung aller Teilnehmerstaaten, Konsens in allen Entscheidungen und umfassende Behandlung der Themen. Das ermöglicht, dass die OSZE als Transmissionsriemen von nationalem Interesse dienen kann. Ist die OSZE nun tatsächlich eine Plattform, mittels derer die Staaten ihre Interessen durchsetzen können?

I. Einleitung

1.1. Zielsetzung/Forschungsfragen/Aufbau der Arbeit/Hypothesen

Ziel dieser Diplomarbeit ist die Analyse der Bedeutung der KSZE/OSZE für Spanien im Zeitraum von 1975 bis 2007. Es wird die Teilnahme Spaniens im KSZE/OSZE Prozess durch seine Initiativen und Stellungnahmen zu bestimmten Themen analysiert, um zu sehen, inwieweit Spanien seine Position auf internationaler Ebene mittels KSZE entwickelt und konsolidiert und inwiefern Spanien seine nationalen Interessen innerhalb der KSZE/OSZE thematisiert und durchgesetzt hat. Abschließend soll noch untersucht werden, ob Spanien sich innerhalb der KSZE/ OSZE eher aktiv oder passiv verhalten hat.

Um diese Fragen zu beantworten, muss auch geprüft werden, welche Faktoren die Rolle Spaniens im KSZE/OSZE Prozess beeinflussen bzw. welche Bedeutung die KSZE/OSZE für Spanien hat und welche Ziele Spanien durch die Jahre im Rahmen der KSZE/OSZE verfolgt. Dabei legt die Arbeit den Schwerpunkt auf die spanischen Interessen im KSZE/OSZE Prozess. Die Mitgliedschaft in anderen Organisationen etwa NATO (1982), EU (1986) und WEU (1988) war insofern mit anderen Voraussetzungen verbunden, da sich Spanien an die Richtlinien dieser Organisationen anpassen musste.

Die Gestaltungsmöglichkeiten Spaniens in der KSZE hingen erstens von der Position im internationalen System ab. Dabei ist es wichtig zu analysieren, warum Spanien am Anfang der 70er Jahre vom europäischen Integrationsprozess gleichsam abgekoppelt war. Eine Untersuchung der Außenpolitik Spaniens vor und während der Diktatur General Francos ist wichtig, weil sie die Position Spaniens im internationalen System zeigt und aufgreift, welche Bündnispartner für Spanien in Frage kommen. Gleichzeitig bietet sie die Erklärung, warum Spanien vor 1970 nicht an Europa „interessiert“ war (Siehe Kapitel III: Die Sonderrolle Spaniens in Europa) und wie es seine Position weiter entwickelt hat durch die Teilnahme an der KSZE. Zweitens stellt die innere Stabilität einen wichtigen Faktor für die Mitwirkung Spaniens auf internationaler Ebene dar. Die

wachsende innere Stabilität Spaniens am Ende der 70er Jahre ermöglichte eine aktive Mitgestaltung Spaniens an der Entstehung der KSZE, wobei es kreative Ideen entwickeln musste, um einen Platz in der Konferenz zu finden (Siehe Kapitel IV. Punkt 4.5.: Teilnahme Spaniens an der Vorbereitung der Helsinki Schlussakte). Es sollen die spanische Position im Entstehungsprozess der KSZE und seine konkreten Initiativen in der Konferenz erläutert werden, um Antworten auf folgende Fragen zu geben: Wieso wurde Spanien zur KSZE eingeladen und welche Bedeutung hatte dies für Spanien? Bedeutet die KSZE/OSZE für Spanien eine wichtige Mitgestaltungsmöglichkeit auf europäischer und internationaler Ebene?

Drittens ist die Rolle Spaniens in der KSZE determiniert durch seine Beziehungen mit anderen Teilnehmerstaaten und den Interessen Spaniens an den in der KSZE behandelten Themen. Dabei muss analysiert werden: Welche Interessen hat Spanien in der KSZE/OSZE? Ist Spanien aktiv oder passiv an der KSZE/OSZE beteiligt und warum? Hat Spanien eine starke Position oder wird diese durch ambivalentes Verhalten beschrieben? Versucht Spanien nun in der KSZE/OSZE seine nationalen Probleme zu internationalisieren? Mit welchen Staaten kann Spanien als Bündnispartner rechnen und warum? (Siehe Kapitel VI: Die Teilnahme Spaniens am KSZE/OSZE Prozess: 1975-2007).

Die Arbeit geht im Zusammenhang mit den oben angeführten Punkten von folgenden Hypothesen aus:

- Wenn Spanien nicht zur KSZE eingeladen worden wäre und die demokratischen Institutionen nicht funktionierten, dann hätte es keine Rolle in der internationalen Arena spielen können, wäre weiter außerhalb des europäischen Integrationsprozesses geblieben und sein Beitritt zu den europäischen und transatlantischen Organisationen hätte sich stark verzögert.
- Wenn es vom Anfang an einem der beiden Blöcke angehört hätte, dann hätte es weder als Vermittler agiert, noch eine aktive Rolle bei der Entstehung der KSZE gespielt.

- Wenn Spanien die Fähigkeit gehabt hätte, sein nationales Interesse effizient durchzusetzen und keine Angst vor der Aufarbeitung der Franco Diktatur gehabt hätte, dann hätte es im Lauf der Jahre eine aktivere Rolle in der KSZE/OSZE spielen können.
- Die Mitgliedschaft in anderen Organisationen hätte vermutlich eine aktivere Rolle in der KSZE bewirkt.

1.2. Methoden und Quellen¹

Für die vorliegende Arbeit wurden der systemtheoretische und der historisch-genetische Ansatz verwendet, vor allem, wenn sie die Wirkung historischer Entwicklungen in der politischen Gegenwart aufzeigen. Diese werden auf den verschiedenen Untersuchungsebenen wie Machtkonstellationen während des Kalten Krieges und danach, die entscheidenden Entwicklungen auf der internationalen Ebene, sowie der Position Spaniens auf der internationalen Ebene angewandt.

Die Methodik der Untersuchung basiert auf Erarbeitung der Literatur zum Thema, Analyse von Texten, Dokumentenanalyse des OSZE Archivs und - von besonderer Wichtigkeit - Reden, die die spanischen Außenminister und Staatspräsidenten während der KSZE/OSZE Konferenzen, Ministerräte und Gipfeltreffen gehalten haben. Diese Reden sind von besonderer Bedeutung, denn sie widerspiegeln die Interessen und die Prioritäten Spaniens.

Betreffend die Rolle Spaniens in der KSZE/OSZE soll besonderer Wert auf die qualitative Politikforschung gelegt werden. Es existieren wenige Sekundärquellen zum Thema. Die wichtigsten Methoden waren daher die Beobachtungen während meiner Arbeit in der Ständigen Vertretung Spaniens in der OSZE während der spanischen EU Präsidentschaft (2002).

¹Von Alemann, Ulrich: Grundlagen der Politikwissenschaft. Westdeutsche. Opladen 1995, S.77ff

II. Theoretischer Hintergrund

2.1. Einleitung

Anfang der 90er Jahre, mit dem Ende der Ost-West Polarisierung, kommt es zum Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa und in der Folge zur Auflösung der UdSSR. Die neu entstehenden Staaten müssen verschiedene Probleme bewältigen:²

- Es fehlt eine Tradition von politischem Pluralismus, da systembedingt nur eine politische Kraft am Entscheidungsprozess beteiligt war.
- Negative Nebeneffekte charakterisieren die politische, soziale und ökonomische Modernisierung kommunistischer Gesellschaften nach westlichem Vorbild mit Demokratisierung und der Schaffung von Marktwirtschaften.
- Neue Strukturen und Regierungsformen mussten entwickelt werden, welche die Minderheiten schützen sollten, weil in den neuen Staaten Minderheiten existierten, die vorher die Mehrheit bildeten und nicht mehr abhängig von alten föderalen Regierungen sein konnten. Das galt zum Beispiel für die russisch-stämmigen Bürger, die dann als Minderheit in den übrigen sowjetischen Republiken anzusehen waren.
- Die Lösung der Situation von Minderheiten, die die Mehrheit in einer bestimmten Region bilden und nach Unabhängigkeit streben. Das Problem des am stärksten eskalierten Nationalismus lag wohl in der Bundesrepublik Jugoslawien, wo die Spannungen in einen Krieg mündeten (1991-1995).

Wir erlebten die Krise von Nationalstaaten und dadurch die Krise territorialer Integrität versus Selbstbestimmung der Völker. Es kam und kommt in vielen Regionen zu nationalistischen und ethnischen Konflikten (Bundesrepublik Jugoslawien, Tschetschenien, Moldawien, Georgien, Berg-Karabach).

² Hopman, Terrence: Building Security in Post-Cold War Eurasia. United States Institute of Peace. Peaceworks 31. September 1999, S.2

Das Ende des alten Blocksystems hinterließ auch neue Probleme, die transnationalen Charakter haben - Probleme, die früher auf einzelne Staaten beschränkt waren, haben jetzt weltweite Auswirkungen. Dies ließ auch den Prozess der Globalisierung und somit die Interdependenz zwischen den Staaten ansteigen.

Die Interdependenz bietet Chancen für die Kooperation zwischen Staaten. Aber ist die Kooperation erfolgreich mit dem Einfluss gemeinsamer Normen als wesentlichstem Faktor, oder handelt es sich um eine Plattform, auf der einzelne Staaten versuchen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen, indem sie sich unter anderem bemühen, ihre Interessen auch mit den Interessen anderer Staaten abzugleichen?

Die Theorien der internationalen Beziehungen wie Neorealismus und Neoliberaler Institutionalismus stellen Staaten als zentrale Akteure in den Mittelpunkt. Die Charakteristika der OSZE sind die souveräne Gleichheit der Staaten und die Erzielung aller Entscheidungen durch Konsens.

2.2. Neorealismus versus Neoliberaler Institutionalismus: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

In beiden Theorien ist der Staat der Hauptakteur der internationalen Beziehungen. Sie gehen davon aus, dass die interne Politik von Staaten keine Auswirkung auf die Analyse internationaler Beziehungen hat. Beide Theorien behaupten, dass in den internationalen Beziehungen Anarchie herrsche und es keine Sanktionsgewalt gäbe, die die Einhaltung der gemeinsamen Normen überwacht. Der Unterschied liegt in ihrer Ansicht über den Aspekt der Kooperation.

Der Neorealismus (Waltz) ist bestrebt, von der Struktur des Systems der internationalen Gemeinschaften auf das Verhalten der Einheiten zu schließen und diese zu erklären. Die Staaten sind die dominierenden Akteure im System. Das Verhalten eines Staates im System kann mit Hilfe seiner Position darin bewertet werden. Die Sicherheit und das

eigene Überleben sind für den Neorealismus die primären Interessen der Staaten, alle Formen von Kooperation sind ausgeschlossen. Die Realisten sehen die Ursachen für Krieg und Frieden in erster Linie als Folge von Veränderungen im Machtgleichgewicht. Internationale Institutionen spielen nur für den Ausdruck hegemonialer Interessen eine Rolle.³ Jeder Staat fürchtet, dass der andere durch Kooperation mehr Vorteile gewinnen kann als er selbst. Die Staaten streben nach Unabhängigkeit. Bei diesem Ansatz sind Internationale Institutionen wie die OSZE keine relevanten Akteure.

Die Neoliberale Schule (Keohane, Haas) geht von den Vorteilen der Kooperation zwischen den nationalen Regierungen und den Gemeinschaftsinstitutionen aus. Sie hat ihre Wurzeln in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Institutionen des internationalen Systems besitzen in allen teilnehmenden Staaten den gleichen Stellenwert.⁴ Ziel ist es, die internationalen Beziehungen konfliktärmer zu machen und die Kooperation zwischen den Staaten unter Berücksichtigung des Machteinflusses der jeweiligen Staaten zu fördern. In dieser Sicht helfen die internationalen Institutionen bei der Stabilisierung der Beziehungen zwischen Staaten. Kooperation steht im Gegensatz zu Machtpolitik. Auf diese Art sind Staaten gegenseitig abhängig.

Nach der Ost-West Polarisierung ist die Interdependenz zwischen den Staaten gewachsen durch die Änderung im Charakter der Herausforderung. Einerseits sind die meisten Konflikte innerstaatlich und nicht zwischenstaatlich; andererseits sind viele Herausforderungen transnational und haben Auswirkungen in allen Staaten z.B. Terrorismus, Menschenhandel, Migration, Umweltprobleme... Aus dieser Sicht gewinnen Normen und Prinzipien in den internationalen Beziehungen an Bedeutung.

Beide Theorien schließen aus, dass die innenpolitische Situation der Staaten ein Einflussfaktor für deren Verhalten in den internationalen Beziehungen ist. Im Fall der Teilnahme Spaniens an der KSZE/OSZE ist diese Aussage von sehr großer Bedeutung, da die innenpolitische Situation Spaniens ein Einflussfaktor für sein Verhalten in den internationalen Beziehungen ist, besonders am Anfang der 70er Jahre. Gleichzeitig

³ Mearsheimer, John: A Realist Reply. In: International Security. Vol.20, Nr.1. Summer 1995, S.82-93

⁴ Keohane, Robert: International Institutions and State Power. In: International Relations Theory. Boulder 1989, S.8

haben die Normen und Prinzipien der KSZE/OSZE einen Einfluss auf die spanische Innenpolitik, besonders auf die Gestaltung der spanischen Verfassung. Diese Aspekte zeigt Kapitel V Punkt 5.3.: Die Einfluss der Helsinki Schlussakte auf die spanische Verfassung deutlich auf.

2.3. Theoretischer Forschungsansatz zur Untersuchung der Teilnahme Spaniens an der KSZE/OSZE

Über die Teilnahme Spaniens in der OSZE wurde ein Theorienmix zwischen Neoliberalem Institutionalismus und Neorealismus verwendet.

Die KSZE/OSZE Politik lässt sich heute nicht einer der beiden großen Schulen der internationalen Beziehungen zuordnen. Sie geht zum einen aus dem Neorealismus und zum anderen aus dem Neoliberalismus hervor.⁵ Die Möglichkeit zur Zusammenarbeit schließt nicht die Machtkonkurrenz zwischen Staaten aus, die vom Realismus propagiert wird.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE/OSZE) wurde von fünfunddreißig Staaten initiiert⁶ und stand im historischen Kontext des Kalten Krieges. Heute arbeiten sechsfünfzig Teilnehmerstaaten gemeinsam daran, Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen, sowie Beziehungen auf internationaler Ebene zu pflegen und zu intensivieren.

Aus einer idealistischen Sicht ist es im Interesse der Staaten, eine sicherere, gerechtere und friedlichere Welt zu schaffen.⁷ Um dies verwirklichen zu können, müssen die Interessen der verschiedenen Staaten miteinander in Einklang gebracht werden. Es darf

⁵Yost, David: Political Philosophy and the Theory of International Relations. In: International Affairs. Vol.70, Nr.2. April 1994, S.278

⁶Die waren: Belgien, Bulgarien, Dänemark, der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, des Heiligen Stuhl, Irland, Island, Italien, Jugoslawien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, der Schweiz, Spanien, der Tschechoslowakei, der Türkei, Ungarn, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern

⁷vgl.: Pöllinger, Sigrid: Der KSZE/OSZE Prozess. Braumüller. Wien 1998

nicht vergessen werden, dass die eigenen Interessen immer wichtiger sind als die Interessen anderer. Nach Max Weber wird „Macht“ auch als Fähigkeit definiert, die eigenen Interessen durchzusetzen.⁸

Die KSZE/OSZE ist im Laufe der Jahre, vor allem seit ihrer Institutionalisierung (1995), zu einem komplexen Organisationsnetzwerk mit entsprechenden Interdependenzen und Interaktionen mit anderen internationalen Organisationen wie den VN, der EU, der NATO und der WEU geworden. Sie ist Ausdruck des Multilateralismus.⁹

Heutzutage versuchen alle Organisationen auf internationaler Ebene zu kooperieren, aber darf man nicht vergessen, dass nicht die Institutionen, sondern die in ihnen agierenden Staaten die eigentlichen Träger der Entscheidungen sind, denn die Staaten bringen ihre Einzelinteressen vor und versuchen ihre Ziele in den verschiedenen Organisationen durchzusetzen. Die internationalen Institutionen agieren als „Transmissionsriemen“ strategischer Zielsetzungen sowohl von Einzelstaaten als auch der Staatengemeinschaft.

Im Sinne einer realistischen Sichtweise kann man erkennen, dass die Interessen Spaniens sich seit 1975 vor allem darauf beziehen, eine möglichst bedeutende Rolle im internationalen Geschehen zu spielen. Nach dem Zusammenbruch der Franco Diktatur war Spanien freilich erst einmal bemüht, seine internationale Isolation aufzulösen. Wichtig dabei war die Mitarbeit in internationalen Organisationen wie beispielsweise den VN, der EG/EU, der NATO, der WEU und dem Europarat. Das Ende der Isolation muss als eine Reorientierung seiner Politik in Richtung Europa gesehen werden. Im Fall Spaniens wird gezeigt, dass Innenpolitik eine Auswirkung hat auf die Analyse internationaler Beziehungen.

⁸vgl.: Powell, Robert: Anarchy in International Relations Theory: The Neorealist-Neoliberal Debate. In: International Organization. Vol. 48, Nr.2. Spring 1994, S.313ff

⁹ vgl.: Jakobsen, Peter Vigo: Multilateralism Matters, but How? The Impact of Multilateralism on Great Power Policy towards the Break up of Yugoslavia. In: Cooperation and Conflict. Vol.30, Nr. 4. Summer 1995, S.365ff

III. Die Sonderrolle Spaniens in Europa

3.1. Spanien vor der Franco Diktatur

Spanien spielte im Zusammenhang mit europäischen Problemen, die nach den Kriegen entstanden, durch seine Nichtteilnahme an den Weltkriegen immer eine Sonderrolle. Die de facto Neutralität wird als Folge der Nichtteilnahme an den jüngeren Kriegen in Europa und an deren Friedensverträgen angesehen.

Die Gründe für die Isolierung Spaniens sind folgende: Spanien orientierte sich nicht an Europa, sondern an Lateinamerika und Nordafrika. Als ehemalige Kolonialmacht hatte es viele interne Probleme. Der Verlust der Großmachtstellung 1898 führte zu innerer Instabilität mit schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Folgen.

Spanien nahm - da es kein Mitglied der anti-napoleonischen Koalition gewesen war - nicht am Wiener Kongress teil und hatte somit keinen Einfluss auf die Neuordnung Europas. Während des Ersten Weltkriegs nahm Spanien eine neutrale Stellung ein, nahm daher auch nicht an den Friedensverhandlungen von Versailles teil und konnte so seine Vorstellung zur Neuordnung Europas nicht einbringen. Trotzdem wurde Spanien 1919 vom Völkerbund zur Mitwirkung eingeladen, verfügte aber über kein permanentes Mandat.¹⁰ Das Europa nach dem Ersten Weltkrieg war jedenfalls interessiert am Beitrag Spaniens zur Mitgestaltung der Nachkriegsarchitektur, insbesondere wegen seiner geographischer Lage: Spanien gehört es zu Europa, es hat koloniale, strategisch wichtige Besitzungen (Ceuta, Melilla) und sein Einfluss in Lateinamerika ist von besonderer Wichtigkeit für den Völkerbund, um seine universelle Dimension zu verstärken.¹¹

1931 wurde in Spanien, nach einem langen Krieg zwischen Monarchisten und Republikanern, die Republik ausgerufen. Während der Republik wurde in der

¹⁰ Rúperez, Javier: Europa entre el miedo y la esperanza. Edicusa. Madrid 1978, S.18

¹¹ Walters, Frank: Historia de la Sociedad de Naciones. Tecnos. Madrid 1971, S.33

Verfassung Krieg als Instrument der Außenpolitik abgelehnt und die nationalen Minderheiten anerkannt.¹²

Im Juli 1936 kam es zum bewaffneten Aufstand der Gegner der Republik, was zum Bürgerkrieg führte. Die Kriegsparteien repräsentierten wiederum die zwei Lager Spaniens, deren Gegensätze sich über die Jahrzehnte verfestigt hatten. Es formierten sich Anhänger eines fortschrittlichen, industrialisierten Spaniens mit dem Aufschwung der anarcho-syndikalistischen Ideen einerseits, und ein konservatives Lager, mit agrarischen und militärischen Elementen andererseits.¹³ Zu den industrialisierten Gebieten zählten Katalonien und das Baskenland, wo es Unabhängigkeitsbestrebungen gab, die eine Loslösung vom anachronistischen Zentralstaat zum Ziel hatten. Neben dem Fortschritt trennten diese Gebiete auch deren Sprache, Kultur und Tradition vom übrigen Spanien. Franco trat für ein konservatives und geeintes Spanien ein. Die Anarcho-Syndikalisten wurden als feindliche Kommunisten betrachtet und Franco wurde zu ihrem erbitterten Gegner.

Der Bürgerkrieg wurde zu einer Bühne der Konfrontation der europäischen Mächte und auch zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Während des Bürgerkriegs kam es zu einer klaren Positionierung der europäischen Staaten.

Auf einer Seite unterstützten Hitler-Deutschland und das faschistische Italien Franco ideologisch und militärisch. Das Ziel Hitlers war einerseits ein privilegierter Zugang zu den Rohstoffen, andererseits wollte er Frankreich mit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens provozieren. Mussolini hingegen wollte seine Flotten-Präsenz im Mittelmeer (Balearen) ausbauen.¹⁴ So sahen auch die Mächte der Achse Berlin-Rom im Francos Spanien ein ihnen freundschaftlich gesinntes Regime. Die Salazar-Diktatur Portugals, die 1933 einsetzte, unterstützte wie Hitler-Deutschland und Italien ebenso die anti-republikanischen Truppen General Francos.

¹² Rúperez, J.. Ob.zit.

¹³ Enciclopedia Catalana. Salvat. Barcelona 1979. Vol.6, S.123

¹⁴ Tusell, Javier: La trayectoria española ante la 2 GM. I.S.S.N..Madrid 1996, S.71

Auf der anderen Seite suchten die Republikaner Spaniens die Unterstützung Frankreichs und Großbritanniens, den beiden großen europäischen Demokratien der Sozialdemokraten und Republikaner, jene der Antifaschisten sowie von Sympathisanten aus anderen europäischen Ländern (Norwegen, Österreich und Schweden). Sowjetische Gesandte waren freilich auf Seite der Revolutionäre gegen General Franco. Allerdings wollten sie den Konflikt mit Deutschland vermeiden und unterließen daher genauso wie die Vereinigten Staaten jegliche offizielle Einmischung. Stalin wollte seine Beziehungen sowohl zu Frankreich als auch zu Italien verbessern und keine Konfrontation mit Deutschland riskieren, weshalb er ebenfalls auf eine öffentliche Unterstützung verzichtete.

Die Politik der Nichteinmischung war von theoretischer Natur, da sowohl Deutschland, als auch Italien und Portugal militärische Hilfe leisteten. Auch die Republikaner erhielten Waffen, Berater aus der Sowjetunion und Hilfe von den internationalen Brigaden.¹⁵

3.2. Die Diktatur Francos und ihre Außenpolitik

Nach dem Bürgerkrieg in den dreißiger Jahren begann für Spanien eine 40-jährige Phase der Diktatur. Sie kann in drei Teile unterteilt werden. Erstens vom Beginn und während des Zweiten Weltkrieges bis zum Anfang des Kalten Krieges (1939-1949), zweitens von 1949-1970 während des Kalten Krieges und drittens von 1970-1975 während der Vorbereitungen zur KSZE-Schlussakte von Helsinki.

¹⁵ Smidt, Helmut: Recuerdos de la 2 GM. In: Política Exterior. Vol.9, Nr.44. Marzo 1995, S.42

a) Erste Phase (1939-1949)

1939 endete der spanische Bürgerkrieg mit dem Sieg Francos, und die Diktatur in Spanien begann. Spanien nahm aus verschiedenen Gründen nicht am Zweiten Weltkrieg teil. Aufgrund des Bürgerkrieges musste zuerst die tiefe ökonomische Krise überwunden werden. Franco wollte als vorrangig wieder seine Macht im Staat festigen und verhielt sich deshalb neutral. Der faktische Inhalt dieser „Neutralität“ wird im Folgenden hinterfragt werden.

Franco sympathisierte zwar mit den faschistischen Diktaturen Italiens und Deutschlands, nahm jedoch offiziell eine neutrale Haltung ein. 1939 erklärte Franco Spanien als neutrales Land im Krieg Deutschlands gegen die Alliierten. Der spanisch-italienische Nicht-Aggressionsvertrag von 1936 war Ausdruck der Verbundenheit zwischen Franco und Mussolini aufgrund der Unterstützung im Bürgerkrieg.¹⁶

1940 in Hendaya änderte Franco bei einem Treffen mit Hitler seine Haltung und wollte am Krieg teilnehmen. Franco erhoffte sich als Gegenleistung für seine Loyalität im Falle eines Sieges der Achsenmächte gewisse territoriale Zugewinne: Gibraltar und die französischen Kolonien in Marokko, die ihm im Drei-Mächte-Abkommen versprochen worden waren, sowie Territorien in Guinea. Spanien war zum Eintritt in den Krieg bereit, wollte aber von den Achsenmächten Truppenunterstützung und Material.¹⁷

Für die Achsenmächte war zwar die strategische Lage Spaniens wichtig, da die mögliche Unterbrechung des englischen Nachschubs im Mittelmeerraum durch eine Besetzung des britischen Stützpunkts in Gibraltar für die Achsenmächte von vitaler Bedeutung war. Andererseits ging man davon aus, dass Spanien militärisch kaum einen großen Beitrag leisten konnte und deutsche und italienische Truppen nicht einmal dauerhaft mit Verpflegung und Treibstoff versorgen hätte können.

¹⁶ Morales, Lezcano: L'Espagne de l'isolationnisme a l'intégrité internationale. In: Relations Internationales. Paris-Geneve, 1987, S.147-155

¹⁷ Tusell, Javier: España y la 2 Guerra Mundial. Ariel. Madrid 1995, S.32

Zusätzlich war anzunehmen, dass die Engländer einen Rückzug von Gibraltar durch die Besetzung der Kanaren, der Balearen oder durch Errichtung eines Stützpunkts in Portugal relativ leicht verkraftet hätten. Daher überwog das Risiko der Ausdünnung der Truppen der Achsenmächte durch Einsatz an einer neuen, weit entfernten Front die relativ begrenzten militärischen Vorteile. Man traute Spanien militärisch auch nicht zu, eventuell abgetretene französische Kolonien in Nordafrika gegen englische Verbände verteidigen zu können. Die spanische Nicht-Einmischung in den zweiten Weltkrieg hat somit ihre Wurzel in erster Linie im mangelnden Interesse der befreundeten Mächte an seiner Teilnahme.

Spanien hat sich selbst von 1940 bis 1942 als „nicht kriegführende Nation“ bezeichnet.¹⁸ Diese Erklärung als „nicht kriegführender Staat“ muss nicht als Neutralität angesehen werden, es heißt schlicht und einfach, dass Spanien nicht direkt am Krieg teilnimmt. Francos Diktatur zeigte jedoch mehr als verdeckte Sympathien für die faschistischen Diktaturen in Italien und Deutschland. 1941 sah Franco in Hitlers Kampf gegen die Sowjetunion einen Kreuzzug gegen den kommunistischen Erzfeind. Ohne selbst in den Krieg einzutreten, entsandte er noch während des Zweiten Weltkrieges die Blaue Division nach Russland.¹⁹ Somit kam es letztendlich doch zu einer Einmischung in den Krieg. Erst als Franco nach dem Kriegseintritt der USA 1942 erkannte, dass die Achsenmächte den Krieg verlieren würden, entschloss er sich, Spanien als „neutral“ zu bezeichnen.²⁰ Die Sympathie für die Achsemächte, verbunden mit dem Widerspruch zwischen den Positionen „nicht kriegführend“ bzw. „neutral“ und der indirekten Teilnahme durch Entsendung der Blauen Division, wurde von den Alliierten nicht verziehen. Spanien konnte weder wirtschaftlich noch politisch vom Sieg der Alliierten profitieren.

Die ambivalente Haltung und die Sympathie für die faschistischen Diktaturen der Achsenmächte, aber vor allem das diktatorische Regime Spaniens muss als Ursache der Isolierung Spaniens nach dem Zweiten Weltkrieg angesehen werden.

¹⁸ Anés, Gonzalo: España y la 2 Guerra Mundial. In: Política Exterior. Vol.10, Nr. 44. Marzo 1995, S.99

¹⁹ Es handelte sich hierbei um eine Freiwilligenarmee, die etwa 18000 Mann stark war und von Offizieren der regulären Armee kommandiert wurde, die sich ebenfalls freiwillig gemeldet hatten.

²⁰ Morales, Lezcano: El aislamiento español y la opción neutralista, 1815-1945. In: Historia 16.Nr.63. Julio 1984, S.251ff

Es kam zum Boykott Spaniens, weil es nicht in die demokratische Ordnung des Nachkriegseuropas passte. Spanien wurde dadurch von den Entwicklungen in Europa abgekoppelt, während sich in den Ländern der Kriegsverlierer Deutschland, Italien und Österreich Systeme entwickeln konnten, die auf individueller Freiheit und Demokratie gegründet waren.

Die diplomatischen Beziehungen müssen von den wirtschaftlichen Beziehungen getrennt betrachtet werden, weil letztere auch mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich existierten. Bidault betonte in der französischen Nationalversammlung sinngemäß: « *Il n'y a pas d'oranges fascistes, il n'y a que des oranges* ». ²¹ 1948 unterschreibt Spanien kommerzielle Abkommen mit Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

Spanien blieb die Teilnahme am Marshall-Plan trotz der klar anti-kommunistischen Haltung des Regimes verwehrt, da die Vorteile dieses Plans der wirtschaftlichen Entwicklung der jungen Demokratien vorbehalten waren. Die Nichtbeteiligung am Marshall Plan hatte erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen auf Spanien. Dies war eine der Hauptursachen für Spaniens wirtschaftliche Rückständigkeit und seine Abkopplung vom Wiederaufbau Europas.

In Bezug auf die internationale Arena vereinbarten Stalin, Churchill und Truman bei der Potsdamer Konferenz 1945, dass Spanien, solange Franco regiere, nicht an neu entstehenden Institutionen teilnehmen dürfe. Die Allianz der Sieger hat Spanien ausgeschlossen. Man hoffte, dass das spanische Volk die Diktatur Francos von sich aus überwinden könne. Spanien versuchte 1945 den Vereinten Nationen beizutreten, dies wurde Spanien jedoch aufgrund seines undemokratischen politischen Systems verwehrt. Die Verurteilung Spaniens wurde bei der ersten Generalversammlung der Vereinten Nationen 1946 erneuert. ²² Die fehlende Anerkennung Spaniens führte zu einer Isolation mit zwei wesentlichen Konsequenzen: Franco wurde von vielen Spaniern als Opfer

²¹ Powell, Charles: las relaciones exteriores de España (1898-1975). Gillespie, R./Rodrigo, F./Story, J. (Hg.). Las relaciones exteriores en la España democrática. Alianza Universidad. Madrid 1995, S.41

²² Anés, Gonzalo. Ob. Zit.

angesehen und die ökonomische Entwicklung blieb weiter hinter dem europäischen Standard zurück.²³

Portugal war einerseits Nachbarstaat und andererseits wurde es wie Spanien diktatorisch regiert. Salazar und Franco schlossen 1939 einen „Iberischen Pakt“. Die Beziehungen mit Portugal waren trotzdem nicht sehr intensiv. Nur in Portugal konnte sich eine weitere westeuropäische Diktatur an der Macht halten. Diese wurde aber weitaus weniger isoliert, da sie im Zweiten Weltkrieg kein so großes Naheverhältnis zu den Achsenstaaten gehabt hatte. Portugals Neutralität war glaubwürdiger als die Spaniens. Durch seine guten Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich war es für Portugal außerdem leichter, sich in den Westblock zu integrieren.²⁴

Franco versuchte eine Annäherung an die katholische Kirche, welche zum Vatikanischen Konkordat führte. Damit wollte er den christlich demokratischen Parteien Westeuropas entgegenkommen. Die Annäherung an den westlichen Block hätte auch beträchtliche wirtschaftliche Vorteile für das autarke Spanien mit sich gebracht.

Unter den nicht-europäischen Ländern hatte Spanien in erster Linie zu den lateinamerikanischen Ländern Kontakt, in denen es diktatorische Regime gab und die untereinander in wirtschaftlichem Kontakt standen. Diese Beziehungen existierten auf der Basis bilateraler Verträge.²⁵ Gemeinsam waren Spanien und den lateinamerikanischen Ländern dieselbe Sprache und Kultur. Daraus ergab sich ein besonders nahes Verhältnis trotz der geographischen Entfernung. Außerdem lebten viele spanischen Emigranten in Südamerika.

Franco sah in Lateinamerika die gleiche Kultur und Spanien als deren Mutterland. Er gründete 1940 den Rat der „Hispanidad“ um die Verbindungen und die sozialen und wirtschaftlichen Kontakte im spanischen Kulturkreis zu fördern.²⁶ Diese

²³ Portero, Fernando: Franco aislado, 1945-50. Aguilar. Madrid 1989, S.42

²⁴ Sánchez, José: La relación peninsular en el tránsito de las democracias. Prosepina. Madrid 1989, S.113

²⁵ Außer mit Mexiko, wo viele politische Exilanten vor der Franco Diktatur Zuflucht gefunden hatten.

²⁶ Grugel, Jean: España y Latinoamérica. Gillespie, R./Rodrigo, F./Story J. (Hg.). Las relaciones exteriores en la España democrática. Alianza Universidad. Madrid 1995, S.189ff

Gemeinsamkeiten spielen bis heute eine wichtige Rolle in den zwischenstaatlichen Beziehungen, wobei Spanien als Vermittler zwischen Europa und Lateinamerika fungiert. Die Vereinigten Staaten hingegen sahen in der „Hispanidad“ eine politische Gefahr. Um Konfrontationen mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden wurde die „Hispanidad“ daher auf kulturelle und religiöse Aktivitäten beschränkt.²⁷

Die Beziehungen zu den arabischen Ländern hatte für Franco eine besondere Bedeutung.²⁸ Sie ergaben sich aus der geographischen Nähe und einer gemeinsamen Geschichte. Der Energiebedarf Spaniens dürfte schließlich auch eine gewisse Rolle gespielt haben, da seine Wirtschaft von Rohstoffimporten abhängig war. Ein weiterer Grund für die Annäherung Francos an die arabischen Staaten war ein ideologischer. Die arabische Welt war ebenso wie Franco grundlegend anti-kommunistisch eingestellt.²⁹ Aus der pro-arabischen Politik unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ist auch zu erklären, warum sich Spanien 1948 weigerte, den Staat Israel anzuerkennen.³⁰

b) Zweite Phase (1949-1970)

Während der West-Ost-Polarisierung war die Zugehörigkeit Spaniens zum westlichen Block durch seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eindeutig. Spanien hatte eine große militärisch-strategische Bedeutung für den Westen, nicht nur um das Mittelmeer kontrollieren zu können, sondern auch um im Falle eines Angriffes der Sowjetunion auf Westeuropa als Ausgangspunkt für eine amerikanische Gegen-Intervention dienen zu können. Die strategische Bedeutung Spaniens als Schnittpunkt zwischen Europa, Afrika und Amerika zeigte sich für die Vereinigten Staaten besonders während des Korea Krieges 1950.³¹

²⁷ Espadas, Manuel: Franquismo y política exterior. Rialp. Madrid 1988, S.132

²⁸ Gillespie, Richard: España y el Magreb. Gillespie, R./Rodrigo, F./Story, J. (Hg.). Las relaciones exteriores en la España democrática. Alianza Universidad. Madrid 1995, S.210

²⁹ Pereira, Juan Carlos: Reflexiones para el estudio de la política exterior española. In: Estudio Historia Contemporánea. Vol.6. Salamanca 1990, S.93

³⁰ Man kann dies auch als Ausdruck einer antisemitischen Haltung sehen, welche sich auch in der Nahbeziehung zu Nazi-Deutschland zeigt

³¹ Fraga, Manuel: La seguridad de Europa. In: Política Exterior. Vol.1. Madrid 1987, S.29

Ideal für das westliche Verteidigungssystem wäre ein Beitritt Spaniens zur NATO gewesen, allerdings wurde dies von Großbritannien und Frankreich nicht gewünscht. Die Vereinigten Staaten haben daher eine Reihe bilateraler Verträge mit Spanien abgeschlossen. Dem ersten Vertrag von 1953 folgten weitere in den Jahren 1970, 1977, 1982 und 1988. Diese Verträge wurden als Kooperations- und Partnerschaftsverträge bezeichnet. Diese Abkommen umfassten ein Verteidigungsbündnis und gleichzeitig wirtschaftliche Hilfe. Torrejón, Zaragoza, Morón und Rota wurden als gemeinsame Militärbasen in Spanien eingerichtet. Im Falle einer sowjetischen Bedrohung konnte Spanien seine Militärbasen den amerikanischen Streitkräften zur Verfügung stellen und als Drehscheibe für amerikanische Gegenangriffe dienen. Im Gegenzug erhielt Spanien 1,5 Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe. Überdies verhalfen die Vereinigten Staaten Spanien zu politischer und diplomatischer Anerkennung.³²

Diese Verträge bedeuteten das Ende der Neutralität Spaniens, brachten die Verpflichtung zur Teilnahme am westlichen Verteidigungssystem und machten Spanien teilweise technologisch, militärisch und wirtschaftlich von den Vereinigten Staaten abhängig. Viele Autoren halten das für einen Anschlag auf die Souveränität Spaniens.³³ Eine fast 200 Jahre dauernde Neutralität wurde somit beendet. Es war das erste militärische Bündnis, das Spanien seit 1808 geschlossen hat (damals ging Spanien mit Großbritannien ein Bündnis gegen Napoleon ein).

Für viele Spanier war die Anerkennung Francos durch die Vereinigten Staaten und die Einrichtung militärischer Stützpunkte ein Grund für einen ausgeprägten Antiamerikanismus. Dieser verstärkte sich, als ein amerikanischer B52-Bomber, der Wasserstoffbomben transportierte, Anfang 1966 vor der Küste Spaniens abstürzte. Dieser Vorfall führte zu einem generellen militärischen Flugverbot über dem spanischen Teil der iberischen Halbinsel. Daraufhin entspannte sich die Lage auf den militärischen Stützpunkten.

³² Espadas Manuel. Ob.zit., S.98

³³ Viñas, Ángel: Los pactos secretos de Franco con Estados Unidos: bases, ayudas economicas, recortes de soberania. Grijalbo. Barcelona 1981, S.120

Spaniens später Beitritt zu den Vereinten Nationen 1955 wurde dank des Einflusses der Vereinigten Staaten möglich. Während Truman (1945-53) noch ein vehementer Gegner eines spanischen Beitritts war, hatte Präsident Eisenhower, sein Nachfolger einen weit pragmatischeren Zugang zu dieser Thematik und half Spanien in eigenem Interesse (Spanien hatte eine strategische Bedeutung für die Vereinigten Staaten und war zusätzlich ein antikommunistisches Land).

Für den Beitritt Spaniens zu den Vereinten Nationen stimmten die Vereinigten Staaten und die lateinamerikanischen Länder, Frankreich und Großbritannien hingegen waren wegen des undemokratischen Systems Francos und der Verletzung von Menschenrechten - vor allem im Zusammenhang mit den nationalen Minderheiten - dagegen. Gegen den Beitritt war auch die Sowjetunion, weil sie ein Land unter dem Einfluss der Vereinigten Staaten nicht bei den Vereinten Nationen akzeptieren wollte, weiters gab es noch Vorbehalte aus dem Bürgerkrieg.³⁴ Letztendlich trat Spanien 1955 den Vereinten Nationen bei.

Zuvor war Spanien bereits Mitglied in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1951, in der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) 1952, sowie in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 1953 geworden.

Zur Stabilisierung der Wirtschaft trat Spanien 1958 mit Unterstützung der Vereinigten Staaten dem „Internationalen Währungsfonds“ und der „Weltbank“ bei. 1962 brachte Spanien einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) ein. Da Spanien nicht Mitglied der EG war, hatte es wirtschaftliche Nachteile wie Importzölle (es importierte aus der EG doppelt so viel wie es exportierte), das Fehlen von direkten ausländischen Investitionen, geringem Tourismus und Emigration in Kauf zu nehmen. Der Antrag wurde wegen des diktatorischen Systems in Spanien abgelehnt. Ein weiterer Grund war die geringe Wirtschaftsentwicklung.³⁵

³⁴ Fuentes, Jorge: La Política Exterior de España. Ruan. Madrid 1987, S.42 ff.

³⁵ Barbé, Esther: Hacia una política exterior y de seguridad común. Anuario Internacional CIDOB. Barcelona 1991, S.38

c) Dritte Phase (1970-1975)

Die dritte Phase bedeutete das Ende der Diktatur. Diese ging mit der physischen Schwächung Francos einher. Seine Erkrankung begann 1973 und endete mit seinem Tod am 20. November 1975. In den letzten Jahren bis zum offiziellen Ende des Regimes 1975 erlebte Spanien eine Zeit innerer Instabilität. Streiks, Demonstrationen und terroristische Gewalt erzwangen mehrere Male die Ausrufung des Ausnahmezustandes.³⁶ Gleichzeitig war dies jedoch auch eine Zeit der relativen Öffnung des Landes. So wurden etwa spanische Studenten wieder vermehrt zum Studium ins Ausland geschickt. Das demokratische Spanien konnte später auf diese fähigen Kräfte zur Stärkung seiner Rolle im internationalen System zurückgreifen.

Die Ursachen der terroristischen Gewalt (ETA und Terra Lliure) lagen in der Unterdrückung der lokalen Minderheiten (Basken, Katalanen), sowie im ideologischen Terrorismus der Gruppe „el GRAPO“ (antifaschistische bewaffnete Gruppe mit marxistischer Ideologie, die durch Attentate und Bankraub die Massen zur Revolution motivieren wollte). Francos Reaktionen auf staatsinternen Terrorismus waren immer mit brachialer Gewalt verbunden. Nach dem Erlass eines antiterroristischen Gesetzes kam es zu 300 Verhaftungen und 110 Todesurteilen, wovon aber nur fünf vollstreckt wurden (Gericht von Burgos). Aufgrund dessen kam es auf internationaler Ebene zu zahlreichen Protesten. Viele Botschafter verließen Spanien aus Protest gegen die Todesstrafe und die Verletzung der Menschenrechte. Auch die Vereinten Nationen reagierten darauf und Mexiko forderte gar den Ausschluss Spaniens aus den Vereinten Nationen.³⁷

Trotz der Diktatur schlossen die Vereinigten Staaten in eigenem Interesse 1974 einen weiteren militärischen Vertrag mit Spanien. Grund hierfür waren internationale Konflikte, wie die Erdölkrise, der Jom-Kippur-Krieg und die Zypern-Krise. Die Lage im östlichen Mittelmeerraum war gleichzeitig sehr instabil. Die Vereinigten Staaten

³⁶Fuentes, Jorge. Ob.zit.

³⁷ Espadas Manuel. Ob.zit., S.72

konnten mit Hilfe der strategischen Lage Spaniens einen kontrollierenden Einfluss ausüben.

Die Vereinigten Staaten unterstützten das Franco-Regime aus Angst davor, dass nach dem Ende des Regimes die Kommunisten in Spanien an Macht gewinnen könnten und längerfristig die Kontrolle über die Mittelmeerregion übernehmen könnten.³⁸ In Portugal kam mit der Nelkenrevolution vom 25. April 1974 das Ende der Diktatur und die portugiesische kommunistische Partei ergriff die Macht, unterstützt durch linke Militärs. Portugal war aufgrund seiner geostrategischen Lage von den Vereinigten Staaten und den anderen NATO-Mitgliedern stark gefördert worden. Zusätzlich waren die Aufstandsbewegungen in Angola zum Teil deutlich kommunistisch geprägt, und die niedrigeren Offiziersränge der Portugiesischen Armee (in diktatorischer Ideologie erzogen) liefen einfach zur „ansprechenden“ Ideologie über und verbündeten sich mit den Kommunisten.³⁹

Die spanische Ost-Politik begann in der letzten Phase der Diktatur. 1973 kam es zu diplomatischen Besuchen und zu wirtschaftlichen Abkommen mit der Sowjetunion, mit China und mit der DDR. Konsularische Vereinbarungen wurden auch mit Ungarn, Polen, Bulgarien, Rumänien und der Tschechoslowakei getroffen. Die außenpolitische Öffnung war ein Versuch, den Mangel an Verbündeten aufzuheben und einen Platz auf internationaler Ebene einzunehmen.⁴⁰

In der Endphase der spanischen Diktatur in den Siebziger Jahren kam es zu einem Zoll-Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft. Die Ausfuhr spanischer Produkte in die EG wurde dadurch wesentlich erleichtert.⁴¹

³⁸ Aus denselben Gründen standen die Vereinigten Staaten auch Makarios auf Zypern ablehnend gegenüber

³⁹ Mujal-León, Eusebio: The PCP and the Portuguese Revolution. In: Problems of Communism. Nr.26. Washington 1977, S.21-41

⁴⁰ Fuentes, Jorge: La política exterior de España. Ruan. Madrid 1987, S.62

⁴¹ Alonso, Antonio: España en el Mercado Común. Del acuerdo de los 70 a la Comunidad de doce. Espasa-Calpe. Madrid 1985, S.38

IV. Die Entstehung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

4.1. Vorgeschichte der Konferenz

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war nicht der einzige Versuch für einen Dialog zwischen Ost und West. In der Phase des Wettrüstens und der Unsicherheit gab es verschiedene Initiativen um eine Entspannung der Situation herbeizuführen, die von den verschiedenen Interessen der Supermächte geprägt waren. Wichtig war das Finden eines Kompromisses zwischen den territorialen Ansprüchen der Sowjetunion auf der einen Seite und der Forderung nach Demokratie und Menschenrechten auf der anderen Seite. Ziel war für die Sowjetunion ein kollektives Sicherheitssystem für Europa.⁴² Bereits in den zwanziger Jahren hatte es Initiativen seitens der Sowjetunion für Konferenzen innerhalb der Staaten Europas zum Aufbau eines Sicherheitssystems gegeben.

Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland 1954 zur NATO veränderte das Verhältnis zur DDR und veranlasste die Sowjetunion, den Gedanken einer kollektiven Sicherheitspolitik wieder aufzunehmen. Von sowjetischer Seite kam von 1954 bis 1959 eine Reihe von Vorschlägen. Im Jänner 1954 kam es in Berlin zu einem Treffen zwischen den Außenministern der Siegermächte des 2. Weltkrieges. Der russische Außenminister Molotow schlug den Beitritt der Sowjetunion zur NATO vor. Dies wurde abgelehnt und es kam dadurch 1955 zur Gründung eines Militärbündnisses zwischen den kommunistischen osteuropäischen Staaten, dem so genannten Warschauer Pakt 1955.

Die zweite Initiative der UdSSR kam im November 1954. Eingeladen waren jene europäischen Staaten, die diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion und den Vereinigten Staaten hatten. Der Vorschlag beinhaltete die Bildung eines eigenen europäischen Sicherheitssystems sowie die Absicherung des sowjetischen Territoriums.

⁴² vgl.: Vetschera, Heinz: Sicherheit und Truppenabbau: Die Konferenzen. Studien und Berichte des Instituts für militärstrategische Grundlagenforschung 5. Wien 1976

Zu diesem Treffen kamen nur Vertreter osteuropäischer Staaten, Albaniens und ein chinesischer Beobachter. Deshalb blieb dieses Zusammentreffen auch erfolglos.⁴³

Von nun an wurde nicht mehr an ein europaweites Sicherheitssystem gedacht, sondern die Schaffung von lokalen Sicherheitszonen favorisiert. Der russische Außenminister Molotow schlug darüber hinaus eine neutrale Stellung Deutschlands vor. Das wurde abgelehnt, weil die Neutralität Deutschlands implizit das Verschwinden der NATO bedeuteten würde.

Der Westen wollte die Lösung zweier Probleme: die Durchführung freier Wahlen in der DDR, um über die Zukunft des geteilten Deutschland im Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung zu entscheiden und die Unterzeichnung eines Abkommens in Österreich, das dessen Neutralität nach dem Abzug der Besatzungstruppen aus Österreich sichern sollte.

1957 schlug der rumänische Präsident Chivu Stoica vor, dass die Atomwaffen vom Balkan abgezogen werden sollten, um damit die Sicherheit in dieser Region zu erhöhen. Im selben Jahr machte der polnische Außenminister Rapacki vor den Vereinten Nationen den Vorschlag für ein Verbot von Produktion und Import von Atomwaffen, sowie für ein Verbot der Stationierung derselben auf polnischem Hoheitsgebiet. Voraussetzung hierfür war, dass auch Deutschland auf die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Bundesgebiet verzichten sollte.

1966 kam es zum 23. Treffen der kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) in Bukarest. Primäres Ziel war es dabei, weitere Aufrüstung zu vermeiden und ein Forum für Sicherheit und Kooperation zu bilden. Nunmehr wollte die Sowjetunion mit ihren Verbündeten die Anerkennung des politisch-territorialen Status quo in Europa erreichen, sowie auf die Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen hinwirken.

⁴³ Fuentes, Jorge: La línea de distensión. Huertas. Madrid 1980, S.29ff

Schließlich kommt es 1967 mit dem „Harmel-Bericht“ zu einer grundsätzlichen Änderung der NATO-Strategie, die nunmehr nicht nur auf Abschreckung setzte, sondern auch auf Kooperation und Verhandlungsbereitschaft mit dem Osten. Die bisherige Strategie, die ausschließlich auf Abschreckung setzte, sollte durch Verhandlungen zur Rüstungskontrolle ergänzt werden, mit der Möglichkeit einer eventuellen beiderseitigen und ausgewogenen Truppenreduzierung (MBFR) zwischen Ost und West. Sie wurde am 25. Juni 1968 als „das Signal von Reykjavik“ bekannt.⁴⁴ Den Briten, Franzosen und Amerikanern wird die Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Abrüstung übergeben.

Die Sicherheitskonferenz (sowjetische Idee) wurde mit dem MBFR (NATO Idee) verbunden. Es kam zu einem Hin und Her des „Kommunique-Dialogs“, bis sich beide Seiten darauf einigten, beide Konferenzprojekte (MBFR und KSZE) wechselseitig zu akzeptieren. 1968, nach der blutigen Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten zur Niederschlagung des Aufstandes in der CSSR (Prager Frühling), drängte die UdSSR wiederum auf eine europäische Sicherheitskonferenz.

Im Oktober 1969 veröffentlichten die Außenminister der Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes in Prag eine Erklärung in Bezug auf die Bildung eines europäischen Sicherheitssystems. Dabei sollten folgende Themen behandelt werden: Gewährleistung einer europäischen Sicherheit unter Verzicht auf Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung bei Konflikten zwischen den europäischen Staaten, sowie die Erweiterung der gleichberechtigten Handels-, Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischen Beziehungen mit dem Ziel, die politische Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten zu fördern.⁴⁵

Als Folge der oben genannten Initiativen bekamen die europäischen Botschaften in Ungarn 1969 Verbalnoten für die Einladung zu einer Konferenz. Auch trafen von den Botschaften Osteuropas entsprechende Verbalnoten bei der Vereinten Nationen ein. Der

⁴⁴ebenda

⁴⁵ vgl.:Pöllinger, Sigrid. Der KSZE/OSZE Prozess. Braumüller. Wien 1998

Präsident der bulgarischen Nationalversammlung schickte eine offizielle Einladung an alle westlichen Präsidenten.⁴⁶

1969 lud die finnische Regierung schließlich die teilnehmenden Staaten zur Bildung der Konferenz nach Helsinki ein. Von Willy Brandt wurde die Konferenz als ein Instrument von „Detente“ angesehen.

Nachdem von sowjetischer Seite die Teilnahme der Vereinigten Staaten und Kanadas an der Konferenz 1970 akzeptiert wurde (dabei war die weitere amerikanische Präsenz in Europa impliziert; woraufhin eine Änderung der russischen Außenpolitik folgte), erklärte man sich auch bereit, über Rüstungskontrolle, eventuelle beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen (MBFR) zwischen Ost und West sowie eine vermehrte Beweglichkeit für Menschen, Ideen und Informationen im Rahmen einer etwaigen Konferenz zu sprechen. Die Vereinigten Staaten richteten ihr Augenmerk nunmehr eher auf die bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR als auf einen Lösungsansatz über eine Sicherheitskonferenz.

Die Konferenz über die MBFR war der Zusammenhang zwischen den beiden Strängen von Initiativen des Westens und des Ostens – jeder wollte dem anderen das wegnehmen, worin der andere überlegen war: Der Osten dem Westen die Kernwaffen, der Westen dem Osten die große Zahl an konventionellen Streitkräften. Die Sowjets wollten keine Block zu Block Konferenz haben, sondern wollten alle Staaten in die Konferenz einbeziehen, denn eine Abrüstung von Block zu Block (basierend auf Blockzugehörigkeit) würde sich in Ländern, die weit weg von Zentraleuropa liegen, wenig auf die Schaffung von Sicherheit auswirken. Beispielsweise im Fall der Türkei: Hier würde kein Gleichgewicht zwischen West und Ost in Zentraleuropa geschaffen.⁴⁷

Schließlich besuchte der US Präsident Nixon im Mai 1972 Moskau, um den SALT I Vertrag zu unterschreiben. Während dieses Besuches zeigten die Sowjets ihre Bereitschaft, in ersten Gesprächen an der MBFR teilzunehmen, von der amerikanischen

⁴⁶ Fuentes, Jorge: La línea de distensión. Huertas. Madrid 1980, S.31

⁴⁷ Vetschera, Heinz. Ob.zit.

Seite kam die Bereitschaft für Verhandlungen über die Konferenz. Es wurde vereinbart, dass die KSZE Verhandlungen am 22. November 1972 in Genf beginnen sollten und die MBFR in Wien am 31. Jänner 1973.

Die Rahmenbedingungen der Konferenz (Organisation der Konferenz und Tagesordnung) wurden in Helsinki auf Botschaftsebene am 22. September 1972 ausgearbeitet und kulminierten in den Schlussempfehlungen der Helsinki Konsultationen, dem so genannten Blauen Buch vom 8. Juni 1973 und mit der Helsinki Schlussakte im Jahr 1975.

4.2. Ziel der Konferenz

Ziel der Konferenz war es, prinzipiell eine friedliche Koexistenz zweier Systeme mit unterschiedlichen Weltanschauungen zu ermöglichen. Die Konferenz kann auch als ein grundsätzliches Verständnis der Supermächte für die Gefahren des Kalten Krieges interpretiert werden und zwar insofern, dass sie sich darüber klar waren, dass ein Fehler in ihrem System die ganze Welt vernichten könnte.⁴⁸

Die Konferenz musste ein umfassendes Programm zur Entspannung erarbeiten. Wichtig waren die Gleichberechtigung aller Staaten und die Unabhängigkeit von der NATO und vom Warschauer Pakt. Dabei war es wesentlich, dass die Einigung durch Konsens gefunden wurde, um Blockbildung oder Polarisierung zu vermeiden. Die zu verhandelnden Themen wurden differenziert betrachtet. Kein Thema sollte einem anderen untergeordnet werden: vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich (Maßnahmen zur Transparenz der militärischen Bewegungen), wirtschaftliche Themen und Menschenrechtsfragen wurden als umfassender Begriff von Sicherheit erarbeitet.⁴⁹ Es sollten alle europäischen Probleme einbezogen werden, weswegen auch das Mittelmeerthema behandelt wurde.

⁴⁸ Rúperez, Javier: Europa entre el miedo y la esperanza. Edicusa. Madrid 1978, S.97

⁴⁹ Pöllinger, Sigrid. Ob.zit.

4.3. Die Interessen der Teilnehmerstaaten

Die fünfunddreißig teilnehmenden Länder vertraten darüber hinaus unterschiedliche Interessen. Es handelte sich dabei um eine heterogene Gruppe, deren Mitglieder eingeteilt wurden in jene, die der NATO angehörten und jene, die dem Warschauer Pakt zugehörig waren. Zur dritten Gruppe, den neutralen Staaten gehörten: Österreich, Schweiz, Finnland, Schweden und die nicht-paktgebundenen Staaten: Jugoslawien, Malta, Zypern, Liechtenstein, San Marino, Monaco. Außerdem nahmen Spanien und der Heilige Stuhl als „Sonstige“ an der Konferenz teil.⁵⁰

Die Neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten sowie die „Sonstigen“ spielten eine besondere Rolle als Vermittler zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Für die Sowjetunion war die Konferenz wichtig, um die Grenzen nach dem Krieg zu legitimieren, Amerika hingegen war misstrauisch: Den Vereinigten Staaten ging es primär darum, die Menschenrechte zu verankern. Für die Oststaaten ging es um eine Verbesserung ihrer Lage bezüglich der Souveränität und der eigenen Freiheiten. Die neutralen Staaten sahen in der Konferenz die Möglichkeit, ihre eigene Sicherheit zu bestätigen. Für Spanien ging es um das Agieren auf internationaler Ebene, Jugoslawien wollte einen Minderheitenschutz und Irland und Spanien versuchten, die Festlegung des Status quo von Ulster und Gibraltar zu vermeiden.⁵¹

Es war klar, dass Kompromisse zwischen den vielen unterschiedlichen Interessen gefunden werden mussten. Ziel war es, die Schaffung eines Friedens der Völker auf allen Ebenen zu gewährleisten. Sicherheit wurde dabei im globalen Kontext gesehen und konnte nur durch Zusammenarbeit der beiden Supermächte erreicht werden, nämlich das Finden eines Kompromisses zwischen den territorialen Ansprüchen der Sowjetunion auf der einen und der Forderung nach Demokratie und Menschenrechten auf der anderen Seite. Damit wurde von beiden Supermächten die Bereitschaft zu

⁵⁰ Tudyka, Kurt: Das OSZE Handbuch. Leske+Budrich. Opladen 1997, S.122

⁵¹ Fuentes, Jorge: La línea de distensión. Huertas. Madrid 1980, S.130

Verhandlungen zur Erreichung von Sicherheit in humanitären, wirtschaftlichen und militärischen Bereichen aufgezeigt.⁵²

Dieser Prozess wurde multilateral durch permanente Verhandlungen über Themen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durchgeführt. Es war eine ehrgeizige Initiative, die zu einer umfassenden und kooperativen Sicherheit führen sollte.

4.4. Die Rolle Spaniens bei der Entstehung der Konferenz

Spanien wurde zur Konferenz eingeladen, weil es als europäisches Land nicht ausgeschlossen werden sollte und seine strategische Lage wichtig für die Herausbildung einer europäischen Sicherheit war. Außerdem ist es, rein geographisch betrachtet, ein westliches, europäisches Land.

Spanien war das erste Land, das mit Enthusiasmus auf die Einladung zu der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa antwortete. Die Einladung geschah in Form einer Verbalnote der ungarischen Botschaft, die am 13. September 1969 an die spanische Botschaft in Paris gesandt wurde.

Spanien sandte sein erstes Memorandum an die möglichen Teilnehmerstaaten der Konferenz am 13. Dezember 1969 und deponierte folgende Wünsche an die Konferenz: Erstens wollte es, dass die Konferenz so bald wie möglich beginnen sollte und das vor allem vor dem 25. Jahr der Gründung der Vereinten Nationen, damit der Prozess nicht scheitern würde, und zweitens, dass alle Staaten gleichberechtigt daran teilnehmen könnten. Weiters wollte Spanien die Teilnahme der Vereinigten Staaten und Kanadas an der Konferenz.

⁵² Cadalluch, Rafael: La Contribución de la CSCE a la Seguridad Colectiva Europea. I.S.S.N.. Madrid 1986, S.123ff

Im zweiten Memorandum vom 28. September 1970 akzeptierte Spanien die West-Ost Thematik der Konferenz und unterstrich daher die Bedeutung der Konferenz für die Entspannung im Ost-West Konflikt. Spanien sagte, dass es offen für alle Vorschläge wäre, egal, ob sie vom Westen oder vom Osten kämen, und dass sie gleich behandelt werden sollten. Damit legte Spanien seine neutrale Position fest.⁵³

Der spanischen Botschafter Nuño Aguirre de Cárcer sagte im Nachhinein: *„Wir nahmen nicht am Krieg teil, aber sie laden uns zum Aufbau des Friedens ein (...) Wir sahen eine Chance für einen Dialog, der bisher schwer zu bewerkstelligen war.“*⁵⁴

Die Gründe für das Interesse Spaniens an der Teilnahme an der Konferenz sind folgende:

- Zu jener Zeit hatte das Land keine Präsenz in den drei wesentlichsten europäischen politischen (Europarat), militärischen (NATO) und ökonomischen (EG) Foren. Es hatte zum ersten Mal die Chance, bei der Entstehung einer Konferenz über europäische Themen dabei zu sein.
- Die Einladung wurde von Madrid als eine Bestätigung für die mitbestimmende Rolle auf internationaler Ebene gesehen.
- Es gibt Spanien die Möglichkeit, durch Knüpfung internationaler Kontakte auf allen Ebenen die internationale Isolierung zu durchbrechen.
- Die Möglichkeit, Beziehungen zu den kommunistischen Ländern Osteuropas aufzunehmen, die damals nicht gegeben waren. Die diplomatischen Beziehungen waren wegen Francos Antikommunismus nach dem spanischen Bürgerkrieg abgebrochen worden und wurden 1957 mit einem kleinen kommerziellen Austausch wieder aufgenommen. In der Folge gab es in einigen Staaten Osteuropas spanische kommerzielle Büros, aber keine Botschaft. Die Beziehung mit dem Osten wurde aber als „Kalte Höflichkeit“ bezeichnet.⁵⁵

⁵³ Fuentes, Jorge: La línea de distensión. Huertas. Madrid 1980, S.129

⁵⁴ Rúperez, Javier: Europa entre el miedo y la esperanza. Edicusa. Madrid 1978, S.94

⁵⁵ Fuentes, Jorge: La política exterior de España. Ruan. Madrid 1987, S.221

4.5. Teilnahme Spaniens an der Vorbereitung der Helsinki Schlussakte

Die erste Phase der Konferenz begann auf Außenministerebene am 3. Juli 1973 in Helsinki. Dort hielt der spanische Außenminister Laureano López Rodó eine Rede, die nur von nationalen Interessen geprägt war. Dies war verständlich, weil Spanien damals keinen genau definierten außenpolitischen Kurs hatte. Folgende Themen wurden erwähnt:⁵⁶

- Wichtigkeit von Stabilität im Mittelmeerraum als entscheidender Faktor für Sicherheit in Europa. Tatsache war, dass sich Spanien wegen seiner geographischen Lage und seiner Nichtzugehörigkeit zu den Blöcken durch den West-Ost Konflikt nicht bedroht fühlte. Im Gegensatz dazu hat sich Spanien wegen der Instabilität in Nordafrika und deren möglicher Auswirkung auf Spanien immer verunsichert gefühlt.
- Bedeutung der territorialen Integrität zur Bestätigung der Integrität/Einheit Spaniens und auch in Bezug auf den Status quo von Gibraltar mit der Hoffnung, dass das Gibraltarthema in der KSZE angesprochen würde.
- Tourismus und Migration mit dem Ziel der Förderung wirtschaftlicher Kooperation.
- Forderung von Freiheit und Menschenrechten. Diese pro-westliche Einstellung, die aber im Widerspruch zur Diktatur Spaniens stand, muss als eine Strategie Spaniens verstanden werden, sich Sympathien seitens des Westens zu verschaffen. Solche Aussagen Spaniens waren nur zu verstehen, weil das Regime in den letzten Jahren der Diktatur bereits geschwächt war. Solche Aussagen wären während der starken Jahre der Franco Diktatur undenkbar gewesen.

In der zweiten Phase der Konferenz kam es zur Ausarbeitung der Schlussempfehlungen der Helsinki Konsultationen. Diese Arbeiten begannen auf Beamtenebene in Genf am 18. September 1973 und dauerten bis zum 21. Juli 1975 an. Das Resultat war die „Schlussakte von Helsinki“, welche dann am 1. August 1975 von den 35 Staats- und Regierungschefs Europas und Nordamerikas unterzeichnet wurde.

⁵⁶Rede des spanischen Außenministers López Rodó in der Vorbereitungsphase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki, 3. Juli 1973

Spanien agierte in der Ausarbeitung der „Schlussakte von Helsinki“ neutral und blockfrei. Es zeigte sich überaus aktiv und fungierte oftmals als Vermittler zwischen Ost und West. Die anderen Länder betrachteten Spanien ohne Misstrauen und sogar mit Sympathie. Sie waren überrascht, da man erwartet hatte, dass Spanien in der Beobachterrolle bliebe, weil die Themen - die territorialen und menschlichen Folgen der Kriege und die West-Ost Polarisierung - Spanien nicht betrafen.

Spanien engagierte sich zusammen mit allen Teilnehmerstaaten in der Redaktion der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehung der Teilnehmerstaaten leiten, insbesondere mit den Prinzipien I und VI.

Das erste Prinzip: *“Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte“*: *„Die Teilnehmerstaaten werden gegenseitig ihre souveräne Gleichheit und Individualität sowie alle ihrer Souveränität innewohnenden und von ihr eingeschlossenen Rechte achten, einschließlich insbesondere des Rechtes eines jeden Staates auf rechtliche Gleichheit, auf territoriale Integrität sowie auf Freiheit und politische Unabhängigkeit....Sie sind der Auffassung, dass ihre Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können.“*⁵⁷

Das Recht auf friedliche Änderung von Grenzen widerspricht nicht dem Gedanken der Unverletzlichkeit der bestehenden europäischen Grenzen, welcher auf bilateraler Ebene in den deutschen Ostverträgen niedergelegt und auf Betreiben der Sowjetunion und ihrer Verbündeten auch als grundlegendes KSZE-Prinzip aufgenommen wurde. Spanien und Irland arbeiten gemeinsam an diesem Prinzip. Sie waren der Ansicht, dass hiermit nur der Schutz vor gewaltsamen oder widerrechtlichen Angriffen gegen bestehende Grenzen gemeint sein könne, der Begriff der Unverletzlichkeit somit nicht im Sinne einer Unabänderlichkeit zu verstehen sei. Mit dieser Formulierung wollte man eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, die Rückgabe Ulsters an die Republik Irland sowie die Rückgabe Gibraltars an Spanien nicht von vornherein ausschließen.

⁵⁷ Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki Schlussakte. Prinzipien, die die Beziehung der Teilnehmerstaaten leiten, Prinzip I. Helsinki, 1975

Mit der endgültig gefundenen Formulierung war es den Teilnehmerstaaten möglich, durch friedliche Mittel die Aufhebung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen anzustreben und diese Aufhebung durch völkerrechtliche Vereinbarungen durchzuführen. Damit wird ein wesentlicher Aspekt der souveränen Gleichheit dargestellt.

Spanien engagierte sich mit der UdSSR und ihren Verbündeten in der Redaktion des Prinzips VI, „*die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten*“: „.....*Sie werden sich gleichermaßen unter allen Umständen jeder militärischen wie auch politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Zwangsmaßnahme enthalten, die darauf gerichtet ist, ihrem eigenen Interesse die Ausübung der Rechte eines anderen Teilnehmerstaates, die dessen Souveränität innewohnen, unterzuordnen und sich damit Vorteile irgendwelcher Art zu verschaffen....Sie werden unter anderem der direkten oder indirekten Unterstützung terroristischer Tätigkeiten oder subversiver oder anderer Tätigkeiten enthalten, die auf den gewaltsamen Umsturz des Regimes eines anderen Teilnehmerstaates gerichtet sind.*“⁵⁸

Einerseits wollten die UdSSR und ihre Verbündeten nicht, dass andere Staaten sich in Themen ihrer Menschenrechtspolitik einmischten. Andererseits wollte Spanien keine Einmischung Frankreichs in spanische Angelegenheiten in Bezug auf seinen Kampf gegen die ETA, deren Mitglieder Frankreich als politische Dissidenten betrachtete und die im französischen Staatsgebiet ansässig waren.

Spanien konnte in der Redaktion des zweiten Abschnitts des ersten Korbes der Helsinki Schlussakte mit dem Titel: „*Vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung*“ nicht viel beitragen, aber es agierte als Vermittler gemeinsam mit den neutralen und nicht-paktgebundene Staaten zwischen Ost und West.

Ziel dieser Maßnahmen war, durch wechselseitige Information Offenheit und Transparenz zu schaffen und dadurch Sicherheit in Europa zu garantieren. Dadurch sollten die Möglichkeiten für einen Überraschungsangriff reduziert und Gleichgewicht

⁵⁸ Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki Schlussakte. Prinzipien, die die Beziehung der Teilnehmerstaaten leiten, Prinzip VI. Helsinki 1975

geschaffen werden. Es handelt sich dabei um vorherige Ankündigungen von größeren militärischen Manövern, die vorher von allen Teilnehmerstaaten angekündigt werden müssen.⁵⁹ In diesem Sinn ist die zukünftige europäische militärische Sicherheit nicht mehr exklusiv auf die zwei Blöcke aufgeteilt. Die langen Verhandlungen in diesem Bereich sind durch die unterschiedlichen Ausgangspunkte von Osten und Westen zu begründet: Ost und West waren an jeweils verschiedenen Arten von Abrüstung interessiert, weil die Stärke des Ostens mehr im konventionellen und die Stärke des Westens mehr im atomaren Bereich lag. Zusätzlich waren besonders für den Westen die Rüstungskontrollen wichtig. Die geschlossenen Regime Osteuropas wollten weder Öffnung noch Kontrolle. Die eigentlichen Verhandlungen über Abrüstung und Truppenabbau fanden außerdem im Rahmen der Truppenabbauverhandlungen (MBFR) statt, die 1973 in Wien begannen.

Der zweite Korb beinhaltete die *„Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“*. Spanien engagierte sich aktiv in der Förderung des Tourismus und in den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Wanderarbeit. Diese Themen waren von Bedeutung für Spanien: das erste wurde als ein Mittel angesehen, um aus der wirtschaftlichen Krise zu kommen. Das zweite ist zu verstehen, weil während der Diktatur Francos 2 Millionen Spanier wegen politischer und/oder wirtschaftlicher Gründe ins Ausland emigriert waren.

Zwischen Korb Zwei und Drei der Schlussakte werden Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum behandelt. Es wird behauptet, dass: *„die Sicherheit in Europa im weiteren Zusammenhang mit der Sicherheit der Welt zu betrachten ist, und dass sie mit der Sicherheit im Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit eng verbunden ist.“*⁶⁰

Die Einbeziehung des Mittelmeerraumes in die Helsinki Schlussakte ist den Interessen der folgenden Staaten zu verdanken: Zypern, Bundesrepublik Jugoslawien, Spanien,

⁵⁹Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki Schlussakte. Vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung. Punkt II. Helsinki 1975

⁶⁰ Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki Schlussakte. Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Punkt II. Helsinki 1975

Italien, Frankreich und Malta.⁶¹ Diese Staaten waren an diesem Thema interessiert, weil sie geographisch am Mittelmeer liegen und ihre Sicherheit direkt mit dieser Region, viel mehr als mit Zentraleuropa, verbunden ist. Für Malta - war es doch am meisten daran interessiert – wurde das Mittelmeerthema zu einer echten Leidenschaft. Maltas Ziel war es, sich außenpolitisch zu profilieren und sein Motto war: zuerst das Mittelmeer, dann Europa.⁶²

Im Gegensatz dazu gab es eine Reihe von Teilnehmerstaaten, darunter die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die UdSSR sowie die meisten zentral- und osteuropäischen Länder, die der Meinung waren, Mittelmeerthemen sollten nicht in die KSZE einbezogen werden. Sie wollten, dass die Konferenz sich nur auf die Problematik West-Ost konzentriere. Außerdem hatten sie Angst, dass durch die Einbeziehung von Mittelmeerthemen der arabisch-israelische Konflikt zum Thema der Konferenz würde.⁶³ Da es jedoch während der Verhandlungen zu einigen sicherheitspolitisch bedeutenden Ereignissen im Mittelmeerraum gekommen war (z.B. Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973, Putsch und anschließende türkische Invasion auf Zypern, 1974), wurde das Thema Mittelmeer in die Helsinki Schlussakte von 1975 einbezogen, wo es jedoch nur kurze Erwähnung fand.⁶⁴ Außerdem waren die Vereinigten Staaten im Mittelmeerraum ab 1946 präsent nachdem Großbritannien erklärt hatte, dass es nun die griechische Regierung nicht länger gegen den griechischen kommunistischen Guerilla unterstützen könnte.

Auf Anregung Spaniens und der anderen Bündnispartner mit Interesse an Mittelmeerthemen wurden folgende Länder zur Konferenz eingeladen: Tunesien, Algerien, Israel, Ägypten, Marokko und Syrien.⁶⁵ Ihr Status in der Konferenz war jener der Nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten. Sie erhielten Beobachterstatus.

⁶¹ Rúperez, Javier: Europa entre el miedo y la esperanza. Edicusa. Madrid 1978, S.80

⁶² Ghebali, Victor-Yves: La politique méditerranéenne de Malta à la CSCE. Institut Hautes Internationales (Hg.) Les îles et la sécurité en Méditerranée. Paris 1991, S.59-73

⁶³ Estrella, Rafael: La importancia del Mediterráneo para la Seguridad Mundial. Papeles. Madrid 1989, S.41

⁶⁴ Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki Schlussakte. Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Punkt II. Helsinki 1975

⁶⁵ Im Folgetreffen von Belgrad Libanon wurde als Nichtteilnehmenden Staaten angehören und Libyen im Stockholm Konferenz 1984

Der dritte Korb beinhaltete die *„Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“*. Es geht dabei um menschliche Kontakte (Kontakte und regelmäßige Begegnungen auf der Grundlage familiärer Bindungen, Familienzusammenführung, Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten, Reisen aus persönlichen oder beruflichen Gründen, Verbesserung der Bedingungen für den Tourismus auf individueller oder kollektiver Grundlage, Begegnungen der Jugend, Sport, Erweiterung der Kontakte),⁶⁶ um Information (Verbesserung der Verbreitung von, des Zugangs zu und des Austausches von Information, Zusammenarbeit im Bereich der Information, Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten)⁶⁷ und um die Zusammenarbeit und den Austausch in Bereichen der Kultur⁶⁸ und Bildung (Erweiterung der Beziehungen; gegenseitige Kenntnis, Austausch, Zugang und Verbreitung von Kultur und Wissenschaft; Bereiche und Formen der Zusammenarbeit, Ausbau der Beziehungen; Fremde Sprachen und Zivilisationen, Unterrichtsmethoden).⁶⁹

In diesem Korb war Spanien vor allem in den Fragen menschlicher Kontakte aktiv und schlug folgende Maßnahmen vor: Die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Bildung als jeweils eigene Abschnitte, sowie darüber hinaus die Schaffung einer Datenbank für kulturelle Angelegenheiten und Erleichterungen beim Buchhandel. Wegen seiner 40 Jahre Isolation wollte Spanien kulturelle Kontakte und Kulturaustausch fördern, denn während der Diktatur gab es keinen Kontakt nach außen.

Dieser Korb steht in engem Zusammenhang mit dem Prinzip VII des Helsinki Dekalogs: *„Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit.“*⁷⁰ In beiden Teilen wurden nationale Minderheiten erwähnt. Die Rechte von solchen wurden nicht als die einer Gruppe anerkannt sondern als die von Individuen: *„Die Teilnehmerstaaten, auf deren Territorium nationale Minderheiten bestehen, werden das Recht von Personen, die zu solchen Minderheiten gehören, auf Gleichheit vor dem Gesetz achten; sie werden*

⁶⁶Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki Schlussakte. Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereiche. Menschliche Kontakte. Punkt 1. Helsinki 1975

⁶⁷ ebenda. Punkt 2

⁶⁸ ebenda. Punkt 3

⁶⁹ ebenda. Punkt 4

⁷⁰Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki Schlussakte. Prinzipien, die die Beziehung der Teilnehmerstaaten leiten. Prinzip VII. Helsinki 1975

ihnen jede Möglichkeit für den tatsächlichen Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewähren und werden auf diese Weise ihre berechtigten Interessen in diesem Bereich schützen."⁷¹ Spanien schlug den Begriff Regionalkulturen anstelle des Begriffs der nationalen Minderheiten vor. Zu dieser Zeit konnten die Minderheiten ihre Sprache, ihre Kultur und ihre Traditionen nicht ausüben und wurden stark unterdrückt.

Der letzte Teil der Schlussakte war der Kontinuität der Konferenz gewidmet. Spanien engagierte sich zusammen mit den neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten für die Folgetreffen der Konferenz auf Ebene der von den Außenministern benannten Vertreter. Es wurde ein Treffen in Belgrad für 1977 beschlossen. Ein Vorbereitungstreffen, das mit der Organisation dieses ersten Treffens beauftragt war, fand am 15. Juni 1977 in Belgrad statt. Dieses Vorbereitungstreffen legte Datum, Dauer, Tagesordnung und die sonstigen Modalitäten des Treffens der von den Außenministern benannten Vertreter fest.

Spanien kämpfte für die Gleichstellung der Staaten. Dadurch sollten die Entscheidungen der Konferenz im Konsens beschlossen werden. Spanien wollte als gleichrangiger Staat gesehen werden und sein Image als unbedeutender Nebenspieler überwinden.

In der Redaktion der Schlussempfehlungen wurde mit dem Einverständnis Spaniens Russisch, Französisch und Englisch als Amtssprache angenommen. Als Bonn für die Einführung der deutschen Sprache eintrat und Italien und der Heilige Stuhl Italienisch als Amtssprache verlangten, reklamierte auch Spanien seine eigene Sprache als Amtssprache zu verankern, mit dem Argument, dass es auch eine Amtssprache bei den Vereinten Nationen sei. Spanisch wird zwar in Europa kaum gesprochen, dafür aber in Lateinamerika, Teilen Afrikas und Asiens, damit hat die spanische Sprache einen universellen Charakter.⁷²

⁷¹ ebenda

⁷² Rúperez, Javier. Ob.zit.

Die finanziellen Beiträge zur Konferenz wurden nach Größe der Länder festgelegt, Spanien sollte als achtgrößter Teilnehmerstaat 3,48% zur Konferenz beitragen.⁷³

V. Der Übergang Spaniens zur Demokratie (1975-82)

5.1. Die Entwicklung der Innenpolitik

Die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki bedeutete für Spanien eine neue politische Ära. Mit dem Tod Francos am 20. November 1975 begann für Spanien eine neue und schwierige Zeit. Aufgrund eines von ihm 1947 beschlossenen Gesetzes zur Regelung seiner Nachfolge musste die Monarchie nach seinem Tod wieder eingesetzt werden. Mit Francos Erkrankung im Jahr 1974 wurde der König Oberhaupt des Staates. Im Juli 1976 designierte der König Adolfo Suárez zum Präsidenten der Regierung. Adolfo Suárez versprach die Wiedererrichtung der Demokratie in Spanien mittels politischer Parteien und Wahlen. Auch entließ er die politischen Gefangenen.

Es musste aber - aufgrund demokratischer Prinzipien - die Bildung eines Mehrparteiensystems mit einer kommunistischen Partei akzeptiert werden. Am Ende der Caetano Diktatur in Portugal hatte die kommunistische Partei einen großen Einfluss auf die portugiesische Gesellschaft. Diese Entwicklung wollte der Westen in Spanien vermeiden. Die spanische kommunistische Partei wurde aber nicht wie die kommunistischen Parteien im Ostblock gebildet, sondern der Gründer Santiago Carrillo legte Wert auf pro-westliche Elemente, welche er in seinem Buch „Eurokommunismus“ ausformuliert hatte, um die Legalisierung der Partei zu ermöglichen. Trotzdem gab es innerhalb der kommunistischen Partei Mitglieder, die sehr UdSSR-orientiert waren; als Beispiel sei hier nur auf la Pasionaria verwiesen.⁷⁴

Die politischen Parteien wurden in Spanien mit finanzieller und inhaltlicher Unterstützung von außen gegründet. Es etablierte sich allmählich ein Mehrparteiensystem mit folgenden Parteien: die PKU (Kommunistische Partei), die

⁷³ Schlussempfehlungen der Helsinki-Konsultationen. Punkt 5. Helsinki 1973

⁷⁴ Carrillo, Santiago: Hacia el post-franquismo. Librairie du Globe. Paris 1974, S.34

„Alianza Popular“ (Volksallianz/rechtskonservative Partei), die UCD (Christlich-demokratische Union), die Sozialisten, und die UGT (Sozialistische Arbeiterpartei). Zusätzlich gab es noch jeweils Parteien der Autonomiegebiete, die besonders auf Nationalbewusstsein Wert legten.

Die „Alianza Popular“, welche von konservativen Vertretern des alten Regimes gebildet wurde, erhielt Unterstützung von der bayerischen CDU (Christlich-konservative Partei), von den unabhängigen französischen Republikanern und von den britischen Konservativen. Die UCD (christlich-demokratische Union) wurde als eine neue Partei angesehen, welche die Wiederherstellung der Stabilität auf der Basis der Demokratie anstrebte. Mitglieder waren christliche Demokraten, Liberale und auch Sozialdemokraten.⁷⁵ Die spanischen Sozialisten bekamen Hilfe von der deutschen SPD, und die Sozialistische Arbeiterpartei wurde vom deutschen Gewerkschaftsbund unterstützt.⁷⁶

Mit der Zulassung der verschiedenen Parteien, der Ausarbeitung der Verfassung und der Vorbereitung der ersten demokratischen Wahlen setzte Spanien einen ersten Schritt in Richtung Demokratie. Spanien wurde dabei international beobachtet: Einerseits vom Westen, im Hinblick auf die Einhaltung demokratischer Prinzipien. Andererseits von der UdSSR, welcher auf die Anzahl an kommunistischen Wählern nach der Legalisierung der kommunistischen Partei in Spanien neugierig war.⁷⁷ Die ersten Wahlen nach dem Ende der Diktatur fanden am 15. Juni 1977 statt. Die UCD gewann mit 38% der Wählerstimmen und bildete eine Koalition mit der Alianza Popular.

⁷⁵ Cortarelo, Ramón: Transición política y consolidación democrática. España (1975-1986). CIS. Madrid 1992, S.45

⁷⁶ Story Johnatan. La muerte del viejo Régimen y el renacimiento de los partidos políticos. Alianza. Madrid 1995, S.53ff

⁷⁷ Fuentes, Jorge. Ob. Zit.

5.2. Die Richtlinien der spanischen Außenpolitik

Ziel war die Integration Spaniens in die europäischen Organisationen. 1977 wurde Spanien Mitglied des Europarates und stellte einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EG.⁷⁸ Die EG wurde als Lösung für die inneren ökonomischen Probleme des Landes angesehen. Die Beitrittsverhandlungen stellten sich als sehr schwierig heraus. Die Eingliederung Spaniens in Europa war keine Belohnung für die Einführung der Demokratie auf der iberischen Halbinsel, sondern es ging um ganz konkrete politische und wirtschaftliche Interessen. Spanien sollte seine Zölle auf das EG-Niveau senken. Die Importquoten in die EG wurden von den anderen Mitgliedern festgelegt unter Berücksichtigung der spanischen Stahlimporte. Weiters wurde von Spanien die Angleichung seiner Wirtschaftsstrukturen an den gemeinschaftlichen Standard gefordert.⁷⁹

In Gegensatz dazu kam es zur Spaltung zwischen den politischen Parteien in Bezug auf die Integration Spaniens in die atlantischen Strukturen. Auf der einen Seite hielten die Konservativen den Beitritt zur NATO für notwendig, um eine vollständige Einbindung in den westlichen Block und eine Absicherung der Grenzen Spaniens zu erreichen. Die Verteidigung der Kanaren-Gibraltar-Balearen-Achse wäre dann nicht mehr nur eine nationale Angelegenheit Spaniens, sondern würde ein integraler Bestandteil des Verteidigungssystems der NATO werden.⁸⁰ Auf der anderen Seite traten die linken Parteien für eine stärkere Rolle Spaniens innerhalb Europas ein und waren gegen einen NATO-Beitritt mit dem Argument, dass es während der Ost-West Polarisierung besser wäre, sich nicht zu positionieren, denn ein Beitritt zur NATO hätte einen ersten Schritt hinaus in die Welt und gleichzeitig eine klare Positionierung bedeutet. Damit wäre Spanien Teil des Westblocks gewesen und somit ein weiteres Land, welches auf der außenpolitischen Bühne eine bestimmte Stellung im West-Ost-Konflikt einnimmt.

⁷⁸ Die Beitrittsverhandlungen dauerten bis Ende 1985 und führten zu einem positiven Bescheid. Spanien trat am 1. Jänner 1986 gemeinsam mit Portugal und Griechenland der Europäischen Gemeinschaft bei

⁷⁹ Barbé, Esther: La política europea de España. Ariel. Barcelona 1999, S.17

⁸⁰ De Salas, Fernando: España y la defensa occidental, problemas militares y estratégicos (1945-1975). Prosemina. Madrid 1989, S.97ff

Für Spaniens Bevölkerung bedeutete Europa Modernität, Fortschritt und Demokratie. Die Bevölkerung war anti-amerikanisch eingestellt, weil die Verträge mit den Vereinigten Staaten als eine Form der Anerkennung des Franco Regimes gewertet und die amerikanischen Militärbasen in Spanien als Bedrohung empfunden wurden.⁸¹ Es gab damals zahlreiche Demonstrationen gegen die NATO und deren Militärbasen.

Als Folge wurde durch alle politischen Parteien Konsens in den außenpolitischen Themen paktiert mit dem Ziel, Konfrontationen und Spaltung der neu gebildeten Parteien zu vermeiden. Primäres Ziel war es sich auf das demokratische System zu konzentrieren, um es so zu konsolidieren. Deswegen wurde die Diskussion um den Beitritt Spaniens zur NATO auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Sie wurde somit erst 1980 wieder zum Gegenstand einer nationalen Debatte.⁸²

In diesem Kontext waren die Vereinigten Staaten für einen Beitritt Spaniens zur NATO, weil die Partnerschaftsverträge 1981 ausliefen und sie ihren Einfluss in Spanien nicht verlieren wollten. Die Vereinigten Staaten hatten ein Interesse an der Mitgliedschaft Spaniens in der NATO, um kommunistische Einflüsse und damit den Zugang der Sowjetunion zum Mittelmeer zu vermeiden und um die geographische Lage Spaniens weiterhin als Interventionsplattform nutzen zu können. Die Sowjetunion hingegen sah den Beitritt Spaniens zur NATO als eine Verstärkung des Einflusses der Amerikaner in Europa.⁸³

1977 begann Spanien diplomatische Beziehungen zu den Oststaaten aufzunehmen, wodurch sich die Beziehungen zu Rumänien, Bulgarien, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, UdSSR und der DDR normalisierten.

⁸¹ Rodrigo, Fernando: La inserción de España en la política de seguridad occidental. Las relaciones exteriores en la España democrática. Alianza Universidad. Madrid 1995, S.77-100

⁸² www.mae.es

⁸³ Aldecoa, Francisco: España y la OTAN. Tecnos. Madrid 1989, S.21

5.3. Der Einfluss der Helsinki Schlussakte auf die neue Demokratie Spaniens in Bezug auf die spanische Verfassung

Die vereinbarten Prinzipien der Helsinki Schlussakte wurden von Spanien aufgegriffen und mitgetragen in der Spanische Verfassung. Die Verfassung des Königreiches Spanien ist am 31. Oktober 1978 vom spanischen Abgeordnetenhaus und dem Senat verabschiedet und am 6. Dezember 1978 in einem Referendum vom spanischen Volk bestätigt worden.

Es erfolgte eine klare Positionierung auf Seiten der westlich-demokratischen Systeme/Ideologien. Dieser Schritt war logisch, denn das waren die Ideen, die in Europa von der EG propagiert wurden. Diese Ideen sind in den italienischen und deutschen Verfassungen ebenso zu finden. Nach dem Ende einer Diktatur bringen diese Verfassungen das zum Ausdruck, was während der Diktatur verboten war. Die Verfassung kennt den Begriff des Rechtsstaates: *„Spanien konstituiert sich als demokratischer und sozialer Rechtsstaat und bekennt sich zu Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und politischem Pluralismus als den obersten Werten seiner Rechtsordnung.“*⁸⁴

Die Verfassung war in Bezug auf die individuellen Grund- und Freiheitsrechte damals eine des modernsten Europas. Es wurden dabei insbesondere auch jene Punkte berücksichtigt, die mit der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit (Prinzip VII der Helsinki Schlussakte) zu tun hatten, die im Kapitel II „Rechte und Freiheiten“ Abschnitt 1 „Grundrechte und öffentliche Freiheiten“ festgelegt sind.

Es wurde die Gleichheit aller Spanier vor dem Gesetz und die Nicht-Diskriminierung aufgrund von Abstammung, Rasse, Geschlecht, Religion, Anschauungen oder jedweder anderer persönlicher oder sozialer Umstände festgelegt.⁸⁵

⁸⁴ Spanische Verfassung. Artikel 1 (1). 6. Dezember 1978

⁸⁵ ebenda. Artikel 14

Die Rechte und Freiheiten sind folgende: Das Recht auf Leben, das Recht auf physische und moralische Integrität, das Recht auf Freiheit des weltanschaulichen Bekenntnisses, das Recht auf freie Religionsausübung,⁸⁶ das Recht auf persönliche und familiäre Intimsphäre,⁸⁷ das Recht auf Bewegungsfreiheit der Bürger innerhalb Spaniens,⁸⁸ das Recht auf freie Äußerung und Verbreitung von Gedanken und Meinungen,⁸⁹ das Recht auf friedliche Versammlung⁹⁰ und das Recht auf Bildung. Folter und Misshandlung wurde verboten und die Todesstrafe abgeschafft.⁹¹ Es wurden auch die sozialen und wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Bürger erwähnt.

Die Verfassung hat die internen Probleme Spaniens gelöst:

- Monarchie versus Republik in der Form parlamentarische Monarchie.⁹²
- Anerkennung der Freiheit der Menschen und Freiheit der Religion.
- Feststellung der „unauflösbaren Einheit Spaniens“ bei gleichzeitiger „Anerkennung und Garantie des Rechtes auf Autonomie der Nationalitäten und Regionen.“ Damit wurden Einheit und Vielfalt innerhalb des spanischen Staates vereinbart. Der Staat wurde als aus verschiedenen Nationalitäten und Regionen bestehend definiert und Spanien in siebzehn autonome Gemeinschaften gegliedert. Der Begriff der nationalen Minderheiten oder regionalen Kulturen wurde nicht erwähnt.

⁸⁶ ebenda. Artikel 16(1)

⁸⁷ ebenda. Artikel 18(1)

⁸⁸ ebenda. Artikel 19

⁸⁹ ebenda. Artikel 20(1)a

⁹⁰ ebenda. Artikel 21(1)

⁹¹ ebenda. Artikel 15

⁹² ebenda. Artikel 1(3)

VI. Die Teilnahme Spaniens am KSZE/OSZE Prozess (1977-2007)

6.1. Die spanische Position gegenüber den europäischen Problemen, seine nationale Agenda und seine Tätigkeit in der KSZE/OSZE. Erste Phase vom Ende der 70er bis zum Ende der 80er Jahre

6.1.1. Das Belgrader Folgetreffen (1977)

Das Belgrader Treffen führte zum so genannten „bedeutungsvollen Minimum“ wegen der Verschärfung des Ost-West Konflikts, denn die Helsinki Schlussakte wurde zum Symbol für Dissidenten und für Bürgerrechtsbewegungen. In zahlreichen Ländern Osteuropas - darunter die UdSSR, DDR, Polen und die Tschechoslowakei - wurden Helsinki-Beobachtungsgruppen gegründet, um Verletzungen der Menschenrechte und Behördenübergriffe zu dokumentieren und mit Unterstützung westlicher Politiker und Medien auf ihre Regime Druck auszuüben. Die Regierungen wurden von ihren eigenen Bürgern aufgefordert, ihre vertraglichen Verpflichtungen in die Praxis umzusetzen. Die westlichen Staaten brachten die im Osten begangenen Menschenrechtsverletzungen zur Sprache, um den totalitären Charakter der östlichen Regime aufzudecken. Die Spannung resultierte daraus, dass nach Ansicht des Westens die Menschenrechte der Helsinki Schlussakte verletzt worden waren.⁹³

Dieses Thema gewann während der Vorbereitungsphase der Belgrader Konferenz an Wichtigkeit. Am 18. Oktober 1977 begann der Prozess in der Tschechoslowakei gegen die Unterzeichner der „Charta 77“. Die Unterzeichner klagten den tschechischen Außenminister wegen der Nichteinhaltung der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki. Als erschwerender Moment kam die Ablehnung eines Visums für einen französischen Journalisten, der diesem Prozess beiwohnen wollte, hinzu. Auf diese Weise hatte aus westlicher Sicht ein sozialistisches Land gleich zwei Grundprinzipien der Schlussakte von Helsinki verletzt: Die Meinungsfreiheit und die Ermöglichung guter Arbeitsbedingungen für Journalisten. Die Sowjetunion und die Tschechoslowakei

⁹³ Mourgeon, Jacques: La Conference de Belgrade et les droits de l'homme. In: Annuaire français du droit international. Vol.24. Paris 1978, S.131

waren hingegen der Meinung, dass durch die westliche Reaktion ein anderes Prinzip verletzt wurde, nämlich die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Dadurch könne man sich nicht in diese beiden Thema vertiefen.⁹⁴

In den Folgetreffen von Belgrad gab es verschiedene Erwartungen, jeder Block hatte sein eigenes Interesse an bestimmten Themen und war nicht bereit, die Interesse der anderen Seite zu akzeptieren: sollten sich die Minister treffen, sollte entweder die Helsinki Schussakte neu geschrieben oder ein Anhang für die Schlussakte oder ein neues Dokument unabhängig von der Akte kreiert werden. Um den Dialog zwischen Osten und Westen zu fördern und eine gemeinsame Position zu finden, agierten die blockfreien Staaten und vor allem Spanien als Vermittler. Gemeinsam mit der Schweiz stellte Spanien in der Vorbereitungsphase der Belgrader Konferenz ein einfaches und realistisches Projekt für die Durchführung der Konferenz vor. Wichtige Punkte bezogen sich dabei auf Eröffnung, Übernahme der Tagesordnung der Vorbereitungstreffen, Übernahme der Tagesordnung der Treffen, die Arbeitsorganisation und die Modalitäten, die Fixierung des Datums für das Folgetreffen und die Annahme des Dokuments der Vorbereitungstreffen. Dieses Dokument wurde bekannt unter dem Namen "Schlusserklärung der Vorbereitungstreffen" oder auch als "spanischer Text"⁹⁵. Dieser Text muss als Vertrauensvorschuss aller Länder an Spanien gesehen werden. Entscheidend war dabei, dass Spanien blockneutral agierte.

In Bezug auf die Mittelmeerzone gab es auch Probleme aufgrund der Haltung Maltas. Malta bestand auf die Einbeziehung der arabischen Staaten in sicherheitspolitische Fragen des Mittelmeerraumes. Außerdem wollte Malta die Gleichberechtigung der nicht teilnehmenden Mittelmeerstaaten durch die Schaffung eines Mittelmeerkomitees über Sicherheit und Kooperation.⁹⁶ Diese Idee wurde nicht akzeptiert. Zu einem Konsens mit Malta kam es erst, als der spanische Außenminister Pan de Soraluce als Vermittler agierte. Aufgrund seiner Bemühungen wurde vereinbart, während der Folgetreffen von Madrid, die für 1980 geplant wurden⁹⁷ (siehe unten), über Sicherheitsthemen des Mittelmeeres zu reden. Als zusätzliche Lösung wurde auch ein Treffen in La Valletta

⁹⁴ Rúperez, Javier. Ob.zit. S.151

⁹⁵ ebenda

⁹⁶ Fuentes, Jorge. Ob.zit.

⁹⁷ Abschließendes Dokument des Belgrader Folgetreffens. Belgrad 1978

für 1979 vereinbart, auf welchem nicht Sicherheitsfragen verhandelt würden, sondern das sich auf wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit konzentrieren sollte.⁹⁸

Spanien setzte sich für die Kontinuität des KSZE Prozesses ein und bot Madrid als Ort für das nächste KSZE Folgetreffen an. Für Spanien war es wichtig, eine internationale Veranstaltung dieser Art auf eigenem Staatsgebiet zu fixieren. Die Gründe waren folgende:

- Es war ein Signal nach außen: aktive und nützliche Präsenz zu zeigen und sich als noch junge Demokratie zu profilieren. Am 15. Juni 1977, am selben Tag, an dem das Belgrader Folgetreffen begann, fanden in Spanien die ersten demokratischen Wahlen nach 40 Jahren Diktatur statt. Dies wurde von allen KSZE Staaten sehr begrüßt;
- Es war ein Zeichen der Öffnung nach außen. Die letzte internationale Konferenz, die Spanien abhielt, war die Algeciras Konferenz 1907.
- Innenpolitisch bot es die Möglichkeit, über den Begriff der Sicherheit zu diskutieren und die spanische Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren, was damals von Bedeutung war, da Spanien heftige und kontroverse Diskussionen über seinen Beitritt zur NATO führte.

Die NATO Mitglieder, sowie die neutralen und die nicht-paktgebundenen Staaten unterstützen diese Initiative. Die Sowjetunion war zu Beginn skeptisch. Sie wollte, dass die Treffen nur in neutralen Ländern stattfinden, um zukünftige Treffen in Warschauer Pakt-Staaten zu vermeiden (Spanien hatte zu der Zeit angefangen, über einen eventuellen NATO-Beitritt zu verhandeln). Letztendlich wurde beim Belgrader Treffen beschlossen, dass die nächste KSZE Konferenz in Madrid am 11. November 1980 stattfinden sollte.

In der Rede des spanischen Außenministers Pan de Soraluce am 8. März 1978 wurden die interne Entwicklung des spanischen politischen Kurses und die internen

⁹⁸ ebenda

Bemühungen für Demokratie durch die Etablierung politischer Parteien und Wahlen betont. Nach 1975 wollte sich Spanien durch die KSZE-Prinzipien und -Normen als Beispiel eines demokratischen Landes positionieren und somit internationale Anerkennung erhalten. Der zentrale Punkt der Rede war, dass Spanien Entspannung zwischen den Ost-West-Blöcken fördern wollte, ohne sich selbst auf die Seite eines der Beteiligten zu stellen. Spanien wollte seinen neutralen Status bestätigen, um damit weiterhin die Rolle eines aktiven Vermittlers wahrnehmen zu können.⁹⁹

6.1.2. Das Madrider Folgetreffen (1980-83)¹⁰⁰

Im Madrider Folgetreffen durchlebte der Helsinki-Prozess schwierige Zeiten. Die Verletzungen seiner Prinzipien durch die UdSSR (Einmarsch der Sowjets in Afghanistan 1979, ihr Engagement im angolanischen Bürgerkrieg über Kuba) sowie weitere Verletzungen der Menschenrechte im kommunistischen Block. Die Vorbereitungen zum Madrider Treffen dauerten mit Unterbrechungen und Krisen drei Jahre. Das Madrider Folgetreffen fand ab 11. November 1980 statt, wurde im März 1982 unterbrochen und im November 1982 wieder aufgenommen. Es endete mit dem Madrider Abschlussdokument am 9. September 1983. Die Unterbrechung der Konferenz kam vor allem wegen der politischen Ereignisse in Polen zustande. Die Gewerkschaft "Solidarnosc" wurde verboten und ihre Anführer verhaftet. In Polen wurde das Kriegsrecht eingeführt und es kam zu massiven Einschränkungen der Grundfreiheiten, was allgemein als ein Verstoß gegen die Menschenrechte angesehen wurde.¹⁰¹

Während des Madrider Folgetreffens kam es in Spanien am 23. Februar 1981 zu einem Putschversuch durch Teile des Militärs, angeführt vom General Tejero. Dies war die erste reale Gefahr für die noch junge Demokratie in Spanien. Der Putsch scheiterte, und bereits nach 24 Stunden konnte die Ordnung wieder hergestellt werden. Dies hatte keinerlei Auswirkungen auf die Konferenz von Madrid.¹⁰²

⁹⁹ Rede des spanischen Außenministers Emilio Pan de Soraluce in der Belgrader Folgetreffen. Belgrad 1978

¹⁰⁰ vgl.: Pan de Soraluce, Emilio: Cooperación y seguridad en Europa: la conferencia de Madrid. Fundación Banco Exterior. Madrid 1984, S.217

¹⁰¹ Lipski, Josef: A history of the workers defence committee in Poland. University of California Press. Berkeley 1990, S.169ff

¹⁰² Pan de Soraluce, Emilio. Ob. zit.

Am 30. Mai 1982 trat Spanien der NATO bei, wobei es sich aber nicht der militärischen Struktur der NATO anschloss. Diese hatte die Spaltung der politischen Parteien in Spanien und damit das Ende des Konsenses in außenpolitischen Fragen zur Folge. Am 28. Oktober 1982 fanden Wahlen statt, die zum Sieg der sozialistischen Partei (PSOE) und zur Bildung der ersten linken Regierung seit dem Bürgerkrieg führte. Dieses Ergebnis gilt als wichtiges Kapitel in der demokratischen Entwicklung Spaniens. Die Sozialisten gingen dabei als Sieger hervor, weil vor allem sie den Austritt aus der NATO versprochen hatten. 1984 war von einem Austritt aus der NATO allerdings keine Rede mehr. Damit änderten die Sozialisten ihre Haltung und sahen mittlerweile die Integration von Spanien in die NATO ebenfalls als notwendig an.¹⁰³ Es war nun eine schwierige Aufgabe, die Bevölkerung umzustimmen. In einem Referendum über einen Austritt aus der NATO suchte man die Zustimmung des Volkes für einen Verbleib in der NATO. Am 12. März 1986 entschied sich die Bevölkerung für diesen, Spanien erhielt einen Sonderstatus innerhalb der NATO, weil es eine militärische Integration ablehnte und gegen die Stationierung von Nuklearwaffen war.

Im Madrider Folgetreffen hat sich Spanien weiter aktiv als blockfreier Vermittler engagiert, vor allem weil es nicht wollte, dass das Ende des KSZE Prozesses mit dem Namen Madrid verbunden würde.

Die oben genannten Ereignisse in Polen hatten eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung von Themen in Bezug auf Menschenrechte und Grundfreiheiten. Erschwerend für die Verhandlungen kam hinzu, dass sich der Osten auf Prinzip VI über die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten berief. Es wurde folgendes beschlossen:

- Die Teilnehmerstaaten gewährleisten das Recht der Arbeiter, Gewerkschaften frei einzurichten und ihnen beizutreten, das Recht der Gewerkschaften auf freie Ausübung ihrer Tätigkeiten und sonstige Rechte.¹⁰⁴ Diese Rechte müssen in Befolgung der

¹⁰³ Der Regierungschef Felipe González formulierte 1984 in einer Rede vor dem Parlament in zehn Punkten (sog. Dekalog) die Richtlinien Spaniens in Bezug auf die Friedenspolitik, die nationale Sicherheit und die Verteidigung

¹⁰⁴ Abschließendes Dokument des Madrider Folgetreffens. Fragen der Sicherheit in Europa. Prinzipien. Paragraph 17. Madrid 1983

Gesetze des Staates und in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen des Staates ausgeübt werden.

- Für 1985 wurde ein Expertentreffen in Ottawa zu Fragen der Achtung der Menschenrechte und betreffend die Grundfreiheiten in den Mitgliederstaaten in all ihren Aspekten beschlossen.¹⁰⁵

Auf Vorschlag Spaniens, Italiens, Großbritanniens und der Türkei wurde im Abschlussdokument des Madrider Folgentreffens im Kapitel zu Fragen der Sicherheit in Europa im Teil Prinzipien, Absatz 4, 5 und 6 der Terrorismus, einschließlich des Terrorismus in internationalen Beziehungen, verurteilt. Terrorismus wurde auch verknüpft mit den Menschenrechten, da er das Leben unschuldiger Menschen bedroht, vernichtet oder in anderer Weise Menschenrechte und Grundfreiheiten gefährdet. Es wurde beschlossen: *“wirksame Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung terroristischer Handlungen sowohl auf nationaler Ebene als auch durch internationale Zusammenarbeit, einschließlich geeigneter bilateraler und multilateraler Abkommen, zu ergreifen und folglich die gegenseitige Zusammenarbeit bei der Bekämpfung solcher Handlungen zu erweitern und zu verstärken”*.¹⁰⁶ Für Spanien bedeutete dies den ersten Schritt, mit Frankreich auf bilateraler Ebene in Bezug auf Bekämpfung des Terrorismus zusammenzuarbeiten bzw. Terroristen der ETA, die in Frankreich ansässig waren, auszuliefern. Es war auch wichtig, dass die internationale Gemeinschaft den Terrorismus verurteilte.

Im militärischen Bereich war Spanien als Vermittler sehr aktiv engagiert, um weitere vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu entwickeln. In Madrid wurde das Mandat für eine Konferenz über dieses Thema nach Stockholm 1984 vergeben.¹⁰⁷ Das Ziel war die Festigung des Vertrauens und der Sicherheit sowie die Verwirklichung der Abrüstung.¹⁰⁸ Es wurden in Madrid 4 Kriterien für die Stockholmer Konferenz erstellt: Zum ersten Mal werden die vertrauensbildenden Maßnahmen auf das ganze europäische Territorium bezogen, also vom Atlantik bis hin zum Ural sowie von der Nordsee bis zum Mittelmeer (es umfasst auch das angrenzende Seegebiet und den angrenzenden

¹⁰⁵ ebenda. Paragraph 21/22

¹⁰⁶ ebenda. Paragraph 6

¹⁰⁷ Abschließendes Dokument des Madrider Folgentreffens. Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa. Paragraph 5. Madrid 1983

¹⁰⁸ ebenda. Paragraph 3

Luftraum); sie sind von militärischer Bedeutung; darüber hinaus sind sie politisch verbindlich; und sie sind von angemessenen Formen der Verifikation zu begleiten.

Die KVAE sollte in 2 Phasen aufgebaut werden: Die erste Phase der Konferenz sollte ab 17. Januar 1984 in Stockholm abgehalten werden.¹⁰⁹ Die Stockholmer Konferenz sollte vertrauensbildende Maßnahmen behandeln, den Informationsaustausch verbessern, die Stabilität erhöhen und die Möglichkeit der Überprüfung von Manövern gewährleisten, um die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa zu vermeiden. Der Hintergrund war die Überlegung, solche Manöver zu entdecken, die nicht angekündigt worden waren, aber dennoch abgehalten wurden (wie z.B. die Großmanöver von sowjetischen und anderen Ostblocktruppen zur Einschüchterung Polens 1980, die trotz ihrer Größenordnung von mehr als 100.000 Mann nicht angekündigt worden waren). Die Ergebnisse der Konferenz sollten in Wien (1986) präsentiert werden. Damit sollte eine zweite Phase beginnen, und es könnte über Reduzierungsmaßnahmen im konventionellen Bereich verhandelt werden. Längerfristiges Ziel war dabei eine Abrüstungskonferenz.¹¹⁰

Bei den Mittelmeerthemen war Malta mit dem vorgelegten Text über das Mittelmeer nicht einverstanden. Seiner Ansicht nach erwähnte der Text nicht jene Themen der Sicherheit, die in Belgrad für Madrid versprochen worden waren. Außerdem wollte es eine Ad-hoc-Gruppe im Rahmen der KSZE über die Sicherheit im Mittelmeer mit der aktiven Partizipation der nicht teilnehmenden mediterranen Staaten einrichten. Dies war für die anderen Teilnehmerstaaten unannehmbar, weshalb Malta wiederum die Konsensregel zu seinen Gunsten ausspielte. Aber dieses Mal trieb es Malta auf die Spitze: Am 15. Juli 1983 wurde das abschließende Dokument von vierunddreißig Staaten vorläufig akzeptiert. Der 35. Staat, Malta, blieb bis zum Schluss bei seiner Haltung, bis endlich, als Folge der spanischen Vermittlung, auch Malta dem abschließenden Dokument am 6. September 1983 zustimmte. Dadurch wurde am 9. September 1983 das Madrider Treffen beendet. Spanien war wirklich kreativ, um eine Lösung in diesem Bereich zu finden und schlug vor, statt eine Ad-hoc-Gruppe

¹⁰⁹ Ein Vorbereitungstreffen, das mit der Festlegung der Tagesordnung, des Zeitplanes und anderer organisatorischer Modalitäten für die erste Phase der Konferenz betraut wird, wird ab 25. Oktober 1983 in Helsinki abgehalten. Seine Dauer soll drei Wochen nicht überschreiten.

¹¹⁰ Fuentes, Jorge. Ob. zit.

einzurichten, Expertenseminare zu organisieren. Deshalb wurde das Mandat für die Abhaltung eines Seminars über den Mittelmeerraum in Venedig 1984 zum Thema der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit an Madrid vergeben.

In der Rede des spanischen Außenministers Fernando Morán am Tag des Abschlusses des Madrider Folgetreffens wurde seine Sicht des KSZE-Prozesses dargestellt und die Interessen Spaniens skizziert.

Für die spanische Regierung war es ein primäres Ziel ihrer Außenpolitik, bei der Entspannung des Ost-West Konflikts zu helfen und das, obwohl Spanien Mitglied der NATO war (am 30. Mai 1982 war Spanien der NATO beigetreten). Fernando Morán legte Wert auf die Mitarbeit der nicht-paktgebundenen und neutralen Staaten während des Treffens, da sie immer als Vermittler zwischen Ost und West aufgetreten waren.

Im Zusammenhang mit den Menschenrechtsverletzungen im Osten und den Verstößen gegen die Prinzipien der Helsinki Schlussakte sah er Schwierigkeiten für den Entspannungsprozess voraus. Er hoffte, dass ausgehend von Madrid, eine neue Richtung im West-Ost-Dialog eingeschlagen würde und hielt fest, dass der Helsinki Prozess ein dynamischer Dialog sei, der sich auf ganz Europa beziehen sollte. Er bewertete ihn als ein Zeichen des Vertrauens und der Hoffnung in Europa.

Weiters betonte er die Gefahr des Terrorismus und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Staaten zu dessen Bekämpfung und die Wichtigkeit, Frieden, Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum zu fördern.¹¹¹

In der Abschlussklausur hielt auch der spanische König eine Rede, wobei er viel Wert auf den Beitrag Spaniens zum Aufbau von Frieden und Sicherheit legte.¹¹²

Im Rahmen der Konferenz besuchten zum ersten Mal auch Diplomaten aus Israel Spanien, obwohl Spanien aufgrund seiner guten Beziehungen zu den arabischen Ländern den Staat Israel nicht anerkannte.

¹¹¹ Rede des spanischen Außenministers Fernando Morán am Madrider Folgetreffen. Madrid 1983

¹¹² Rede des spanischen Königs am Madrider Folgetreffen. Madrid 1983

6.1.3. Das Wiener Folgetreffen (1986-89)

Mit dem Amtsantritt Michael Gorbatschows 1985 endete in der Sowjetunion eine lange Phase der politischen und wirtschaftlichen Stagnation, die durch Dominanz des militärisch-industriellen Komplexes und der autoritären, zentralistischen Entscheidungsstrukturen der „Apparatschiks“ gekennzeichnet war. Systemkritiker und Minderheiten wurden unterdrückt, verfolgt und häufig zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Jede Diskussion von Systemschwächen in der Öffentlichkeit war damit unmöglich. Auf internationaler Ebene führte der übergroße Einfluss der Militärs im politischen System zur Erschwerung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West, da diese der Abrüstung negativ gegenüberstanden und um ihren Einfluss fürchteten.

Michail Gorbatschow setzte dagegen eine neue politische Orientierung durch, die mit den Begriffen ‚Perestroika‘ (Umgestaltung) und ‚Glasnost‘ (Öffnung) quasi eine „Revolution von oben“ in Gang setzte, um das System effizienter und dezentraler zu gestalten. Er tauschte zahlreiche führende Kader aus, begann die öffentliche Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit, ermöglichte einen Meinungspluralismus, förderte die Diskussion über das Sowjetsystem und betrieb die Machtverlagerung von der Partei hin zu den Sowjets (Räte), zuerst lokal, dann regional, schließlich gesamtstaatlich. Die Freilassung politischer Gefangener und die vermehrte Offenheit beispielsweise in Bezug auf Emigrationsgenehmigungen für Juden waren wichtige Zeichen des neuen Denkens und Handelns der Sowjetführung.

In der Wirtschaft begannen Experimente in Richtung ‚gelenkter Markt‘, die zu einer ‚sozialistischen Marktwirtschaft‘ führen sollten. Auf internationaler Ebene konnte sich Gorbatschow gegen die Reformgegner durchsetzen und durch Beendigung des Afghanistan-Krieges und Beschleunigung der Abrüstungsverhandlungen – vor allem bei den heftig umstrittenen Mittelstreckenwaffen - das „neue Denken“ zunächst erfolgreich etablieren. Dies führte zu einer deutlichen Entspannung zwischen Ost und West und zu größerem politischen Spielraum für regierende und oppositionelle Reformpolitiker in Osteuropa.

Diese Veränderungen schufen wesentlich bessere Ausgangsbedingungen für das Wiener

Folgetreffen, das 1986 begann und 1989 mit dem Wiener Schlussdokument endete. Die Entspannung auf internationaler Ebene wird in der Einleitung des Wiener Dokumentes erwähnt: *„Die Teilnehmerstaaten begrüßten die günstigen Entwicklungen der internationalen Lage seit Abschluss des Madrider Treffens 1983.“*¹¹³

Die menschliche Dimension erlebte wesentliche Fortschritte. Es wurde die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit ist, bestätigt.¹¹⁴ Im Wiener Dokument wird die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Prinzip VII) mit Korb III (menschliche Kontakte und andere Fragen von humanitärer Art) verknüpft und als „menschliche Dimension der KSZE“ bezeichnet.¹¹⁵

Das Dokument bedeutet eine Vertiefung und Ausweitung der menschenrechtlichen Regelungen. Die Normen wurden hierbei präzisiert und durch Regeln und Prozeduren mit genauen Verhaltensvorschriften ergänzt.¹¹⁶

- Verstärkung des Rechtsschutzes der Bürger gegenüber Staat und Verwaltung,¹¹⁷ z.B. das Recht auf öffentliche Gerichtsverhandlungen und die Rechtsförmigkeit administrativer Entscheidungen.¹¹⁸
- Betreffend die Achtung und Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten¹¹⁹ wurde das Recht aller Bürger, sich mit anderen zusammenzuschließen (Vereinigungsrecht) und politisch aktiv zu werden, verankert.
- Sowohl die freie Wahl des Aufenthaltsortes innerhalb der jeweiligen Staaten als auch das Recht auf Ausreise aus jedem Land wurden dort festgehalten.¹²⁰
- In Bezug auf die Religions- und Gewissensfreiheit lag die Betonung auf den institutionellen Rechten der religiösen Gemeinschaften. Darüber hinaus wurde eine generelle Liberalisierung staatlicher Vorschriften gefordert.¹²¹

¹¹³ Abschließendes Dokument des Wiener Folgetreffens. Einleitung. Paragraph 7. Wien 1989

¹¹⁴ Abschließendes Dokument des Wiener Folgetreffens. Fragen der Sicherheit in Europa. Prinzipien. Paragraph 11. Wien 1989

¹¹⁵ ebenda. Menschliche Dimension der KSZE

¹¹⁶ vgl.: Schlotter, Peter: Der KSZE/OSZE im Ost-West Konflikt. Campus Frankfurt. New York 1999, S.175

¹¹⁷ Abschließendes Dokument des Wiener Folgetreffens. Menschliche Dimension der KSZE. Paragraph 13. Wien 1989

¹¹⁸ ebenda. Paragraph 13.9

¹¹⁹ ebenda. Paragraph 13.5

¹²⁰ ebenda. Paragraph 20

- In Fragen des Strafvollzugs ging es hinsichtlich der Behandlung von Strafgefangenen¹²² um eine Sensibilisierung. Folter und erniedrigende Behandlungen sollten untersagt werden.¹²³ In diesem Zusammenhang findet sich der erste Versuch, eine gemeinsame Haltung zur Abschaffung der Todesstrafe zu entwickeln.¹²⁴
- In der Prinzipienerklärung wird neben der Bekräftigung der bereits festgelegten Normen bezüglich des Minderheitenschutzes erstmals auf die Identität von nationalen Minderheiten eingegangen. Dies muss als ein Schritt in die Richtung der Anerkennung von Gruppenrechten gesehen werden. Die Minderheiten sollten gefördert werden (Paragraph 19) und auch das Diskriminierungsverbot wurde im Zusammenhang mit dem Minderheitenschutz bekräftigt.

Es wurde ein Mechanismus zur Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen der menschlichen Dimension geschaffen („Wiener Mechanismus“). Die oben genannten qualitativen Verbesserungen in der Substanz der Regelungen, sowie der Mechanismus zur Einhaltung der Verpflichtungen wären ohne die Liberalisierung der sowjetischen Haltung kaum realisierbar gewesen. Der Wiener Mechanismus ist wichtig für die Überprüfung der Implementierung der Menschenrechtsvereinbarungen und ist für alle Staaten verpflichtend. Er beinhaltet:¹²⁵

- Eine Auskunftspflicht in menschlichen Angelegenheiten gegenüber allen Anfragen bezüglich der menschlichen Dimension seitens anderer Teilnehmerstaaten.
- Die Bereitschaft, bilaterale Treffen zur Klärung und Lösung von Problemen im Bereich der menschlichen Dimension abzuhalten.
- Das Recht aller Teilnehmerstaaten, derartige Probleme im Kreis der übrigen KSZE Mitglieder bekannt zu machen und die Möglichkeit, sie bei den zukünftigen KSZE Treffen über die menschliche Dimension zu thematisieren.

¹²¹ ebenda. Paragraph 16

¹²² ebenda. Paragraph 23.1

¹²³ ebenda. Paragraph 23.4

¹²⁴ ebenda. Paragraph 24

¹²⁵ ebenda. Paragraph 3. Punkte 1-4

In Bezug auf die menschliche Dimension wurde eine Konferenz beschlossen, die in drei Phasen verlaufen sollte: 1989 in Paris, 1990 in Kopenhagen und 1991 in Moskau.¹²⁶ Ziel war es eine Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE einzuberufen, um weitere Fortschritte in Bezug auf die Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten der menschlichen Kontakte und anderer Fragen von gleichfalls humanitärer Art zu erzielen.

Spanien hat während des Treffens nicht mehr als Vermittler oder blockfreier Staat agiert, denn in diesem Folgetreffen genoss Spanien einen neuen Status. Der Beitritt Spaniens zur NATO 1982 und zur EG 1986 bedeutete seine Integration in die europäischen und euroatlantischen Strukturen und dabei wurden zwei neue Möglichkeiten zur Vertretung spanischer Interessen geschaffen aber gleichzeitig festgelegt, dass Spanien sich an die Prinzipien beider Organisationen anpassen musste und dadurch seine Eigeninitiativen und Vermittlungsrolle im Rahmen der KSZE stärker eingeschränkt wurden.

Wegen der oben genannten Gründe hat Spanien bei der Wiener Konferenz erstmals nicht mehr als Vermittler agiert, sondern hat sich auf nationale Interessen konzentriert:

- Bekämpfung des Terrorismus. Durch Initiative Spaniens, der Türkei, Großbritannien und Italien wurde Terrorismus verurteilt: *„Die Teilnehmerstaaten verurteilen vorbehaltlos alle Handlungen, Methoden und Praktiken des Terrorismus, da dieser unter keinen Umständen gerechtfertigt werden kann.“*¹²⁷ Spanien arbeitete hart am Absatz 10 des Abschlussdokuments. Dieser war für Spanien bezüglich des Vorgehens gegen die ETA, die in den Baskengebieten Frankreichs ein Rückzugsgebiet hatte (die ETA Aktivisten wurden von Frankreich als politische Dissidenten betrachtet. Seit 1984 kooperierte die französische Polizei allerdings mit der spanischen, da man in Paris keine Rechtfertigung mehr für den bewaffneten Kampf von ETA sah.), von besonderer Bedeutung, denn er forderte die bilaterale Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Terrorismus. Es ging darum: *“... die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit*

¹²⁶ Abschließendes Dokument des Wiener Folgetreffens. Anhang X: Tagesordnung, Zeitplan und andere organisatorische Modalitäten der Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE. Wien 1989

¹²⁷ Abschließendes Dokument des Wiener Folgetreffens. Fragen der Sicherheit in Europa. Prinzipien. Paragraph 8. Wien 1989

*zwischen Teilnehmerstaaten zur Verhinderung und Bekämpfung des Terrorismus zu verstärken und zu entwickeln sowie die Wirksamkeit der bestehenden Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene oder im Rahmen von Staatengruppen zu erhöhen, soweit angemessen auch auf dem Wege des Informationsaustausches.*¹²⁸ Und man forderte: *„die Auslieferung oder gerichtliche Verfolgung von Personen, die sich an terroristischen Handlungen beteiligen, zu gewährleisten.“*¹²⁹ Dadurch sah Spanien eine Chance die bilateralen Beziehungen mit Frankreich zu verbessern. Außerdem wurde erreicht, dass sich die Teilnehmerstaaten in anderen internationalen Foren mit dem Thema des Terrorismus auseinandersetzten. Sie sollten: *„in den geeigneten internationalen Gremien die Arbeit fortzuführen, um Maßnahmen gegen den Terrorismus zu verbessern und auszuweiten und zu gewährleisten, daß die einschlägigen Übereinkommen von möglichst vielen Staaten angenommen und eingehalten werden.“*¹³⁰

- Garantie der Sicherheit im Mittelmeerraum. Spanien engagierte sich zusammen mit Frankreich, Malta, Zypern und Italien in der Ausarbeitung der Mittelmeer Bestimmungen. Es wurde die Bedeutung des KSZE-Prozesses für die Stärkung der Sicherheit und die Verbesserung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum betont, ebenso wie die Tatsache, dass die internationale Sicherheit mit der Sicherheit im Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit eng verbunden ist.¹³¹ Diesmal machte Malta keine Probleme. Der Grund war die Abwahl des maltesischen Premierministers Mintoff, der für die Haltung beim vorangegangenen Treffen verantwortlich gewesen war.¹³²

Spanien schlug für 1990 ein Expertentreffen in Palma de Mallorca für den Schutz und die Verbesserung der mediterranen Ökosysteme im Mittelmeerraum vor, und betonte, dass es sich nicht in Sicherheitsthemen einmischen wolle. Diese Haltung war eine entscheidende Voraussetzung für die Akzeptanz des Treffens seitens der Vereinigten Staaten, die Sicherheitsthemen mit dem Mittelmeerraum nicht verbinden wollten. Das

¹²⁸ ebenda. Paragraph 10.2

¹²⁹ ebenda. Paragraph 10.5

¹³⁰ ebenda. Paragraph 10.7

¹³¹ Abschließendes Dokument des Wiener Folgetreffens. Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Paragraph 4

¹³² Sainz, Nora: La dimensión mediterránea de la CSCE. Papers 46. Barcelona 1995, S.146

Treffen wurde vom 24. September bis 19. Oktober 1990 in Palma de Mallorca abgehalten.¹³³ Es wurde vereinbart, dass die Ergebnisse des Treffens im nächsten Folgetreffen am 24. März 1992 in Helsinki bewertet würden.

- Spanien bearbeitete den Text über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Journalisten und eine Garantie der Informationsfreiheit. Nach 40 Jahren der Zensur während der Franco Diktatur war es kein Wunder, dass die neue Regierung alle Initiativen in Bezug auf die Informationsfreiheit förderte.

- Im militärischen Bereich stellte Außenministers Fernando Morán klar, dass Spanien die Abrüstung fördern wolle, welche zur Entspannung und zum Frieden beitragen sollte. Spanien näherte sich so an die Mittelmächte an und vertrat westliche Positionen.¹³⁴

6.2. Die spanische Position gegenüber den europäischen Problemen, seine nationale Agenda und seine Tätigkeit in der KSZE/OSZE. Zweite Phase in der 90er Jahren

Anfang der 90er Jahre wirkte Spanien nach außen als eine konsolidierte Demokratie. Die Übergangsphase war abgeschlossen. 1982 gelangte die sozialistische Regierung an der Macht und beschloss ein breites Paket von sozialen Maßnahmen. Durch seine sozialistische Regierung näherte sich Spanien Frankreich und Deutschland - den Motoren der EU - an und öffnete sich den östlichen Staaten. Andererseits hat es sich - durch die Teilnahme an der NATO, WEU und EU - als westlicher Staat positioniert. Diese Faktoren (die Demokratie im Land und die Mitgliedschaft in dieser Organisation) integrierten Spanien in die europäischen und euroatlantischen Strukturen und in der Folge konnte es sich nicht mehr ambivalent verhalten bzw. neutral bleiben.

Es musste gegenüber den europäischen Problemen der 90er Jahren Position beziehen. Ein weiterer Punkt war das Dilemma der Selbstbestimmung der Völker versus territorialer Integrität und Rechte der Minderheiten. Einerseits musste sich Spanien an die Richtlinien der internationalen Organisationen anpassen; andererseits musste es nach innen ein starkes Profil zeigen, das heißt, es durfte seine nationalen Interessen

¹³³ Tagesordnung, Zeitplan und andere organisatorische Modalitäten sind in Anhang VII des Wiener Abschlussdokumentes enthalten

¹³⁴ ¹³⁴ Rede des spanischen Außenministers Fernando Morán am Madrider Folgetreffen. Madrid 1983

nicht vergessen und musste prüfen, ob bestimmte Themen eine Auswirkung für die Innenpolitik haben konnten und ob sich die außenpolitischen Interessen mit jenen der Innenpolitik überschneiden. In diesem Kapitel wird analysiert wie die internationale Lage die spanischen Interessen im Rahmen der KSZE/OSZE beeinflusste und wie es gleichzeitig die internationale Lage nutzte um seine Interessen zu internationalisieren.

Die Themen bei denen Spanien aktiv in der KSZE/OSZE mitwirkte, sind durch sein nationales Interesse definiert und waren folgende: Mittelmeerproblematik, Prinzip der territorialen Integrität und die Bekämpfung des Terrorismus.

6.2.1. Das Mittelmeer

Die spanische Interesse am Mittelmeer ist begründet in:

- Nationalen Interessen. Das Interesse Spaniens an einem sicheren und stabilen Mittelmeerraum (besonderes der Maghreb) sind wegen dessen geographischer Nähe zu Spanien (es ist nur 12 Km von der maghrebischen Küste entfernt) als eine Priorität der spanischen Politik zu verstehen. Die Migration nach Spanien durch die politische und ökonomische Instabilität in Nord-Afrika bedeutet eine Bedrohung für die nationale Sicherheit. Das Ziel der spanischen Politik im Maghreb ist es, eine wirtschaftliche Entwicklung sowie soziale und politische Stabilität zu schaffen um Gefahrenpotentiale zu verringern, denn alles was im Mittelmeerraum geschieht, könnte direkte Konsequenzen für Spanien haben.¹³⁵

Außerdem ist Spanien abhängig von Nordafrika. Für Spanien sind die Fischerei, die Meerenge zwischen Marokko und Gibraltar und die Gewässer vor der Westsahara von besonderer Bedeutung, denn von der Nutzung dieser Gebiete hängen 40.000 Arbeitsplätze in Spanien ab.¹³⁶ Darüber hinaus gibt es gemeinsame landwirtschaftliche Interessen von Spanien und dem Maghreb, denn sie haben den gleichen Exportmarkt, beiden zielen auf die Konsumenten und die Märkte der EU ab. Spanien importiert aus

¹³⁵ Barbe, Esther: El mediterráneo como espacio de cooperación y seguridad. Papers 46. Barcelona 1995, S.10

¹³⁶ Peters, Joel: Mediterranean Politics. Printer. London 1996, S.201

dem Maghreb 17% seines Rohöles, 70% seines Erdgases und 80% seines Phosphates. Marokko ist der wichtigste spanische Exportmarkt.¹³⁷

Spanien vergibt an Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten und Mauretanien sog. Fad-Kredite (Kredite des Entwicklungshilfefonds). Diese sind im Rahmen eines Hilfsprogramms zu sehen, das auf diese Art an die Entwicklungsländer bilaterale Kredite mit sehr günstigen Zinskonditionen und einer sehr langen Laufzeit vergibt. Diese Hilfe ist mit dem Kauf von spanischen Gütern verbunden.¹³⁸ Dadurch existieren über 800 spanische Gewerbebetriebe in den nordafrikanischen Mittelmeerländern.

-Dem Willen, als Vertreter des Südens eine bedeutende Rolle im neuen Europa zu spielen und gleichzeitig mehr internationales Profil zu gewinnen. Durch seine gute Beziehungen will Spanien als Brücke zwischen Nordafrika und Europa agieren, besonderes in einer Zeit, in der die EU nach Norden blickt: Die Wiedervereinigung Deutschlands fällt in diese Phase ebenso wie die Verhandlungen für den Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden zur EU, die mit deren Beitritt 1995 endeten.

Am Anfang der 90er Jahre versuchte Spanien stärker als je, die KSZE zu einer Auseinandersetzung mit den Mittelmeer Themen zu bringen, denn es war überzeugt, dass die OSZE/KSZE sich mehr in diese Themen involvieren sollte. Ihre Bündnispartner bei dieser Aufgabe waren: Malta, Italien, Griechenland, die Türkei und Zypern, deren Interesse an diesem Thema auch durch ihre geographische Lage definiert ist. Dank dieser Staaten konnte das Mittelmeerthema in der KSZE/OSZE Agenda bestehen bleiben.

In der Charta von Paris (1990) wird erwähnt dass: „*Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum ein wichtiger Faktor der Stabilität in Europa ist.*“¹³⁹ Der spanische Regierungschef Felipe González betonte in seiner Rede von Paris auch, dass der Aufbau

¹³⁷ Barbe, Esther: La política española de seguridad en la nueva Europa dimensión mediterránea y instrumentos europeos. CIDOB. Barcelona 1990, S.3

¹³⁸ Gómez, Carlos: De las palabras a los hechos. La cooperación española con el mediterráneo. In: Desarrollo. Nr.25. Madrid 1996, S.38

¹³⁹ Charta von Paris für ein neues Europa. Leitsätzen für die Zukunft. Mittelmeerraum. Paragraph 2. Paris 1990

des neuen Europas nicht fertig ist, bis die Probleme von Nordafrika gelöst sind, nämlich die der Demographie, Entwicklung, Religion und der Lebensbedingungen.¹⁴⁰ Er sagte in *Le Monde*: „*Ohne Stabilität und Fortschritt in der Mittelmeer Region kann sich kein europäischer Friede ergeben. Nordafrika ist eine reale Gefahr für den Aufbau Europas.*“¹⁴¹

Durch den Golfkrieg, den Nahost-Prozess und den Jugoslawienkrieg gewannen die Mittelmeerthemen an Bedeutung. Im Gipfeltreffen von Helsinki (1992) wurde das Mittelmeer sowohl als strategischer Ort, als Grenze Europas und schließlich als eine Region mit vielen Spannungen gesehen: „*Die Stärkung von Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum ist für die Stabilität in der KSZE-Region von Bedeutung. Wir anerkennen, dass der Wandel in Europa für die Mittelmeerregion von Belang ist, und dass - im Gegenzug - wirtschaftliche, soziale, politische und sicherheitspolitische Entwicklungen in dieser Region unmittelbare Auswirkungen auf Europa haben.*“¹⁴² Zusätzlich gab es den Mittelmeerthemen im Zusammenhang mit dem neuen Prozess des Institutionalismus und den neuen Aufgaben der KSZE neuen Schwung. Auf Initiative von Spanien, Malta und mit der Unterstützung von Frankreich, Italien, Griechenland, der Türkei und Zypern wurde am Gipfeltreffen von Helsinki die „Gruppe der Freunde des Mittelmeers“ ins Leben gerufen. Diese Gruppe ermöglichte informelle Treffen zwischen den Nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten und den Mittelmeeranrainern. Es wurde vorgesehen, die nicht-europäischen Mittelmeerstaaten zu künftigen Überprüfungstreffen einzuladen, damit sie ihren Beitrag zur Sicherheit und Zusammenarbeit leisten können¹⁴³. Zugleich wurde beschlossen, dass der Vorsitzende des Ausschusses Höherer Beamter (AHB) Fragen bezüglich der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, die mit den Zielen des KSZE-Prozesses in Beziehung stehen, durch einen wirksamen Informationsaustausch beantworten soll.¹⁴⁴ Ziel der Gruppe war die Intensivierung der Zusammenarbeit. Diese muss gesehen werden als ein anderer Versuch, diese Länder in den KSZE Prozess einzubeziehen. Die Gruppe sollte Ad-hoc-Seminare organisieren, die sich mit Themen wie Migration, demographische Tendenzen, wirtschaftliche Entwicklung und Umwelt beschäftigen.

¹⁴⁰ Rede des spanischen Regierungschefs Felipe González am Gipfeltreffen von Paris. Paris 1990

¹⁴¹ *Le Monde*. Un entretien avec M. Felipe González. 20. November 1990

¹⁴² KSZE-Helsinki Dokument. Herausforderung des Wandels. Mittelmeerraum. Kapitel X. Paragraph 1. Helsinki 1992

¹⁴³ ebenda. Paragraph 3

¹⁴⁴ ebenda. Paragraph 2

Libyen, Libanon und Syrien wurden aufgrund der Forderung der Vereinten Staaten und mit Zustimmung der Europäischen Union aus der Gruppe der teilnehmenden nicht-europäischen Staaten ausgeschlossen und nahmen nicht am Helsinki Gipfeltreffen teil, und zwar wegen des Verdachts, sie würden den internationalen Terrorismus unterstützen.¹⁴⁵

In der Rede des spanischen Regierungschefs Felipe González in Helsinki (1992) wurde erwähnt, dass Spanien am Golfkrieg teilgenommen hatte (1991) und sich als Mitglied der NATO in den westlichen Mechanismen von Sicherheit mittels Unterstützung der Logistik beteiligt hatte. Es ist das erste Mal, dass Spanien an einem internationalen Krieg im 20. Jahrhundert teilnimmt. Der spanische Regierungschef Felipe González definierte die Teilnahme Spaniens am Golfkrieg als *“die Überwindung der Isolierung.”*¹⁴⁶ Intern wird die militärische Teilnahme Spaniens außerhalb seiner Grenzen enttabuisiert. Mit dieser Beteiligung bestätigte Spanien seine Mittelmeerpolitik und, dass die europäische Sicherheit eng mit der Sicherheit im Norden Afrikas und deren Erweiterung zum ganzen Mittelmeer hin verbunden ist.

Im Gipfeltreffen von Budapest (1994) wurde die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Mittelmeerstaaten zu intensivieren und zu vertiefen betont.¹⁴⁷ Dies sollte durch die Errichtung einer informellen Kontaktgruppe auf Expertenebene geschehen und durch ein jährliches Seminar in einem der Nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten, welches in beidseitigem Interesse abgehalten werden sollte. Mehr Konsultationen sollten auf höhere Ebene geführt werden. Spanien hat gemeinsam mit Frankreich, Italien und Malta die Etablierung der Kontaktgruppe unterstützt. Der spanische Regierungschef Felipe González betonte in seiner Rede in den Gipfeltreffen von Budapest die Wichtigkeit des Dialoges, Kooperation und Entwicklung mit den nicht teilnehmenden Staaten.¹⁴⁸

¹⁴⁵ Ghebali, Victor Yves: L'OSCE dans l'Europe post-communiste, 1990-96. Vers une identité paneuropéenne de sécurité. Bruylant. Nr.115. Brussels 1996, S.134

¹⁴⁶ Rede des spanischen Regierungschefs Felipe González am Gipfeltreffen von Helsinki. Helsinki 1992

¹⁴⁷ KSZE Budapester Dokument. Der Weg zu echter Partnerschaft in einem neuen Zeitalter. Gipfelerklärung von Budapest. Paragraph 17. Budapest 1994

¹⁴⁸ Rede des spanischen Regierungschefs Felipe González am Gipfeltreffen von Budapest. Budapest 1994

Am Gipfeltreffen vom Lissabon (1996) wurde die Intensivierung des Dialogs und der Zusammenarbeit betont, aber es wurden keine substantiellen Fortschritte gemacht. Bemerkenswert war, dass in Lissabon in der Rede des spanischen Regierungschefs das Mittelmeer nicht erwähnt wurde¹⁴⁹. Die Gründe dafür sind folgende: in der zweiten Hälfte 1995 nach der spanische EU-Präsidentschaft hatte der Prozess von Barcelona im Rahmen der EU begonnen. Es gab viele Hoffnungen, dass der Prozess der adäquate Rahmen für Mittelmeerthemen sein würde. Spanien wollte Doppelseitigkeiten vermeiden und mehr Wichtigkeit auf den Barcelona Prozess geben. Außerdem hatte der neue spanische Staatspräsident José María Aznar das Mittelmeer nicht zur Priorität seiner Agenda gemacht. Er war vor allem aus wirtschaftlichen Gründen nur an einem Anrainerstaat - nämlich Algerien - interessiert.

In der Europäischen Sicherheitscharta, die am Gipfeltreffen von Istanbul (1999) angenommen wurde, heißt es: „*Die Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer ist für die Stabilität im OSZE Gebiet von großer Wichtigkeit.*“¹⁵⁰ Es wurde auch die Kooperation durch Dialog mit den Mittelmeerstaaten im Rahme der OSZE verstärkt. Spanien, Italien, Frankreich, Griechenland und Malta sind die Autoren dieses Absatzes in Bezug auf das Mittelmeer.

Die geringen Fortschritte in den Mittelmeerthemen haben folgende Gründe:

- Auf der Seite die Teilnehmerstaaten: die nordeuropäischen Staaten sowie die zentraleuropäischen Teilnehmer betrachteten die Mittelmeer-Themen als Peripherie-Themen. Sie waren mehr an Zentralasien und der Kaukasus Gegend interessiert, die neue Teilnehmerstaaten an der OSZE waren. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Russische Föderation wollten auf keinen Fall über vertrauensbildende Maßnahmen im Mittelmeerraum reden; insbesondere war für sie eine internationale Isolierung Libyens vorrangig und sie wollten nicht den arabisch-israelischen Konflikt im Rahmen der OSZE diskutieren.

¹⁴⁹ Rede des spanischen Regierungschefs José Maria Aznar am Gipfeltreffen von Lissabon. Lissabon 1996

¹⁵⁰ Dokument von Istanbul. Gipfelerklärung von Istanbul. Paragraph 45. Istanbul 1999

- Auf der Seite der Nichtteilnehmerstaaten: Sie bildeten eine sehr heterogene Gruppe, denn zu ihnen gehörten: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien sowie Korea, Afghanistan und Japan. Der Dialog unter ihnen war wegen ihrer vielfältigen Probleme schwierig. Die OSZE kann als Dialogforum ein vertrauensbildendes Instrument darstellen. Es ist nicht realistisch anzunehmen, dass diese Staaten die Normen und Prinzipien OSZE implementieren können - besonders in Bezug auf die menschliche und politisch-militärische Dimension.

Unter spanische Initiativen zur Schaffung einer echten Partnerschaft mit den Mittelmeerstaaten fällt das Palma de Mallorca Treffen (1990). Das Treffen fand dank der Einladung der spanischen Regierung in Spanien statt. Auf diesem Treffen wurde auf Initiative von Spanien und Italien ein komplexes diplomatisches Projekt präsentiert, welches die „spanisch-italienische Initiative“ genannt wurde. Die beiden Staaten wollten eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer (KSZM) initiieren, die eine Kopie der KSZE sein sollte, aber sich nun auf den mediterranen Raum sich beschränken würde.¹⁵¹

Der spanische Außenminister Fernández Ordóñez stellte dabei folgende Fragen: *„Warum wenden wir nicht dasselbe Modell, das so gute Ergebnisse in Europa erzielt hat im Mittelmeerraum an? Warum entwickeln wir nicht ein globales System, um die Stabilität zu fördern, die Sicherheit zu gewährleisten und Krisen zu vermeiden? Ein System, das eine globale und ausgleichende Vision hat und die wirtschaftliche Entwicklung und den interkulturellen Dialog fördern könnte? Warum berufen wir nicht eine Konferenz über Sicherheit und Kooperation im Mittelmeerraum ein?“*¹⁵²

Das Ziel der KSZM war Sicherheit im Mittelmeerraum - basierend auf dem Helsinki Dekalog sollte ein politischer Verhaltenskodex entwickelt werden. Dieser Kodex sollte folgende Punkte behandeln:

¹⁵¹ vgl.: Olmo, Júlia. Política mediterránea: la conferencia de Palma. In: Anuario Derecho Internacional. Vol.9. Madrid 1995, S.63-128

¹⁵² Rede des spanischen Außenministers Antonio Ordoñez am Palma de Mallorca Treffen. Palma de Mallorca 1990

- Die politisch-militärische Dimension sollte vertrauensbildende Maßnahmen sowie Sicherheitsmaßnahmen beinhalten, damit in der letzten Phase die Abrüstung im Mittelmeerraum behandelt werden könnte.
- In der menschlichen Dimension sollte der Dialog zwischen den Kulturen gefördert werden, um gemeinsame Werte zu finden.
- Die wirtschaftliche Dimension sollte Migrationsprobleme von Süd nach Nord und ökologische Probleme wie z.B. die Bodenerosion und Verschmutzung der Meere behandeln.

Das Dokument war äußerst innovativ. Es war ein global-integrativer Vorschlag: Erstens wegen der gemeinsamen Arbeit mit Nicht-Mitgliedern, die direkt in die Konferenz einbezogen werden sollten, zweitens weil das Dokument beide Teile des Mittelmeeres (den westlichen und den östlichen) inkludierte und drittens vor allem wegen seiner umfassenden Themenauffächerung.¹⁵³

Bei dieser Initiative in der KSZE wurde es Spanien klar, dass solche Initiativen nicht im Rahmen der KSZE realisierbar sind. Die Folge daraus war, dass Spanien die Kooperation mit den Nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten durch bilaterale Kontakte und mithilfe der EU durchführen sollte. Deswegen hat es diese Initiative in der EU während der spanischen Präsidentschaft der EU vorgeschlagen. Es wurde 1995 eine Konferenz in Barcelona über die Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion organisiert; damit begann der Barcelona Prozess mit dem Motto „Zuerst Zusammenarbeit und dann Sicherheit“. Ab diesem Zeitpunkt hat Spanien alle Initiativen in Bezug auf die aktive Teilnahme der Nichtteilnehmender Mittelmeerstaaten in den Arbeiten der OSZE unterstützt - aber hat auch den Prozess von Barcelona als wichtiges Forum erkannt.

¹⁵³Sainz, Nora. La dimensión mediterránea de la OSCE en la posguerra fría. Papers 46. Barcelona 1995, S.280ff.

6.2.2. Territoriale Integrität versus Selbststimmung der Völker

Anfang der 90er Jahren, mit der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Ende der Ost-West Polarisierung, kam der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa und als Folge die Auflösung der UdSSR, zusätzlich brach die Jugoslawienkrise aus. Es entstanden viele lokale Konflikte, die ihren Ursprung in der Forderung von nationalen Minderheiten hatten, die das Recht auf Sezession/Selbstbestimmung in Anspruch nahmen. Am Gipfeltreffen von Helsinki (1992) nahmen 17 neue Staaten teil: *„Das Streben der Völker, ihren inneren und äußeren politischen Status frei zu bestimmen, hat zur Ausbreitung der Demokratie geführt und jüngst seinen Ausdruck in der Entstehung einer Reihe souveräner Staaten gefunden. Ihre volle Teilnahme verleiht der KSZE eine neue Dimension.“*¹⁵⁴

In der Helsinki Schlussakte (1975), der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, lässt sich eine Ambivalenz von Prinzipien feststellen. Einerseits handelt Prinzip IV von der territorialen Integrität der Staaten und Prinzip III von der Unverletzlichkeit der Grenzen. Andererseits können nach Prinzip VIII („Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker“) Grenzen veränderbar sein: *“... Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen.“* Der zweite Teil des Prinzips VIII legt fest: *“... Die Teilnehmerstaaten werden die Gleichberechtigung der Völker und ihr Selbstbestimmungsrecht achten, indem sie jederzeit in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und den einschlägigen Normen des Völkerrechts handeln, einschließlich jener, die sich auf die territoriale Integrität der Staaten beziehen.“*¹⁵⁵

¹⁵⁴ KSZE Helsinki-Dokument. Herausforderung des Wandels. Gipfelerklärung von Helsinki. Paragraph 5. Helsinki 1992

¹⁵⁵ Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki Schlussakte. Prinzipien, die die Beziehung der Teilnehmerstaaten leiten. Prinzip VIII. Helsinki 1975

Territoriale Grenzen sind grundsätzlich unverletzbar (keine Gewalt von außen darf die Grenzen ändern), aber das bedeutet nicht, dass sie unveränderlich sind. Grenzen sind nämlich nach den Grundregeln des Völkerrechts durch friedliche Mittel und nach Vereinbarung sehr wohl veränderbar. Diese Aussage wurde von der Badinter Kommission modifiziert, um die Auflösung Jugoslawiens zu vermeiden, die damalige Grenze Jugoslawiens sei als internationale Grenze anerkannt, im Sinne des Prinzips der territorialen Integrität.¹⁵⁶ Diese Aussage wurde stark von Spanien, Frankreich und Großbritannien unterstützt, denn diese Staaten befürchteten, dass die Konferenz dazu instrumentalisiert würde, in der Legitimierung der Sezession die Konfliktlösung zu finden.

Spanien sah die Sezession Kroatiens und Sloweniens mit Sorge und unterstützte die Ideen der Badinter Kommission, um secessionistische Bestrebungen im eigenen Lande vorzubeugen. Spanien hatte Angst vor einem Domino-Effekt, bei dem die Ideen auf Spanien übertragen werden könnten:

- Die Katalanen und die Basken könnten die gleichen Rechte wie Slowenien und Kroatien im Anspruch nehmen. Diese Minderheiten wohnen in einem Territorium, in dem sie die Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Es handelt sich jeweils um vergleichsweise wohlhabende Regionen, die sich gegen eine solidarische nationale Umverteilung zur Wehr setzen.

- Wenn die internationale Gemeinschaft das Recht der Völker des Ostens zur Selbstbestimmung anerkennt, warum kann sie nicht das Gleiche mit den Völkern des Westens machen und vor allem welche Legalität hat das Prinzip der territorialen Integrität?

Der Jugoslawien Krieg und die neu entstandenen Staaten auf dem Balkan und in Zentralasien förderten die Eskalation einer internen politischen Diskussion in Spanien, die eigentlich immer latent war: Spanien hatte die Probleme der nationalen Minderheiten für alle Beteiligten im eigenen Land durch Autonomie nicht befriedigend gelöst.

¹⁵⁶ Pellet, Allain: The opinions of the Badinter Arbitration Committee. A second breath for the Self-determination of peoples. European Journal of International Law Vol.3.Nr 1. (1992), S.178-185

Die nationalistischen katalanischen und baskischen Parteien unterstützten die Slowenen und Kroaten in Bezug auf deren Streben nach Unabhängigkeit und sahen Ähnlichkeiten zu ihrer Situation. Jede Nation habe das Recht einen Staat zu bilden. Zu dieser Zeit gab es in Spanien eine interne Debatte über die Möglichkeit einer Reformierung des Kapitel VIII der spanischen Verfassung über die territoriale Organisation der Staaten, um den Autonomien mehr Kompetenzen zu geben.

Autonomie wird dabei als Verwaltungsautonomie verstanden. Die spanische Verfassung legt im Artikel 2 fest: *„Die Verfassung gründet sich auf die unauflösliche Einheit der spanischen Nation, gemeinsames und unteilbares Vaterland aller Spanier; sie anerkennt und gewährleistet das Recht auf Autonomie der Nationalitäten und Regionen, aus denen sie sich zusammensetzt, und auf die Solidarität zwischen ihnen“*. Nicht spezifiziert wird allerdings der Grad von Autonomie, den eine Nationalität und/oder Region erreichen kann. Im Artikel 3 Punkt 3 wird nun folgendes erwähnt: *„Der Reichtum der unterschiedlichen sprachlichen Gegebenheiten Spaniens ist ein Kulturgut, das besonders zu achten und zu schützen ist“*. Basken, Katalanen und Galizier können nun auf regionaler Ebene ihre Kultur und ihre Sprache ausleben. Der Begriff der nationalen Minderheit wurde abgelehnt.

Der spanische Regierungschef Felipe González warnte in Helsinki vor der Gefahr einer Proliferation von lokalen Konflikten und glaubte, dass es Aufgabe der OSZE sei, darüber zu befinden, ob die territoriale Integrität über das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu stellen ist.¹⁵⁷ Als diese Aussage gemacht wurde, begann die Eskalation der nationalen Konflikte. Von 1992 bis 1999 erlebten wir die Auflösung der Bundesrepublik Jugoslawien, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten und 1999 verstärkten sich die latenten Bestrebungen nach Unabhängigkeit in Tschetschenien, Moldawien, Georgien und Berg-Karabach und im Kosovo. Deswegen wurde auch in der Rede des spanischen Regierungschefs auf dem Istanbul Gipfeltreffen der absolute Vorrang des Prinzips der territorialen Integrität bei der Förderung pluralistischer Gesellschaften in Bezug auf Tschetschenien und Kosovo betont.¹⁵⁸

¹⁵⁷ Rede des spanischen Regierungschefs Felipe González am Gipfeltreffen von Helsinki. Helsinki 1992

¹⁵⁸ Rede des spanischen Regierungschefs José Maria Aznar am Gipfeltreffen von Istanbul. Istanbul 1999

Aus Grund seines internen Problems wird Spanien im Rahmen der KSZE/OSZE immer die Legitimität des Prinzips der territorialen Integrität betonen.

6.2.3. KSZE/OSZE Institutionalismus und neue Aufgabenfelder

Dieses Kapitel wird bezüglich des Institutionalismus und der Aufgabenfelder der KSZE nicht ins Detail gehen, sondern wird sich nur auf jene Themen konzentrieren, die für Spanien von Bedeutung waren.

Nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 beschlossen die KSZE Teilnehmerstaaten auf Einladung Frankreichs ein KSZE Gipfeltreffen, das vom 19. bis 21. November 1990 in Paris stattfand. Das Abschlussdokument - die „Charta von Paris für ein neues Europa“ - bildete die Grundlage für die Bildung eines neuen Europas. Das Treffen bedeutete das offizielle Ende der West-Ost-Polarisierung, womit sich Europa vom Erbe der Vergangenheit befreit¹⁵⁹ und läutete damit den Beginn einer vollkommen neuen Periode ein. Die Charta teilte sich in substantielle/deklaratorische Themen und in die Schaffung neuer Strukturen und Institutionen des KSZE-Prozesses, um eine Weiterführung der substantiellen Themen gewährleisten zu können.

Die Schaffung neuer Strukturen und Institutionen verändern die KSZE von einer Konferenz zu einer Organisation im Sinne der Definition von Keohane und Young. Die Schaffung eigener bürokratischer Einrichtungen, denen im Laufe der Zeit noch weitere hinzugefügt wurden, stellte somit das Hauptkriterium für den Wandel dar. Erst durch das Budapester Abschlussdokument 1994 vollzog sich auch die Veränderung des Namens der Organisation selbst: Ab 1. Jänner 1995 wird aus der KSZE die OSZE.¹⁶⁰ Dieser Namenswechsel ändert weder den Charakter, noch die Verpflichtungen, noch den Status der KSZE und ihrer Institutionen.

¹⁵⁹Charta von Paris für ein neues Europa. Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit. Paragraph 2. Paris 1990

¹⁶⁰KSZE Budapester Dokument. Der Weg zu echter Partnerschaft in einem neuen Zeitalter. Stärkung der KSZE Institutionen. Kapitel 1. Paragraph 1. Budapest 1994

Durch die Gipfeltreffen¹⁶¹ von Helsinki (1992), Budapest (1994), Lissabon (1996) und Istanbul (1999), sowie durch die Ministerräte¹⁶² von Berlin (1991), Prag (1992), Stockholm (1993), Rom (1994), Budapest (1995), Kopenhagen (1997) und Oslo (1998) wurde die KSZE/OSZE zu einer komplexen Organisation. Die Entwicklung neuer Strukturen und Institutionen muss folgendermaßen gesehen werden: Die KSZE/OSZE war als Dialogforum während der Ost-West Polarisierung etabliert. Da dieses in den 90er Jahren an Bedeutung verlor, musste sie sich in einer neuen Realität anpassen, wenn sie weiter eine Rolle in der internationalen Arena spielen wollte. Deswegen musste die KSZE/OSZE Mechanismen entwickeln, um Antworten auf die neuen Herausforderungen geben zu können.

Die KSZE entwickelte einen umfassenden unteilbaren und kooperativen Ansatz zur Sicherheit. Sie erweiterte ihre Aktivitäten und kann sich in innere Angelegenheiten der Staaten einmischen, vor allem aufgrund folgender Beschlüsse, welche im Gipfeltreffen von Helsinki getroffen wurden:

- „Die KSZE ist eine regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen. Als solche stellt sie ein wichtiges Bindeglied zwischen europäischer und globaler Sicherheit dar. Die KSZE wird mit den Vereinten Nationen eng zusammenarbeiten, insbesondere bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten.“¹⁶³

- “Wir betonen, daß die im Bereich der menschlichen Dimension der KSZE eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und eine nicht ausschließlich innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen. Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Stärkung demokratischer Institutionen sind weiterhin eine unerläßliche Grundlage für unsere umfassende Sicherheit.”¹⁶⁴

¹⁶¹ In der Charta von Paris für ein neues Europa, Kapitel III wurde festgelegt, dass die Gipfeltreffen alle zwei Jahre stattfinden sollen und nicht länger als drei Monate dauern. Sie sollen von den Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten abgehalten werden

¹⁶² In der Charta von Paris für ein neues Europa, Kapitel III wurde festgelegt, dass die Ministerrat jährlich trifft. Sie sollen von den Außenministern der KSZE-Teilnehmerstaaten abgehalten werden. Der Ministerrat wird vom Ausschuss Hoher Beamter vorbereitet

¹⁶³ KSZE Helsinki Dokument. Herausforderung des Wandels. Gipfelerklärung von Helsinki. Paragraph 25. Helsinki 1992

¹⁶⁴ ebenda. Paragraph 8

a) Erkundigungs-, und Berichterstatter- und Langzeitmissionen

Die oben genannten Beschlüsse ermöglichen der KSZE die Entsendung von Erkundungs- und Berichterstatter-Missionen nach Jugoslawien als Instrument der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung (der Moskauer Mechanismus¹⁶⁵ erklärt ganz genau die Prozedur bei der Entsendung solcher Missionen). Sie führen zur weiteren Etablierung von Langzeitmissionen im Balkan, im Kaukasus und in Zentralasien, wobei die KSZE durch ihre umfangreichen Themen in den drei Dimensionen sehr aktiv in diesen Gegenden sein wird.

Spanien nahm bei den Erkundigungs- und Berichterstatter-Missionen in die Bundesrepublik Jugoslawien durch den Regierungschef Felipe González teil. Er war 1993-94 Sondergesandter der KSZE für Bosnien-Herzegowina. 1996 leitete er eine Berichtstatter-Mission in Serbien in Hinblick auf die Irregularitäten in den kommunalen Wahlen, und er sollte auch als Vermittler zwischen Regierung und Opposition agieren. 1998 wurde er vom ständigen Rat als persönlicher Vertreter des amtierenden Vorsitzenden für die BRJ ernannt. Er erhielt auch den Auftrag, sich der Probleme des Kosovo anzunehmen, aber die Belgrader Behörden verweigerten ihm die Einreise.

Die KSZE gab ihm diesen Posten aus folgenden Gründen: er ist Sozialist, hat internationales Prestige und Spanien hat keine Interessen in der Region. Außerdem wird Spanien auf dem Balkan als befreundeter Staat gesehen: bei den Kroaten, weil es ein katholisches Land ist, bei den Serben und Bosniern, weil es gute Beziehungen zu arabischen Staaten pflegt. Hinzu kommt, dass Felipe González aufgrund der Erfahrung Spaniens Empfehlungen in Bezug auf die Artikulierung der politischen Übergangsphase zur Demokratie, die Respektierung der Minderheiten und das Modell der Autonomie geben kann.

Die Entsendung von spanischen Truppen durch das Mandat der Vereinten Nationen und der NATO am Balkan 1991 stellte Spaniens erste dauerhafte militärische Präsenz im Ausland dar. Diese hatte humanitären und friedenserhaltenden Charakter und erfüllte

¹⁶⁵ Der Mechanismus wurde während der dritten Konferenz zur menschlichen Dimension in Moskau am 3. Oktober 1991 geschaffen. Verfeindung des Wiener Mechanismus

den Begriff der geteilten und kollektiven Verteidigung, welcher in der NATO Charta festgelegt ist.

Im Rahmen des „secondment“ nahmen viele spanische Zivilisten an den Missionen der KSZE am Balkan teil. Die Schwerpunkte ihrer Aktivitäten innerhalb der Mission lagen vor allem auf der Förderung der Demokratie und auf dem Wahlsystem. Außerdem leistete Spanien freiwillige Beiträge für spezifische KSZE Projekte und Programme in Bosnien-Herzegowina zum Wiederaufbau des Landes und für die Abhaltung von Wahlen.

Spanien unterstützte in dieser Zeit alle Initiativen zur Stärkung der Langzeitmissionen in Albanien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina, welche ein wichtiges Instrument für den Wiederaufbau eines demokratischen und sicheren Europas darstellten.¹⁶⁶ Spanien nahm auch an der Mission im Kosovo 1998 mit Zivilisten teil. Im Gegensatz dazu gibt es keine Teilnahme Spaniens an Missionen im Kaukasus und in Zentralasien in der Zeit von 1992 bis 1999. Dies mag in der Tatsache begründet sein, dass diese Regionen geographisch weit entfernt liegen und Spanien dort nicht durch Botschaften vertreten ist.

b) Demokratie und Rechstaatlichkeit

Im Rahmen der allgemeinen Arbeit der KSZE unterstützte Spanien stets mit Nachdruck die menschliche Dimension, wie auch alle EU-Länder, Kanada, die Vereinigten Staaten und auch die kleinen Staaten. Es legt besonderen Wert auf die Schaffung gemeinsamer Werte und hebt vor allem die Demokratie als Garant für Menschenrechte, Grundfreiheiten, Förderung von politischem Pluralismus und freien Wahlen hervor.¹⁶⁷

¹⁶⁶ Rede des spanischen Außenministers Abel Matutes im Ministerrat von Kopenhagen. Kopenhagen 1997

¹⁶⁷ Rede des spanischen Regierungschefs Felipe González am Gipfeltreffen von Paris. Paris 1990

In diesem Sinn unterstützte Spanien die Idee der Gründung einer parlamentarischen Versammlung der KSZE auf dem Pariser Gipfeltreffen.¹⁶⁸ Primärer Zweck war dabei die Förderung demokratischer Mechanismen, des interparlamentarischen Dialogs und der Kooperation zwischen allen Teilnehmerstaaten. Das spanische Parlament lud für den 2. und 3. April 1991 alle Parlamentarier der KSZE Mitgliedsstaaten nach Madrid ein, um diese parlamentarische Versammlung der KSZE zu gründen. Die Einladung muss als eine Bestätigung der Identifizierung Spaniens mit den Werten der KSZE gesehen werden. Sie bot außerdem auch die Möglichkeit, noch ein weiteres internationales Event in Spanien abzuhalten. Der Spanier Javier Rupérez hatte das Präsidentenamt der parlamentarischen Versammlung von 1991 bis 1996 inne.

Spanien unterstützte auch die Etablierung des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte, das in Verbindung mit der Förderung der vereinbarten Werte in der menschlichen Dimension der KSZE steht. Dieses Büro mit Sitz in Warschau soll in Zusammenhang mit Wahlen in den Teilnehmerstaaten den Kontakt und Informationsaustausch erleichtern, und zu diesem Zweck Informationen über die Termine, Verfahrensregeln und offizielle Ergebnisse von nationalen Wahlen in den Teilnehmerstaaten sammeln und Wahlen beobachten.¹⁶⁹ Im Rahmen des „secondment“ hatten viele spanische Zivilisten an den Wahlbeobachtungsmissionen des Büros in verschiedenen Teilnehmerstaaten teilgenommen.

Über die Einsetzung eines Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten (HKNM) war Spanien nicht begeistert. Erstens anerkennt Spanien den Begriff der nationalen Minderheiten nicht. Die katalanische und die baskische Minderheit genießen durch ihre autonomen Regierungen besondere Rechte und unterliegen keiner Diskriminierung, jedoch stehen diese Rechte den Minderheiten nur in ihren jeweiligen Regionen zu.

Zweitens hat Spanien Angst davor, dass der HKNM eine Kontaktaufnahme oder Kooperation mit Gruppen, die terroristischen Aktivitäten setzen oder befürworten, unterstütze, obwohl es Aufgabe des HKNM war, für „Frühwarnung“ und

¹⁶⁸ Charta von Paris für ein neues Europa. Neue Strukturen und Institutionen des KSZE-Prozesses. Paragraph 2. Paris 1990

¹⁶⁹ Charta von Paris für ein neues Europa. Zusatzdokument zur Durchführung einiger Bestimmungen. Institutionelle Regelung. Punkt G/2. Paris 1990

„Frühmaßnahmen“ gegen Spannungen, die Bezug auf Angelegenheiten nationaler Minderheiten haben und das Potential in sich bergen, sich im KSZE-Gebiet zu einem den Frieden, die Stabilität oder die Beziehungen zwischen Teilnehmerstaaten beeinträchtigenden Konflikt zu entwickeln, zu sorgen.¹⁷⁰ Deswegen drängten Spanien, die Türkei und Großbritannien bei der Beschreibung des HKNM Mandats zu folgenden Absätzen: *„Der Hohe Kommissar beschäftigt sich nicht mit Fragen nationaler Minderheiten in Situationen, in denen es um organisierte terroristische Handlungen geht“*¹⁷¹ und *„Der Hohe Kommissar befasst sich auch nicht mit Verletzungen von KSZE-Verpflichtungen bezüglich einer Einzelperson, die einer nationalen Minderheit angehört“*.¹⁷²

Spanien verwendet nie den Begriff nationale Minderheiten, stattdessen verwendet es den Begriff Förderung pluralistischer und demokratischer Gesellschaften, welche die Menschenrechte in einem Staat, dessen Integrität nie hinterfragt werden müsse, respektieren.¹⁷³ Belgien, Griechenland, Italien und Frankreich unterstützten diese Einstellung, da auch sie den Begriff der nationalen Minderheiten ablehnen.

c) Die europäische Sicherheitscharta

Auf Initiative von Frankreich, Deutschland und der russischen Föderation begannen 1996 die Arbeiten für die europäische Sicherheitscharta und die Plattform für Kooperative Sicherheit. Spanien unterstützte diese Idee. Die Sicherheitscharta und die Plattform wurden auf dem Istanbul Gipfeltreffen 1999 angenommen. Sie bildeten ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert.

¹⁷⁰KSZE Helsinki Dokument. Herausforderung des Wandels. Beschlüsse von Helsinki. Stärkung der KSZE Institutionen und Strukturen. Paragraph 23. Helsinki 1992

¹⁷¹ ebenda. HKNM Mandat. Paragraph 5b

¹⁷² ebenda. HKNM Mandat. Paragraph 5c.

¹⁷³ Rede des spanischen Regierungschefs José Maria Aznar am Gipfeltreffen von Istanbul. Istanbul 1999

Im Kapitel I der Charta wurde als Ziel der Plattform für kooperative Sicherheit festgelegt:

“ ...Zusammenarbeit zwischen OSZE und anderem Internationalen Organisationen und Institutionen zu stärken und auf diese Weise die Ressourcen der internationalen Gemeinschaft besser zu nutzen.“

Die Vereinigten Staaten verhielten sich skeptisch gegenüber der Plattform, da sie Mitglieder der OSZE und der NATO sind, aber im Gegensatz zu der russischen Föderation nicht Mitglieder des Europäischen Rates und sie befürchteten daher, dass die OSZE an Wert in Wahlbeobachtung und Entwicklung von demokratischen Prozessen verlieren könnte. Sie wollten keine hierarchischen Strukturen kreieren, sondern nur regelmäßige Kontakte und Zusammenarbeit der internationalen Organisationen als Reaktion auf konkrete Krisen.

Der spanische Außenminister erwähnte bereits auf dem Berliner Ministerratstreffen (1991) die Notwendigkeit der Kooperation zwischen allen internationalen Organisationen. Zudem wies er auf die Notwendigkeit von Kooperation und Koordination aller internationalen Organisationen in der neuen europäischen Architektur hin. Er betonte, dass man Doppelgleisigkeiten vermeiden und Synergieeffekte erzielen sollte. Jede internationale Organisation sollte aber einen bestimmten Aufgabenbereich haben. Die Kooperation muss Fall zu Fall stattfinden.¹⁷⁴

Auch der spanischen Regierungschef José María Aznar bestätigte in Lissabon 1996 erneut den Bedarf der internationalen Organisationen miteinander zu kooperieren, um europäische Sicherheit effektiv gewährleisten zu können.¹⁷⁵ Im Ministerrat von Oslo (1998) führte der spanische Außenminister Abel Matutes den Kosovo als gutes Beispiel von Kooperation und Koordination der internationalen Organisationen an.¹⁷⁶

¹⁷⁴ Rede des spanischen Außenministers Francisco Fernández Ordóñez im Berliner Ministerrat. Berlin 1991

¹⁷⁵ Rede des spanischen Regierungschefs José María Aznar am Gipfeltreffen von Lissabon. Lissabon 1996

¹⁷⁶ Rede des spanischen Außenministers Abel Matutes im Ministerrat von Oslo. Oslo 1998

Spanien vertrat die Ansicht, dass die Charta die Rolle der OSZE bei der Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung durch die gemeinsamen Normen, Prinzipien und Kompromisse im politischen und militärischen Bereich stärken sollte. Die Rede des spanischen Regierungschefs José María Aznar anlässlich des Gipfeltreffen von Istanbul 1999 betonte den Respekt vor den Menschenrechten, vor der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit und rechtfertigte die Einmischung in innere Angelegenheiten, sollte ein Staat die Prinzipien, Werte und Normen der OSZE nicht erfüllen.¹⁷⁷

Die Herausforderungen wurden im Kapitel I der europäischen Sicherheitscharta erwähnt. Diese waren von transnationalem und transdimensionalem Charakter, denn sie betrafen die Sicherheit und die Stabilität ganz Europas und alle drei OSZE Dimensionen. Unter den gemeinsamen Herausforderungen wurden erwähnt: Konflikte zwischen Staaten und Konflikte innerhalb von Staaten, die Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, internationaler Terrorismus, gewalttätiger Extremismus, organisiertes Verbrechen und Drogenhandel, akute wirtschaftliche Probleme, Schädigung der Umwelt und Korruption.¹⁷⁸

Das Terrorismus wurde als eine Gefahr für die Sicherheit identifiziert und verurteilt *“Terrorismus ist, was immer seine Beweggründe sein mögen, in allen seinen Formen und Äußerungen unannehmbar und es sei zu verhindern, dass (...) terroristische Handlungen vorbereitet und finanziert werden oder Terroristen Zuflucht gewährt wird.”*¹⁷⁹ Als Reaktion auf die Attentate in New York im September 2001 setzte die OSZE weitere Schritte in der Verhütung und in der Bekämpfung des globalen Terrorismus.

Besonders für Spanien, Großbritannien, die russische Föderation, die Türkei und die zentralasiatischen Staaten stellte der Terrorismus eine Herausforderung dar und daher drängten diese Staaten darauf, dass sich die OSZE mit dem Thema beschäftigte. Viele

¹⁷⁷ Rede des spanischen Regierungschefs Jose Maria Aznar im Gipfeltreffen von Istanbul. Istanbul 1999

¹⁷⁸ Dokument von Istanbul. Europäische Sicherheitscharta. Kapitel I. Istanbul 1999

¹⁷⁹ ebenda. Paragraph 4. Istanbul 1999

EU Mitglieder und auch die Vereinigten Staaten wollten keine Einbeziehung der OSZE in dieses Thema, denn sie waren der Ansicht, dass es andere spezialisierte Foren gab, das Thema zu behandeln. Außerdem gab es keine Definition von Terrorismus und jedes der oben genannten Länder hatte unterschiedliche Ansätze bzw. Einstellungen im Kampf gegen Terrorismus. Darüber hinaus war Terrorismus 1999 primär ein lokales, nicht jedoch ein globales Phänomen und zudem wurden bestimmte Gruppen von anderen Staaten nicht als Terroristen angesehen.

Der spanischen Regierungschef José María Aznar legte in seiner Rede in Istanbul die Haltung Spaniens im Kampf gegen Terrorismus fest: *“Terrorismus ist die Anwendung von Gewalt als politische Waffe. Wir müssen ihn unter Erhaltung der demokratischen Rechte und Werte bekämpfen.”*¹⁸⁰ Damit legte Spanien seine Einstellung im Kampf gegen Terrorismus bei Achtung der demokratischen Werte und Menschenrechte fest. Aznar wollte sich vor allem von den Taten der vorherigen sozialistischen Regierung von González gegen die ETA distanzieren, wobei offenbar mit Wissen des Innenministeriums in den 80er Jahren Mörder gedungen wurden, um baskische Organisationszentren in Frankreich auszuheben. Zudem ermordete die staatliche Antiterrorereinheit GAL zwischen 1983 und 1987 23 mutmaßliche oder tatsächliche ETA Aktivisten. 10 Jahre später wurden Personen aus den höchsten Rängen des Innenministeriums verhaftet.

Spanien war für eine permanente Struktur der OSZE, um operativ effizienter zu sein. Für eine Organisation, die alle Institutionen und Strukturen unter einem Schirm behält - trotz allem sollte die Organisation weiterhin ein Dialogforum bleiben und das Prinzip des Konsens beibehalten, um nicht die politische Flexibilität zu verlieren.¹⁸¹

¹⁸⁰ Rede des spanischen Regierungschefs José Maria Aznar am Gipfeltreffen von Istanbul. Istanbul 1999

¹⁸¹ ebenda

6.3. Spanische Position und Teilnahme an der OSZE. Dritte Phase im XXI Jahrhundert. Der spanische OSZE Vorsitz im Jahr 2007

Im folgenden Teil wird analysiert: Warum Spanien sich für den Vorsitz anbot und welche Prioritäten Spanien setzte. Dabei muss unterschieden werden, welche Angelegenheiten im Rahmen der OSZE von außergewöhnlicher Bedeutung waren und welche nationalen Interessen Spanien während des Vorsitzes verfolgte.

Der Vorsitz der OSZE ist eine Herausforderung: der vorsitzende Staat trägt die Verantwortung für den reibungslosen Ablauf und die Koordination der Aktivitäten der OSZE, darüber hinaus wird erwartet, dass er die Arbeit der OSZE in Absprache mit allen Teilnehmerstaaten politisch lenkt. Als Vorsitz hat man direkten Zugang zu allen Informationen und ist ein entscheidender Akteur in den politischen Entscheidungen auf allen Ebenen der OSZE Arbeit.

Als der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos gefragt wurde, warum Spanien den OSZE Vorsitz annehmen wollte, antwortete er: *“Spanien als einer der Teilnehmerstaaten der OSZE hat vorher nie diese Verantwortung übernommen, obwohl wir sehr aktiv in die Arbeit der OSZE involviert sind und wir die Werte, Kompromisse und Prinzipien respektieren und im eigenen Land umsetzen. Die Helsinki Schlussakte war inspirierend für Spanien in der 70er Jahren. Es ist eine Anomalie, dass wir nie vorher den Vorsitz hatten. Wir glauben stark an der Effektivität von Multilateralismus, Dialog und Kooperation als Instrumente zur Förderung internationaler Beziehungen.”*¹⁸² An anderer Stelle führte er aus: *“ Wir müssen einen Schritt nach vorne machen, der unsere umfassende Entwicklung und Reife in Außenpolitik zeigen kann. Mit dem OSZE Vorsitz zeigen wir unseren Glauben an effizienten Multilateralismus.”*¹⁸³

¹⁸² OSZE Magazin. Interview with Miguel Ángel Moratinos, the Incoming Chairman-in-Office. December 2006

¹⁸³ El País. Entrevista con Miguel Ángel Moratinos: Un paso adelante en nuestra política exterior. 11. Jänner 2007

Spanien als einer der Top acht Wirtschaftsländer der Welt¹⁸⁴ hatte bis dato eine bescheidene Sichtbarkeit und überschaubares Prestige in der EU, in der OSZE und in der NATO. Außerdem ist Spanien im Rahmen der OSZE der achtgrößte Beitragszahler mit 4,48% nach den Vereinigten Staaten (11%), Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien (9,35%), der russischen Föderation (6,62%) und Kanada (5,45%).¹⁸⁵

Zudem zeigte der Vorsitz sowohl nach innen, als auch nach außen, dass Spanien durch die Förderung von Prinzipien wie Demokratie, good governance und Achtung der Menschenrechte zu Stabilität beitragen konnte. Dies muss im Rahmen der Reorientierung der spanischen Außenpolitik unter der neuen sozialistischen Regierung gesehen werden (14. März 2004), die wieder die Ideen von effizientem Multilateralismus im Gegensatz zum dem Unilateralismus, der in der letzten Phase der Aznar Regierung (2002-04) als Antwort zum 11. September 2001 propagiert wurde, verfolgt.¹⁸⁶

Durch den OSZE Vorsitz waren Spanien drei Dinge möglich:

Erstens, direkte Informationen und Kontakte im Kaukasus und Zentralasien zu etablieren (Gegenden wo Spanien keine Botschaft hatte),¹⁸⁷ sowie Informationen über die innere Lage und die regionale Beziehungen in Zentralasien zu gewinnen. Der Staatssekretär für Außenpolitik Bernardino de León sagte: “durch den OSZE Vorsitz kann Spanien politische Präsenz im Kaukasus und Zentralasien gewinnen, wo Spanien bis jetzt fast keine Präsenz hatte.”¹⁸⁸

Diese Streben nach politischer Präsenz in dieser Weltregion muss letztlich auch als eine Anpassung Spaniens an die Veränderung der geopolitischen Realität durch die Erweiterung der EU und OTAN gesehen werden. Eurasien gewinnt als strategischer

¹⁸⁴ www.fef.es

¹⁸⁵ PC.DEC/705. Beschluss des Ständigen Rates. 24. November 2005

¹⁸⁶ Arenat, Celestion. Consenso y disenso en la política exterior de España. Real Instituto el Cano. Cuadernos de trabajo. Nr.25. Madrid, 2008

¹⁸⁷ Spanien hatte bis zum diesem Datum nur Botschaften in Kiev (1992) und Almaty (1998)

¹⁸⁸ La gaceta de los negocios. Interview an Bernardino León. España busca ganar peso internacional a través de la presidencia OSCE. 1. November 2006

Akteur durch seine Nähe zu Europa und durch seine Energieressourcen an Bedeutung. Durch dieses globale Denken hat Spanien seine traditionellen Prioritäten (Lateinamerika, Europa und Mittelmeer/ Nahost) erweitert und ermöglichte sich eine Rolle von mittlerer Bedeutung zu spielen.

Zweitens ergab sich daraus die Möglichkeit, qualifiziertes spanisches Personal im OSZE Sekretariat und in den Missionen zu etablieren. Im Jahr 2007 betrug das Budget für das spanische Personal im Sekretariat und den Missionen 1,5 Millionen Euro.¹⁸⁹ Dadurch konnte Spanien seine Sichtbarkeit in der OSZE steigern und direkte, privilegierte Informationen in der gesamten OSZE Region errichten. Zwei Spanier konnten wichtige Positionen einnehmen: Carlos Fuentes wurde Leiter der OSZE Mission in Kroatien¹⁹⁰ (2005) und José Luis Herrero Leiter des OSZE Büro im Aserbaidshan (2007). Die Position in Kroatien ist insofern wichtig, denn falls das Büro wie geplant mit Ende 2008 geschlossen werden kann, ist der Name Spanien mit einer Erfolgsgeschichte der OSZE verbunden. Die Position in Aserbaidshan ist für die spanischen Interessen sehr wichtig, weil es keine spanische Botschaft in diesem Land gibt.

Nicht zuletzt war es aufgrund des Vorsitzes möglich, Partnerschaften und enge Kooperationen innerhalb der OSZE mit verschiedenen Teilnehmerstaaten, den Nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten und anderen internationalen Organisationen zu bilden.

Spanien hat sich im September 2004 für den Vorsitz angeboten. Im Ministerrat von Sofia (Dezember 2004) wurde die Kandidatur für den spanischen Vorsitz für 2007 durch Konsens angenommen.¹⁹¹ Spanien hatte Sympathie als EU Mitglied von allem EU Staaten, aber auch von den Teilnehmerstaaten des Kaukasus und Zentralasiens, weil Spanien nie eigene Interessen verfolgte bzw. keine Konflikte in dieser Region hatte. Mit dem neuen Kurs der spanischen Regierung unter Zapatero wurde Spanien von der russischen Föderation als glaubwürdiger, gegenüber den Vereinigten Staaten

¹⁸⁹ webdehogar.com

¹⁹⁰ Seit 1. Jänner 2008 umbenannt auf OSCE Office in Zagreb

¹⁹¹ MC.DEC/8/04. Beschluss des Ministerratstreffens von Sofia. Sofia, 2004

weitgehend unabhängiger Partner gesehen. Alle Teilnehmerstaaten sahen Spanien allgemein als unparteiisch und glaubwürdig.

Spanien bereitete den OSZE Vorsitz seit 2004 vor und involvierte sich aktiv in die Arbeiten der OSZE. Im Gegensatz dazu beschränkte sich Spanien innerhalb der OSZE Arbeiten in der Zeit von 1999 bis 2004 primär auf die Bekämpfung des Terrorismus.

Als Spanien den OSZE Vorsitz 2007 übernahm, befand sich die OSZE in der Mitte eines Prozesses der Redefinierung (Ziele, Mittel und Kooperation), Reform und Blockade aufgrund des Mangels an politischem Willen sowie unterschiedlicher Interessen der Teilnehmerstaaten in verschiedenen Themen, vor allem in Bezug auf Menschenrechte, demokratische Prinzipien und Wahlbeobachtung, Konsens zu finden.¹⁹² Dies reflektierte sich in Nullwachstum des OSZE Budgets, in der Substanz der Entscheidungen und dem mangelnden Fokus und vor allem in der Tatsache, dass seit 2003 keine gemeinsame politische Deklaration in den Ministerrattreffen beschlossen wurde und kein Gipfeltreffen seit 1999 stattgefunden hat. Der belgische Außenminister Karel de Gucht stellte fest: „ *die OSZE ist eine Föderation von Staaten, die mit ihren Entscheidungen das Schicksal der OSZE bestimmen.*“¹⁹³

Die spanischen Richtlinien in diesem Kontext waren: „Prioritäten, Ausdauer/Beharrlichkeit und Geduld.“¹⁹⁴ In Bezug auf Förderung der Demokratie wurde Moratinos in seiner Rede vor dem Ständigen Rat sehr vorsichtig bei der Erwähnung „ *die Übergangsphase zu Demokratie ist in vielen Teilnehmerstaaten nicht so gut. Aber kein Wunder, Demokratie kann nicht nur von innen kommen und taucht nicht von einem Tag auf den anderen auf. Demokratie braucht Zeit, Ausdauer und Geduld, sowie einen günstigen internationalen Kontext, die OSZE muss diese Prozesse begleiten und muss die friedliche Entwicklung dieser sichern.*“¹⁹⁵

¹⁹² Pal Dunay: The OSCE in crisis. In: Instituto de la UE para estudios de seguridad. Document Chaillot Nr. 88. Abril 2006, S.78

¹⁹³El País. Interview an Karl de Gucht in den Ministerrattreffen von Brüssels. Brüssels, 2006

¹⁹⁴ Rede des spanischen Außenministers Miguel Ángel Moratinos in der Eröffnung des spanischen OSZE Vorsitzes. Wien, 11. Jänner 2007

¹⁹⁵Rede des spanischen Außenministers Miguel Ángel Moratinos am Ministerrattreffen Brüssel. Brüssel, Dezember 2006

Spanien wollte Ownership aller Teilnehmerstaaten an der OSZE zu erreichen, Dialog und Transparenz auf allen Ebenen - mit dem Ziel Fortschritte in der Arbeit der OSZE zu ermöglichen.¹⁹⁶ Spanien bot sich wieder als Vermittler an, dieses Mal aber als zentraler Akteur um diese Ziele zu erreichen.

Der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos präsentierte vor dem Ständigen Rat am 11. Jänner 2007 die Prioritäten Spaniens,¹⁹⁷ die er als wichtige Herausforderungen der internationalen Agenda bezeichnete. Diese waren von nationalem Interesse geprägt:

- In politisch-militärischer Dimension: die Bekämpfung des Terrorismus unter besonderer Berücksichtigung der Solidarität mit den Opfern des Terrorismus.
- In wirtschaftlicher und ökologischer Dimension: Sensibilisierung für den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Umwelt aufgrund der Herausforderungen durch Klimawandel, Bodendegradierung und problematische Wasserwirtschaft.
- In menschlicher Dimension: Förderung der Vielfalt und Teilnahme in pluralistischen Gesellschaften durch Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung mit dem Ziel Rechtsstaatlichkeit zu garantieren.

Moratinos betonte, dass die OSZE einen Beitrag zur Allianz der Zivilisationen leisten und auch in diesem Kontext stark gegen Islamophobie kämpfen sollte. Eine weitere Priorität war die Verstärkung der Kooperation mit den Nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten und asiatischen Staaten, mit dem Ziel, dass sie sich mehr in die OSZE Arbeiten involvieren konnten. Sie wurden als Kooperationspartner bezeichnet. Er setzte sich für die Möglichkeit, in der Zukunft neue Nichtteilnehmerstaaten in die OSZE einzuladen, ein.

¹⁹⁶ OSZE Magazin. Gespräch mit dem spanischen Botschafter Carlos Sánchez de Boado. März 2007

¹⁹⁷ Rede des spanischen Außenministers Miguel Ángel Moratinos in der Eröffnung des spanischen OSZE Vorsitzes. Wien, 11. Jänner 2007

Diese Prioritäten wurden 2007 durch alle Teilnehmerstaaten ausgearbeitet, mit dem Ziel in dem Ministerrat von Madrid (29. und 30. November 2007) Beschlüsse in dieser Richtung zu treffen. Trotz allem wurden wenige Fortschritte gemacht - die Gründe sind folgende:

- In Bezug auf die Bekämpfung des Terrorismus. Es wurden drei Events auf die Initiative Spaniens organisiert: ein Workshop zur Verstärkung der rechtlichen Zusammenarbeit in Strafsachen zur Terrorismus Bekämpfung, eine politische Konferenz über öffentlich-private Partnerschaft zur Bekämpfung des Terrorismus und eine High Level Konferenz zum Thema Solidarität mit Terrorismusopfern.¹⁹⁸ Darüber hinaus wurde auch an der Position der OSZE und ihrem Beitrag zur Unterstützung der weltweiten Strategie der VN zur Bekämpfung des Terrorismus gearbeitet (es gab eine enge Zusammenarbeit mit dem Komitee, denn der Präsident des VN Komitees gegen Terrorismus ist der Spanier Javier Rupérez). In Madrid wurden Entscheidungen in Bezug auf alle diese Themen außer bezüglich der Solidarität mit den Terrorismusopfern getroffen.

Spanien hatte starkes Interesse an der High Level Konferenz - der Ständige Rat fasst 2004 nach spanischer Initiative einen Beschluss in Bezug auf die Solidarität mit Terrorismusopfern.¹⁹⁹ Es sollten die verschiedenen nationalen Gesetzgebungen mit dem Ziel, „best-practice“ Vorgehen zu identifizieren, analysiert werden. Spanien wollte erstens die Errichtung eines internationalen Fonds für die Opfer.²⁰⁰ Zweitens wollte Spanien deutlich die Solidarität der Regierung mit den Opfern der ETA zeigen. Die Opposition kritisierte die spanische Regierung wegen der Verhandlungen 2006 und 2007 mit ETA stark. Die Opposition vertat die Ansicht, dass mit den Terroristen aus Respekt gegenüber den Opfern solange nicht verhandelt werden darf, bis sie zum Waffenstillstand bereit sind.

Die High Level Konferenz sollte eine wichtige Plattform für die enge Zusammenarbeit mit den NRO sein, die eine wichtige Rolle bei der Sensibilisierung der Bevölkerung

¹⁹⁸ PC.DEC/756. Beschluss des Ständigen Rates. Wien, 5. Dezember 2006

¹⁹⁹ PC.DEC/618. Beschluss des Ständigen Rates. Wien, 1. Juli 2004

²⁰⁰ Rede des spanischen Regierungschefs Zapatero bei der Klausur der International Konferenz über Demokratie, Terrorismus und Sicherheit. Madrid, 10. März 2005

spielen sollten.²⁰¹ Leider scheiterte die Konferenz an der Nicht-Autorisierung der Teilnahme der Gesellschaft der russisch-tschetschenischen Freundschaft. Spanien als Vorsitz verweigerte die Teilnahme dieser NRO auf Bitte der russischen Föderation. Dies stellte einen Verstoß gegen die Meinungsfreiheit dar und wurde seitens der Vereinigten Staaten und verschiedener Mitglieder der EU, sowie aller anwesenden NRO stark kritisiert.²⁰² Wegen dieser Problematik wurde in Madrid kein eigener Beschluss in Bezug auf Solidarität mit Terrorismusopfern verabschiedet. Außerdem blieb der Begriff Terrorismusopfer auch vage: Sollte man auch die Soldaten, die im Irak gestorben sind als Opfer betrachten?

- Das Thema Bodendegradierung und Wasserwirtschaft und ihr Zusammenhang mit dem Klimawandel hatte jedenfalls Priorität in der internationalen Agenda.²⁰³ Da das Thema auch die Nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten betrifft, konnten diese Staaten auch aktiv in die OSZE Arbeit involviert werden. Zudem besteht ein starker thematischer Zusammenhang mit der Expo-Zaragoza 2008, wo ebenfalls Wasserressourcen und Wasserwirtschaft analysiert werden. Ziel Spaniens war die Verabschiedung eines Aktionsplans die Bedrohungen und Chancen auf dem Gebiet der Umwelt und Sicherheit betreffend. Allerdings wurde kein Konsens darüber erzielt, denn jene Teilnehmerstaaten, die das Kioto Protokoll nicht ratifiziert haben, wollten keine Debatte über den Klimawandel. Viele andere Teilnehmerstaaten waren der Meinung, dass die OSZE in dieser Dimension der internationalen Bühne nicht effektiv agieren kann. Deshalb wurde nur eine Erklärung zu Umwelt und Sicherheit angenommen (es geht um die Sensibilisierung der Verbindung zwischen Sicherheit und Umwelt und die Identifizierung des Klimawandels als eine langfristige Herausforderung, die mit Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit verbunden ist)²⁰⁴ und ein Beschluss über Wasserwirtschaft getroffen.²⁰⁵ Der Beschluss sieht vor, dass die OSZE als Dialogforum agiert und die Teilnehmerstaaten bei der Ratifizierung der internationalen legalen Instrumente in Bezug auf Wasserwirtschaft unterstützt.

²⁰¹ Rede des Sonderbeauftragten des Vorsitzenden in der Eröffnung des "High Level Meeting on victims of terrorism". Wien, 13. September 2007

²⁰² www.amnesty.org

²⁰³ Rede des spanischen Außenministers in der Eröffnung der zweiten Vorbereitungskonferenz für das 15. wirtschaftliche und ökonomische Forum. Zaragoza, 12. März 2007

²⁰⁴ MC.DOC/4/07. Dokument des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

²⁰⁵ MC.DEC/7/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

- In Bezug auf die Förderung der Vielfalt und Teilnahme an pluralistischen Gesellschaften durch Bekämpfung der Intoleranz und Diskriminierung, mit dem Ziel Rechtsstaatlichkeit zu schaffen. Spanien vermied es, den Begriff nationale Minderheiten anzuwenden und verwendete stattdessen den Begriff Teilnahme an pluralistischen Gesellschaften. Aufgrund der unterschiedlichen Positionen der Teilnehmerstaaten konnten nicht so viele Fortschritte erzielt werden. Es war ein weiterer Beweis für die Krise der menschlichen Dimension der OSZE und des Mangels an politischem Willen seitens bestimmter Teilnehmerstaaten. In der menschlichen Dimension wurden nur drei Beschlüsse getroffen: Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung von Arbeitskräften,²⁰⁶ Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet²⁰⁷ und Toleranz und Nichtdiskriminierung zur Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander.²⁰⁸

- Nach Initiative Spaniens, Griechenlands, Maltas und Italiens wurde eine Erklärung in Madrid in Bezug auf die Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern verfasst. Es wurden die Bemühungen der Kooperationspartner zur Förderung der Normen, Grundsätze und Verpflichtungen der OSZE in ihren Regionen unterstützt und es wird ein Partnerschaftsfonds errichtet, um das Engagement der Kooperationspartner zu erleichtern. Sie sind zu Wahlbeobachtungs-Missionen eingeladen und die Parlamentarische Versammlung der OSZE wird alljährlich ein parlamentarisches Forum zum Mittelmeerraum abhalten.²⁰⁹

Außerdem musste sich Spanien mit diesen weiteren Themen im Laufe von 2007 auseinandersetzen:

- Völkerrechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit und die Vorrechte und Immunitäten der OSZE. Alle Teilnehmerstaaten waren für Verfassung einer Konvention, dass die OSZE ihre Arbeit als vollständige Organisation durchführen kann. Die russische Föderation wollte diese Konvention jedoch mit einer Charta verbinden. Das wurde nicht akzeptiert, denn eine Charta bedeutete die erneute Verhandlung der angenommenen

²⁰⁶ MC.DEC/8/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

²⁰⁷ MC.DEC/9/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

²⁰⁸ MC.DEC/10/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

²⁰⁹ MC.DOC/1/07. Dokument des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

Prinzipien und den Verlust der politischen OSZE Flexibilität. Daher wurde in Madrid kein Beschluss getroffen.

- Die Bewerbung Kasachstans für den OSZE Vorsitz 2009. Es war eine politische Entscheidung: Großbritannien und die Vereinigten Staaten vertraten die Meinung, dass Kasachstan den Vorsitz nicht einnehmen kann, denn Kasachstan verkörpert nicht die Prinzipien und Kompromisse der OSZE, außerdem gibt es eine Mission im Land und vor allem wäre Kasachstan das erste GUS Land, das den Vorsitz hat. Die anderen Teilnehmerstaaten sahen das different: aufgrund des Prinzips der Gleichberechtigung aller Staaten könne jeder Staat den Vorsitz bekleiden. Letztendlich wurde beschlossen, dass Kasachstan den OSZE Vorsitz für 2010 einnimmt und inzwischen die notwendigen Reformen im Land umsetzt. Griechenland bekam den Vorsitz für 2009 und Litauen für 2011.²¹⁰

- Eine Beschwerde der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) betreffend die Notwendigkeit der Verbesserung der Wahlbeobachtungsmethodologie des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIM). Die GUS Staaten waren der Meinung, dass das Verfahren des BDIM parteiisch, politisiert und nicht transparent ist. Sie wollten mehr Gleichgewicht zwischen West-Ost in den Wahlbeobachtungsaktivitäten sehen und dass der Ständige Rat für die politische Deklaration über die Rechtmäßigkeit von Wahlen zuständig ist. Die anderen Teilnehmerstaaten wollten nicht, dass das BDIM die Autonomie verliert und unterstützten die Aktivitäten des Büros.

- Die russische Föderation lud das BDIM zwar zu den Wahlen zur Duma ein, erlaubte allerdings nur die Teilnahme von 50 Wahlbeobachtern, daher entschied sich das BDIM zur Nichtteilnahme an den Wahlen. Es war das erste Mal, dass ein Teilnehmerstaat Restriktionen dieser Art machte.

- Die eingefrorenen Konflikte in Moldawien, Georgien und Berg-Karabach. Auch in diesem Punkt wurde wenig Fortschritt erzielt. Es wurde in Madrid nur eine Ministererklärung in Bezug auf Berg-Karabach getroffen. In dieser wurde lediglich

²¹⁰ MC.DEC/11/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

erwähnt, dass die laufenden Verhandlungen über die Beilegung des Berg-Karabach Konflikts 2008 fortgesetzt werden.²¹¹

- Engagement der OSZE für Afghanistan.²¹² Auf Initiative der Vereinigten Staaten, wurde folgender Beschluss getroffen: die OSZE sollte 2008 analysieren, wie sie Afghanistan Hilfestellung in den Bereichen Grenzsicherung, Polizeiausbildung und Bekämpfung des Drogenhandels leisten kann.

Zusätzlich war das Klima 2007 aufgrund folgender externer Faktoren angespannt:

- Aussetzung der Anwendung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (SKE) und der damit verbundenen Verpflichtungen seitens der russischen Föderation. Die russische Föderation argumentierte, dass der SKE Vertrag schon lange nicht mehr die aktuelle europäische Realität und die russischen Sicherheitsinteressen reflektiert. Die Haltung der russischen Föderation ist eine Reaktion auf die amerikanischen Raketenabwehrsysteme in der Tschechische Republik und Polen, sowie darauf, dass die baltischen Staaten und Slowenien den Vertrag bislang nicht unterschrieben haben.

- Sorgen in Bezug auf den finalen Status des Kosovos und wie dieser Status die Aktivitäten der OSZE Mission im Kosovo beeinflussen würde. Alle Teilnehmerstaaten unterstützten die Aktivitäten der Mission und ihre Bemühungen, eine Multiethnische Gesellschaft zu schaffen. Aber es gab verschiedene Einstellungen in Bezug auf die Unabhängigkeit des Kosovos.

²¹¹ MC.DOC/2/07. Dokument des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

²¹² MC.DEC/4/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

VII. Schlussfolgerungen

7.1. Ausblicke zur Rolle Spaniens in der KSZE/OSZE. Verifizierung/Falsifizierung der Arbeitshypothesen

In der vorliegenden Arbeit wird die Rolle Spaniens im Rahmen der KSZE/OSZE durch seine Initiativen und Stellungnahmen diachronisch von 1975 bis 2007 dargestellt. Es werden drei Phasen unterschieden, die analog mit den KSZE/OSZE Folgetreffen und Gipfeltreffen verlaufen: Die erste Periode umfasst das Ende der 70er Jahre bis zum Ende der 80er Jahre – Entstehung der KSZE (Helsinki Schlussakte), die Folgetreffen von Belgrad (1977), Madrid (1980-83) und Wien (1984-86); die zweite Periode bezieht sich auf die 90er Jahre – die Gipfeltreffen von Paris (1990), Helsinki (1992), Budapest (1994), Lissabon (1996) und Istanbul (1999); die dritte Phase bezieht sich auf das 21. Jahrhundert mittels des spanischen OSZE Vorsitzes im 2007.

Dabei wird die Rolle Spaniens in Europa durch die spanische Außenpolitik und durch die innere Entwicklung Spaniens seit der Franco Diktatur bis heute, sowie die Entwicklung der KSZE/OSZE berücksichtigt, denn diese Entwicklungen sind wichtige Aspekt, um die Teilnahme und das Agieren Spaniens im Rahmen der KSZE/OSZE besser zu verstehen.

Die innenpolitische Situation Spaniens ist ein Einflussfaktor für das Verhalten in den internationalen Beziehungen in den 70er Jahren. Als die Helsinki Schlussakte 1975 von den Teilnehmerstaaten angenommen wurde, endete in Spanien eine 40 Jahre dauernde Diktatur und Spanien öffnet sich in Richtung Demokratie mit der Zulassung verschiedener Parteien, der Ausarbeitung der neuen Verfassung und mit der Vorbereitung die ersten demokratischen Wahlen. Spanien konnte sich Ende der 70er im Rahmen der KSZE eine pro-westliche Einstellung bei der Förderung der Freiheiten und Menschenrechte erlauben, aber die Konsolidierung der Demokratie war ein langer Prozess, der bis 1982 dauerte. Spanien wird in den 70ern von den Normen und Prinzipien der KSZE beeinflusst, diese Einflüsse zeigen sich deutlich in der spanischen

Verfassung. Spanien bot auch Madrid am Belgrader Treffen als Ort für die nächste KSZE Konferenz an. Diese Initiative Spaniens bedeutet nicht nur eine Öffnung nach Außen und den Versuch sich als junge Demokratie zu profilieren, sondern zeigt auch den starken Willen aktive und konstruktive Präsenz zu zeigen und das starke Vertrauen in den KSZE Prozess.

Spanien wurde erstens wegen seiner geographischen Zugehörigkeit zu Europa und zweitens wegen seiner wichtigen strategischen Lage für die Herausbildung einer europäischen Sicherheit zu der Konferenz eingeladen. Aber die Einladung Spaniens zu Teilnahme an der KSZE (1969) bedeutet auch eine Aufbrechen der spanischen Isolation und vor allem den ersten Schritt Spaniens zum europäischen Integrationsprozess; bis zu diesem Zeitpunkt hatte Spanien keine Präsenz in den drei wesentlichsten europäischen politischen (Europarat), militärischen (NATO) und ökonomischen (EG) Foren. Die KSZE bietet Spanien eine wichtige und vor allem die erste Mitgestaltungsmöglichkeit auf europäischer und internationaler Ebene und ermöglicht die Reorientierung seiner Politik in Richtung Europa. Die Einladung, die am Ende der Franco Diktatur erfolgte und die aktive Teilnahme an der Konferenz half Spanien sich rasch in Richtung Demokratie zu positionieren. Durch diese Haltung und seine aktive Rolle in der KSZE hat Spanien seine Position auf internationaler Ebene entwickelt und konsolidiert. Spanien nützt in dieser Phase die KSZE auch als Forum um Kontakte mit anderen Teilnehmerstaaten zu etablieren, de facto dank der KSZE wurde die Etablierung diplomatischer Beziehungen mit den Oststaaten beschleunigt (1977).

Gleichzeitig agierte die KSZE als Katalysator für die Integration Spaniens in die europäischen und euroatlantischen Strukturen. Spanien strebte den Beitritt zur EG an, die EG als Symbol für Modernität, Fortschritt und Demokratie wurde von Spanien als Lösung für die inneren ökonomischen Probleme des Landes angesehen. Die KSZE vermittelte Spanien die europäische Perspektive von Normen und Prinzipien. Im Gegensatz dazu kam es in der Frage zum Beitritt zur NATO zur Spaltung der politischen Parteien. Dies kann wie folgt begründet werden: starker Antiamerikanismus der Gesellschaft, die die NATO als eine amerikanische Organisation sieht. Die

militärischen Verträge zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien wurden als eine Art der Anerkennung des Franco Regimes und die amerikanischen Militärbasen in Spanien als Bedrohung empfunden. Außerdem, wurde ein Beitritt als klare Positionierung in dem West-Ost Konflikt gesehen. Die KSZE gab Spanien die atlantische Perspektive, da sich Spanien durch die KSZE mit Themen von politisch-militärischem Charakter außerhalb seiner Grenzen beschäftigen musste.

Die These, dass die Teilnahme an der KSZE/OSZE bei dem Beitritt zu den europäischen und euroatlantischen Strukturen hilft, gewinnt in den 90 Jahren bei der Auflösung der UdSSR und des Warschauer Pakts an Bedeutung. Die baltischen Staaten, die balkanischen Staaten und sogar die Nachbarländer der heutigen EU (Moldawien, Ukraine, Georgien, Aserbaidschan und Armenien) sehen die OSZE als eine Struktur, die sie in ihren politischen Übergangsphasen unterstützt und dadurch die Integration in die europäischen und euroatlantischen Strukturen beschleunigt.

Dadurch kann die erste Hypothese verifiziert werden: wenn Spanien nicht zur KSZE eingeladen worden wäre und die demokratischen Institutionen nicht funktionierten, dann hätte Spanien keine Rolle in der internationalen Arena spielen können, wäre weiter außerhalb des europäischen Integrationsprozesses geblieben und sein Beitritt zu den europäischen und transatlantischen Organisationen hätte sich stark verzögert.

Die zweite Hypothese lautet: wenn Spanien von Anfang an einem der beiden Blöcke angehört hätte, dann hätte es weder als Vermittler agieren, noch eine aktive Rolle bei der Entstehung der KSZE spielen können. Diese Hypothese kann wie folgt verifiziert werden.

Dank der Charakteristika der KSZE, die Gleichheit der Staaten und die Konsens Regel, kann Spanien auf internationaler Ebene mitgestalten. Die Stimme Spaniens ist

gleichwertig wie die Stimme anderer Teilnehmerstaaten. Zudem ermöglichte Spanien sein neutraler Status und seiner Nichtgehörigkeit zu den Blöcken, eine aktive Rolle in der KSZE in den 70er Jahren bis Mitte der 80er Jahren als Vermittler zwischen West und Ost zu spielen. Denn die behandelten Themen - die territorialen und menschlichen Folgen der Kriege und die West-Ost Polarisierung - betrafen Spanien nicht. Spanien konnte konstruktiv und aktiv agieren um Konsens zu erreichen. Die KSZE bietet Spanien eine Gelegenheit eine bedeutende Rolle im internationalen Geschehen zu spielen. Alle Teilnehmerstaaten sahen Spanien seit damals und bis heute ohne Misstrauen und sogar mit Sympathie. Spanien präsentierte sich wieder als Vermittler während des spanischen OSZE Vorsitzes 2007, um Konsens zwischen den verschiedenen Stellungnahmen der Teilnehmerstaaten zu den OSZE Themen zu erreichen. Spanien erweist sich als ein unparteiischer und glaubwürdiger Partner.

Die Integration in die EU (1986) und die NATO (1982) hat die aktive Rolle Spaniens in der KSZE beschränkt, in dem Sinne dass Spanien nicht mehr als Vermittler oder Blockfreier zwischen Ost und West agieren konnte. Sie war ein westlicher Staat und sollte sich an die Richtlinien der beiden Organisationen anpassen und dadurch wurden seine Eigeninitiativen und seine Vermittlerrolle stark eingeschränkt. Die Integration in die EU und in die NATO brachte für Spanien allerdings auch Vorteile: es wurden für Spanien zwei Möglichkeiten zur Vertretung spanischer Interessen geschaffen in einer Zeit, wo seine innere politische Lage normalisiert war und Spanien es sich erlauben konnte, seine eigene Agenda in den internationalen Organisationen durchzusetzen.

Die dritte Hypothese lautet: wenn Spanien die Fähigkeit gehabt hätte, sein nationales Interesse effizient durchzusetzen und keine Angst vor der Aufarbeitung der Franco Diktatur gehabt hätte, dann hätte es im Lauf der Jahre eine aktivere Rolle in der KSZE/OSZE spielen können. Diese Hypothese kann wie folgt teilweise falsifiziert werden.

Spanien unterzog sich nie einer tiefen Aufarbeitung der Franco Diktatur. Es ist nicht so, dass von einem Tag auf den anderen alles vergessen wurde, aber nach dem Tod Francos

gab es starke Bestrebungen die 40 Jahre Diktatur rasch zu schließen. Spanien schaute nur in die Zukunft, daher wurden in der Ausarbeitung der Verfassung die Probleme Spaniens nicht wirklich gelöst sondern gewissermaßen durch die „unauflösliche Einheit Spaniens“, das „Recht auf Autonomie der Nationalitäten und Regionen“ und die Nicht-Erwähnung der Begriffe Minderheiten oder nationale Minderheiten nur bedeckt. Diese „Melange“ hat über die Jahre zu Unzufriedenheit in den Regionen Katalonien und Baskenland geführt, die mehr Anerkennung und Erweiterung ihre Kompetenzen und letztendlich Unabhängigkeit anstrebten. Dies hat als Folge Spannungen in Spanien herbeigeführt. In diesem Kontext kann man verstehen, dass die Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien 1991, die Entstehung neuer Staaten durch die Auflösung der UdSSR und die Unabhängigkeit des Kosovo einen Destabilisierungsfaktor für Spanien darstellt. Spanien hatte die Befürchtung, dass diese Fakten Auswirkungen auf die innere politische Entwicklung haben könnte und die Ereignisse in den Balkanstaaten einen Domino-Effekt in Spanien auslösen könnten.

Deswegen hat Spanien einerseits immer das Prinzip der territorialen Integrität vor dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker betont. Andererseits hat Spanien immer Angst gehabt auf der internationalen Arena das Modell von Autonomie zu vertreten. So ist es zu verstehen, dass Spanien in den Balkanstaaten seine Tätigkeit auf Unterstützung der Bildung von Demokratie und militärische Präsenz von humanitärem und friedenserhaltendem Charakter beschränkt hat.

Als Spanien den OSZE Vorsitz angenommen hat (2007), zählte die Förderung pluralistischer Gesellschaften zu den Prioritäten Spaniens. Das muss im Kontext der rigorosen Respektierung der territorialen Integrität gesehen werden.

In Bezug darauf, ob Spanien auf effektive Weise seine nationalen Interessen im Rahmen der KSZE/OSZE effizient durchgesetzt hat, muss auf Folgendes hingewiesen werden: Die traditionellen Säulen der spanischen Außenpolitik, die von nationalem Interesse geprägt ist, sind die Regionen Mittelmeer, Lateinamerika und Europa. Als Folge der spanischen Wahrnehmung der Veränderung der geopolitischen Realitäten durch die

Erweiterung der EU und OTAN werden die Prioritäten der spanischen Außenpolitik erweitern. Spanien erkennt die Wichtigkeit der Region Eurasien als strategischer Akteur durch seine Nähe zu Europa und durch seine Energieressourcen. Dieses spanische globale Denken, der Blick nach Eurasien und der Glaube an Multilateralismus im Gegensatz zum 1999-2004 stellt einen entscheidenden Faktor dar, den OSZE Vorsitz anzubieten.

Im Rahmen der KSZE/OSZE Agenda ist Spanien immer mit den selben Themen, die von nationalem Interesse geprägt sind, aktiv: Mittelmeer, Terrorismus und alle Themen bezüglich der menschlichen Dimension der KSZE/OSZE.

Spanien sieht die Stabilität im Mittelmeer als entscheidenden Faktor für Sicherheit in Europa. Das erklärt sich daraus, dass sich Spanien nicht wegen des West-Ost Konflikts bedroht gefühlt hat, sehr wohl aber durch die Instabilität und deren möglicher Auswirkung auf Spanien verunsichert gefühlt hat. Es war immer der Wunsch Spaniens, dass sich die OSZE aktiver mit diesem Thema auseinandersetzen sollte. Spanien hat daher als Vertreter des Südens positioniert und immer die Intensivierung des Dialogs mit den KSZE Nichtteilnehmender Staaten gefordert. 1990 hat Spanien gemeinsam mit Italien die Initiative ergriffen, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit für das Mittelmeer einzuberufen. Als Spanien erkannte, dass dieses Thema im Rahmen der KSZE nicht weiter entwickelt wurde, versuchte Spanien diese Idee im Rahmen der EU zu kanalisieren, so wurde der „Barcelona Prozess“ ins Leben gerufen.

Spanien hat immer alle KSZE/OSZE Initiativen bezüglich des Themas Terrorismus gefördert. Dank der KSZE konnte Spanien mit Frankreich auf internationaler Ebene in den 80er Jahren an diesem Thema arbeiten. Dies ermöglichte die Forderung bilateraler Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Terrorismus. Nach den Attentaten von New York im Jahr 2001 beschäftigt sich die OSZE stark mit der Bekämpfung und Verhütung des Terrorismus und der Terrorismus wird durch die starke Position der Vereinigten Staaten und die russische Föderation als ein globales Phänomen gesehen. Spanien nutzt diese Gelegenheit und versucht, allerdings ohne Erfolg, dass die sich die OSZE mit den

Opfern des Terrorismus beschäftigt

In Bezug auf die Themen der menschlichen Dimension hat Spanien immer Demokratie als Garant für Menschenrechte, Grundfreiheiten, Förderung von politischem Pluralismus und freien Wahlen gefördert, sowie alle Institutionen der KSZE/OSZE, die in diesem Bereich tätig sind, unterstützt. Mit dieser Position unterstrich Spanien, dass es ein demokratisches Land ist.

Die letzte Hypothese - die Mitgliedschaft in anderen Organisationen hätte vermutlich eine aktivere Rolle in der KSZE bewirkt - muss jedenfalls auch falsifiziert werden.

Wenige Jahre nach der Integration Spaniens in die europäischen und euroatlantischen Strukturen, kommt es zum Ende der Ost-West Polarisierung. Neben den alten Problemen der Koexistenz zwischen den Staaten, schuf das Ende des alten Blocksystems neue Probleme innerhalb der neuen Staaten (Bildung der Demokratie, Schutz der Minderheiten) und brachte neue Herausforderungen, die transnationalen und transdimensionalen Charakter haben (Terrorismus, Menschenhandel, Organisiertes Verbrechen, Migration, Umweltprobleme). Diese Herausforderungen bieten Chancen für Kooperation zwischen Staaten, ermöglichen die Durchsetzung von nationalen Interessen und bilden den Rahmen Bündnispartner zu finden. Diese Herausforderungen sind länderübergreifend und schaffen neuen Abhängigkeiten zwischen den Staaten. In diesem neuen Kontext stellen die Normen und Prinzipien einen Garant für effektiven Multilateralismus dar. Die Rolle der internationalen Organisationen gewinnt an Bedeutung, schafft aber gleichzeitig die Notwendigkeit dass sich alle Organisationen redefinieren, neue Aufgabenfelder finden und Kapazitäten entwickeln müssen, mit dem Ziel effizient zu sein und letztendlich „de raison de etre“ zu finden.

Die Rolle der OSZE in der aktuellen gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur ist nicht mehr so relevant wie während des West-Ost Konflikts. Sie ist keine militärische oder

wirtschaftliche Organisation, deswegen hat sie durch die Jahre ein umfassendes und kooperatives Sicherheitskonzept basierend auf Normen, Prinzipien und Kompromissen entwickelt und sich als ein wichtiges Instrument für Konfliktverhütung, Konfliktmanagement und Konfliktnachsorge durch seine Missionen und Institutionen erwiesen. Die Erweiterung der NATO und der EU geht voran und schafft den institutionellen Rahmen für die gesamteuropäische Sicherheit. Die Erweiterung wird sich entscheidend auf die Gestaltung des zukünftigen regionalen Netzwerkes der Organisationen im euroatlantischen Gebiet auswirken.

Die OSZE ermöglicht durch die Gleichheit der Staaten, dass jeder Staat Themen seines Interesses in die Agenda der Organisation bringen kann. Das gleiche passiert in den anderen internationalen Organisationen, und damit kann bestätigt werden, dass die internationalen Organisationen Plattformen sind, mittels derer die Staaten ihre Interessen durchsetzen, die immer von auch nationalem Interesse geprägt sind. Staaten sind die Akteure der Beziehungen auf internationaler Ebene, und durch ihren Interessen bestimmen sie die Entscheidungen und die Entwicklung/nicht Entwicklung der Internationalen Organisationen.

BIBLIOGRAPHIE**LITERATUR**

Aldecoa, Francisco. España y la OTAN. Tecnos. Madrid 1989

Alonso, Antonio. España en el Mercado Común. Del acuerdo de los 70 a la Comunidad de doce. Espasa-Calpe. Madrid 1985

Anés, Gonzalo. España y la 2 Guerra Mundial. In: Política Exterior. Vol.9. Nr.44. Marzo 1995

Arenat, Celestion. Consenso y disenso en la política exterior de España. Real Instituto el Cano. Cuadernos de trabajo. Nr.25. Madrid, 2008

Barbé, Esther. Hacia una política exterior y de seguridad común. Anuario Internacional CIDOB. Barcelona 1991

Barbe, Esther. El mediterráneo como espacio de cooperación y seguridad. Papers 46. Barcelona 1995

Barbe, Esther. La política española de seguridad en la nueva Europa dimensión mediterranea y instrumentos europeos. CIDOB. Barcelona 1990

Barbé, Esther. La política europea de España. Ariel. Barcelona 1999

Cadalluch, Rafael. La Contribución de la CSCE a la Seguridad Colectiva Europea. I.S.S.N.. Madrid 1986

Carillo, Santiago. Hacia el post-franquismo. Libraire du Globe. Paris 1974

Cortarelo, Ramón. Transición política y consolidación democrática. España (1975-1986). CIS. Madrid 1992

De Salas, Fernando: España y la defensa occidental, problemas militares y estratégicos (1945-1975). Prosepina. Madrid 1989

Enciclopedia Catalana. Salvat. Barcelona 1979. Vol.6

Espadas Manuel. Franquismo y política exterior. Rialp. Madrid 1988

Estrella, Rafael. La importancia del Mediterráneo para la Seguridad Mundial. Papeles. Madrid 1989

- Mujal-León, Eusebio. The PCP and the Portuguese Revolution. In: Problems of Communism. Nr.26. Washington 1977, S.21-41
- Fraga, Manuel. La seguridad de Europa. In: Política Exterior. Vol.7. Madrid 1987
- Fuentes, Jorge. La línea de distensión. Huertas. Madrid 1980
- Fuentes, Jorge. La Política Exterior de España. Ruan. Madrid 1987
- Ghebali, Victor-Yves. La politique méditerranéenne de Malta à la CSCE. Instituts Hautes Internationales (Hrsg.) Les îles et la sécurité en Méditerranée. Paris 1991
- Ghebali, Victor-Yves. L'OSCE dans l'Europe post-communiste, 1990-96. Vers une identité paneuropéenne de sécurité. Bruylant. Nr.115. Brussels 1996
- Gillespie, R., Rodrigo, F., Story, J. Las relaciones exteriores de la España democrática. Alianza Universidad. Madrid, 1995
- Gómez, Carlos. De las palabras a los hechos. La cooperación española con el mediterráneo. In: Desarrollo. Nr.25. Madrid 1996
- Hopman, Terrence. Building Security in Post-Cold War Eurasia. United States Institute of Peace. Peaceworks 31. September 1999
- Jakobsen, Peter Vigo. Multilateralism Matters, but How? The Impact of Multilateralism on Great Power Policy towards the Break up of Yugoslavia. In: Cooperation and Conflict. Vol.30. Nr.4. (1995)
- Keohane, Robert. International Institutions and State Power. In: International Relations Theory. Boulder 1989
- Lipski, Josef. A history of the workers defence committee in Poland. University of California Press. Berkeley 1990
- Mearsheimer, John. A Realist Reply. In: International Security. Vol.20 Nr.1. Summer 1995
- Morales, Lezcano. L'Espagne de l'isolationnisme a l'intégrité internationale. In: Relations Internationales. Paris-Geneve, 1987
- Morales, Lezcano. El aislamiento español y la opción neutralista, 1815-1945. In: Historia 16. Nr. 63. Julio 1984
- Mourgeon, Jacques. La Conference de Belgrade et les droits de l'homme. In: Annuaire français du droit international. Vol.24. Paris 1978
- Olmo, Júlia. Política mediterránea: la conferencia de Palma. In: Anuario Derecho Internacional. Vol.9. Madrid 1995

Pal, Dunay. The OSCE in crisis. In: Instituto de la UE para estudios de seguridad. Document Chaillot Nr.88. Abril 2006

Pan de Soraluce, Emilio. Cooperación y Seguridad en Europa. La conferencia de Madrid. Fundación Banco Exterior. Madrid 1984

Pellet, Allain. The opinions of the Badinter Arbitration Committee. A second breath for the Self-determination of peoples. In: European Journal of International Law. Vol.3.Nr. 1. 1992

Pereira, Juan Carlos. Reflexiones para el estudio de la política exterior española. In: Estudio Historia Contemporánea. Vol.7. Salamanca 1990

Peters, Joel. Mediterranean Politics. Printer. London 1996

Pöllinger, Sigrid. Der KSZE/OSZE Prozess. Braumüller. Wien 1998

Portero, Fernando. Franco aislado, 1945-50. Aguilar. Madrid 1989

Powell, Robert. Anarchy in International Relations Theory: The Neorealist-Neoliberal Debate. In: International Organization. Vol. 48, Nr. 2. Spring 1994

Rodrigo, Fernando. La inserción de España en la política de seguridad occidental. Las relaciones exteriores de la España democrática. Alianza Universidad. Madrid 1995

Rúperéz, Javier. Europa entre el miedo y la esperanza. Edicusa. Madrid 1978

Sainz, Nora. La dimension mediterránea de la OSCE en la posguerra fria.Papers 46. Barcelona 1995

Sánchez, José. La relación peninsular en el tránsito de las democracias. Prosepina. Madrid 1989

Schlotter, Peter. Der KSZE im Ost-West Konflikt. Campus Frankfurt. New York 1999

Smidt, Helmut. Recuerdos de la 2 GM. In: Política Exterior. Vol.9 Nr.44. Marzo 1995

Spanische Verfassung. 6. Dezember 1978

Story Johnatan. La muerte del viejo Régimen y el renacimiento de los partidos políticos. Alianza. Madrid 1995

Tudyka, Kart. Das OSZE Handbuch. Leske+Budrich. Opladen 1997

Tusell, Javier. España y la 2 Guerra Mundial. Ariel. Madrid 1995

Tusell, Javier. La trayectoria española ante la 2 GM. I.S.S.N..Madrid 1996

Vetschera, Heinz. Sicherheit und Truppenabbau. Die Konferenzen. Studien und

Berichte des Instituts für militärstrategische Grundlagenforschung 5. Wien 1976

Viñas, Ángel. Los pactos secretos de Franco con Estados Unidos: bases, ayudas económicas, recortes de soberanía. Grijalbo. Barcelona 1981

Von Alemann, Ulrich. Grundlagen der Politikwissenschaft. Westdeutscher. Opladen 1995

Walters, Frank. Historia de la Sociedad de Naciones. Tecnos. Madrid 1971

Yost, David. Political Philosophy and the Theory of International Relations. In: International Affairs. Vol.70 Nr.2. April 1994

OSZE Dokumente:

Schlussempfehlungen der Helsinki Konsultationen. Helsinki 1973

Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki Schlussakte. Helsinki 1975

Abschließendes Dokument des Belgrader Folgetreffens. Belgrad 1978

Abschließendes Dokument des Madrider Folgetreffens. Madrid 1983

Abschließendes Dokument des Wiener Folgetreffens. Wien 1989

Charta von Paris für ein neues Europa. Paris 1990

KSZE Helsinki Dokument. Die Herausforderung des Wandels. Helsinki 1992

KSZE Budapester Dokument. Der Weg zu echter Partnerschaft in einem neuen Zeitalter. Budapest 1994

OSZE Lissabon Dokument. Lissabon 1996

OSZE Istanbuler Dokument. Istanbul 1999

Beschlüsse der Ständige Rat:

PC.DEC/705. 24. November 2005

PC.DEC/705. 24. November 2005

PC.DEC/756. 5. Dezember 2006

PC.DEC/618. 1. Juli 2004

Beschlüsse und Dokumente der Ministerräte:

MC.DEC/8/04. Beschluss des Ministerratstreffens. Sofia, 3. Dezember 2004

MC.DEC/8/04. Beschluss des Ministerratstreffens. Sofia, 3. Dezember 2004

MC.DOC/4/07. Dokument des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

MC.DEC/7/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

MC.DEC/8/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

MC.DEC/9/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

MC.DEC/10/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

MC.DOC/1/07. Dokument des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

MC.DEC/11/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid, 30. November 2007

MC.DOC/2/07. Dokument des Ministerratstreffens. Madrid 30. November 2007

MC.DEC/4/07. Beschluss des Ministerratstreffens. Madrid 30. November 2007

Rede:

Rede des spanischen Außenministers López Rodó in der Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Helsinki, 3. Juli 1973

Rede des spanischen Außenministers Emilio Pan de Soraluce am Belgrader Folgetreffen. Belgrad 1978

Rede des spanischen Außenministers Fernando Morán am Madrider Folgetreffen. Madrid 1983

Rede des Regierungschefs Felipe González vor dem Parlament. Richtlinien Spaniens in Bezug auf die Friedenspolitik, die nationale Sicherheit und die Verteidigung. Madrid 1984

Rede des spanischen Außenministers Fernando Morán am Wiener Folgetreffen. Wien 1989

Rede des spanischen Königs am Madrider Folgetreffen. Madrid 1983

Rede des spanischen Regierungschefs Felipe González am Gipfeltreffen von Paris. Paris 1990

Eröffnungsrede des spanischen Außenministers Antonio Ordoñez am Palma de

Mallorca Treffen. Palma de Mallorca 1990

Rede des spanischen Außenministers Francisco Fernández Ordoñez im Ministerrat von Berlin. Berlin 1991

Rede des spanischen Regierungschefs Felipe González am Gipfeltreffen von Helsinki. Helsinki 1992

Rede des spanischen Regierungschefs Felipe González am Gipfeltreffen von Budapest. Budapest 1994

Rede des spanischen Regierungschef José Maria Aznar am Gipfeltreffen von Lissabon. Lissabon 1996

Rede des spanischen Außenministers Abel Matutes im Ministerrat von Kopenhagen. Kopenhagen 1997

Rede des spanischen Außenministers Abel Matutes im Ministerrat von Oslo. Oslo 1998

Rede des spanischen Regierungschefs José Maria Aznar am Gipfeltreffen von Istanbul. Istanbul 1999

Rede des spanischen Regierungschefs Zapatero bei der Klausur der International Konferenz über Demokratie, Terrorismus und Sicherheit. Madrid, 10. März 2005

Rede des spanischen Außenministers Miguel Ángel Moratinos im Ministerrat von Brüssel. Brüssel, 4. Dezember 2006

Rede des spanischen Außenministers Miguel Ángel Moratinos in der Eröffnung des spanischen OSZE Vorsitzes. Wien, 11. Jänner 2007

Rede des Sonderbeauftragten des Vorsitzenden Josep Borrell in der Eröffnung des "High Level Meeting on victims of terrorism". Wien, 13. September 2007

Rede des spanischen Außenministers in der Eröffnung der zweiten Vorbereitungskonferenz für das 15. wirtschaftliche und ökonomische Forum. Zaragoza, 12. März 2007

Zeitschriften:

El Pais. 13. Dezember 1991

El Pais. 30. Oktober 2001

El Pais. 6. Dezember 2006

El Pais. 11. Jänner 2007

Financial Times. 26. September 1990

Le Monde. 20. November 1990

La gaceta de los negocios. 1. November 2006

OSZE Magazin. Dezember 2006

OSZE Magazin. März 2007

Internet:

www.fef.es

www.mae.es

www.webdehogar.com.

www.amnesty.org

www.osce.org

Eingereicht von Marta Salvat
Matr. Nr.: 9647504
Studienkennzahl: A300 295

Abstract der Diplomarbeit

Von Beginn an hatte die Teilnahme Spaniens in der KSZE für Spanien einen herausragenden Wert und machte sie zu einem der wichtigsten Elemente der spanischen Außenpolitik in den 70er Jahren. Die Teilnahme bedeutete ein Aufbrechen der spanischen Isolation und den ersten Schritt Spaniens zum europäischen Integrationsprozess. Dies und die wachsende innere Stabilität Spaniens am Ende der 70er Jahre waren wichtige Faktoren für die Mitwirkung Spaniens auf internationaler Ebene. Als blockfreier Staat konnte sich Spanien bei der Entstehung der Konferenz als Vermittler zwischen Ost und West anbieten - dies ermöglichte eine aktive Rolle Spaniens in der KSZE. Die Mitgliedschaft Spaniens in der EU (1986) und NATO (1982) bedeutete die Integration Spaniens in die europäischen und euroatlantischen Strukturen; dabei wurden zwei neue Möglichkeiten zur Vertretung spanischer Interessen geschaffen, aber gleichzeitig musste sich Spanien an die Richtlinien beider Organisationen anpassen und dadurch wurden seine Eigeninitiativen und seine Vermittlungsrolle im Rahmen der KSZE stark eingeschränkt.

Die traditionellen Säulen der spanischen Außenpolitik, die von nationalem Interesse geprägt ist, sind die Regionen Mittelmeer, Lateinamerika und Europa. Diese erweiterten sich graduell ab 2004 als Folge der spanischen Wahrnehmung der Veränderung der geopolitischen Realitäten, wo sich Eurasien als strategischer Akteur erweist. Dieser Faktor wird entscheidend sein, Spanien den OSZE Vorsitz im 2007 anzubieten.

In der vorliegenden Arbeit werden die spanischen Initiativen und Stellungnahmen im Rahmen der KSZE/OS diachronisch von 1975 bis 2007 behandelt, um darzustellen, inwieweit Spanien seine Position auf internationaler Ebene mittels KSZE/OSZE entwickelt und konsolidiert hat und inwiefern Spanien seine nationalen Interessen innerhalb KSZE/OSZE thematisiert und durchgesetzt hat. Zudem wird auch analysiert welche Einflüsse die KSZE auf die demokratischen Institutionen Spaniens hatte und wie die KSZE als Katalysator für die Integration Spaniens in die europäischen und euroatlantischen Organisationen agiert. Dabei wird die Rolle Spaniens in Europa durch die spanische Außenpolitik und durch die innere Entwicklung Spaniens seit der Franco Diktatur bis heute, sowie die Entwicklung der KSZE/OSZE berücksichtigt.

Für die Analyse, die auf Primärquellen beruht, wurden zahlreiche spanische Autoren und OSZE Dokumente ausgewählt, sowie alle Reden, die die spanischen Außenminister und Staatspräsidenten während der KSZE/OSZE Konferenzen, Ministerräte und Gipfeltreffen gehalten haben. Diese Vorgangsweise erlaubt es, die Interessen und die Prioritäten Spaniens klar zu erkennen. Die diachronische Perspektive dieser Forschung kann man auch als Annäherungsversuch betrachten, um die gegenwärtige Teilnahme Spaniens in der OSZE besser zu verstehen.

Lebenslauf

Geburtsdatum:	31. Dezember 1973 (Tarragona)
Staatsbürgerschaft:	Spanisch
Studium:	Politikwissenschaft
Juni 1991:	Matura am Akademischen Gymnasium Tarragona (Spanien)
März 1997- Juni 2001:	Mag.Phil in Romanistik an der Universität Wien
Oktober 1997- Dezember 2001:	Spanischlehrerin in verschiedenen Fachhochschulen und Volkshochschulen, Wien
1. Jänner 2002- 31. Juli 2002:	Übersetzerin/Assistentin an der Ständigen Vertretung Spaniens bei der OSZE in Wien
Seit 2004:	Tätigkeit an der Botschaft des Fürstentums Andorra in Österreich, zugleich Ständige Vertretung des Fürstentums bei der OSZE und den VN in Wien.